

„Tagblatt-Haus“.
Schaller-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends

„Tagblatt-Post“ Nr. 6650-53.
Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntagen.

Angewiesener Preis für die Seite: 10 Pf. für solche Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Meiner Kneipe“ in einheitlicher Schloßform; 20 Pf. in davon abweichender Schloßform (sonst für alle übrigen in letzter Anzeigen; 30 Pf. für alle ausserordentlichen Anzeigen; 1 Mk. für solche Anzeigen; 2 Mk. für ausserordentlichen Anzeigen. Ganze, halbe, dritte und vierte Seiten, durchgehende, nach besonderer Vereinbarung. Bei mehrwöchiger Aufnahme ununterbrochener Anzeigen in diesen Spaltenräumen entfallender Rabatt.

Wartzeiten-Nachweise: Für die Abend- und Nachtzeiten: für die Morgen- und Mittagszeiten:

Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatts: Berlin, Wilmersdorf, Glühelstr. 66. Fernruf.: Amt 11640 u. 451

Für die Aufnahme von Umzügen an berücksichtigten Tagen und Plätzen wird keine Gebühr übernommen.

Nr. 201. • 62. Jahrgang.

feindschaft Serbiens, das nicht aufhören wird,
nach dem 30. März hinauszuführen und das aufzufrieden

feindschaft Serbiens, das nicht aufhören wird, nach dem Meere hinzustreben und das auf russische Unterstützung bei jedem Schritte rechnen kann, der dem Donaureiche neue Verlegenheiten bereiten soll. Es kommt hinzu die Schwächung Bulgariens, auf das Graf Berchtold gewettet hatte, obgleich das Rennen schon im Beginn als verloren gelten mußte. Es kommt ferner hinzu die Spannung mit Bukarest, die kein noch so freundlich schminkeuder offiziöser Ablehnungsversuch vom Ballplatz her aus der Welt schaffen kann. Die Differenzen zwischen Wien und Petersburg sind soweit gediehen, daß der gegenwärtige Zustand eine verzweifelte Ähnlichkeit mit einem latenten Kriegszustand hat, und niemand vermag zu sagen, wie dies Verhältnis gebessert werden könnte. Müssen doch auch wir uns darauf einrichten, daß wir unter den Wirkungen der russisch-österreichischen Spannung zu leiden haben werden. Am letzten Ende ist unsere Heeresvorlage von 1913 mit den ungeheuren Opfern an Mätkungen und an Milliardenkosten auch nur die Folge davon, daß die Politik des Ballplatzes in eine Sackgasse geriet. Es hat wenig Sinn, die Augen vor allen diesen Tatsachen zu verschließen. Wie ernst die Lage ist, das erkennt man am besten daraus, daß das zwingende Bedürfnis, sie wenigstens eingermachen zu mildern, neuerdings immerhin den Starrsinn der ungarischen Regierung gebrochen und die leitenden Männer in Budapest dazu bewogen hat, den Rumänen in Siebenbürgen noch Mäßigkeit entgegenzunehmen, um so vielleicht doch noch die über die Grenzen nach Bukarest hin angespannten, von der rumänischen „Kulturliga“ eifrig zusammengezogenen Fäden zu zerreißen. Ob es gelingen wird, steht dahin. Das Urteil über die österreichisch-ungarische Balkanpolitik wird nun aber dadurch — man kann sagen: leider — nicht entkräftet, daß Graf Berchtold sich bemüht, in seinem, den Delegationen vorgelegten *Notbuch*, über das wir in der Morgen-Ausgabe berichteten, die freundlichsten Lichter aufzuhehen. Die Lektüre dieses Aktenbandes wird den Delegationsmitgliedern, nach den bisherigen Auszügen zu beurteilen, merkwürdige Eindrücke bereiten. Wir wollen nicht alle Einzelheiten unter die Lupe nehmen, aber wenn es beispielsweise so dargestellt wird, als habe der Ballplatz die Beirhebungen Serbiens nach einer ansehnlichen Gebietsvergrößerung wohlwollend anerkannt, und wenn es weiter unter Hinweis gestellt zu werden versucht, daß das Wiener Kabinett den rumänischen Wunsch nach einer Kompensation für berechtigt gehalten habe, und endlich, daß es auf Grund der Wiener Proteste gegen den direkten Friedensschluß zwischen den Balkanstaaten zu einer freundschaftlichen Aussprache zwischen dem Wiener und dem Petersburger Auswärtigen Amt gekommen sei, die in ihren Auffassungen über den Bukarester Frieden vielfach übereingestimmt hätten, so muß man wohl sagen: formal mag das alles stimmen, in Wirklichkeit aber widerpricht es der sichtbareren Sachlage. Denn nach diesen Akten des *Notbuchs* müßte man ja glauben, daß zwischen Wien und Bukarest und ebenso zwischen Wien und Petersburg stets das freundschaftste Sommerwetter geherrscht habe und noch herrsche. Nieder

Geurteiler weiß aber, daß das bedauernswerterweise nicht richtig ist. Es braucht eben nicht alles zu stimmen, wofür Belegstücke beigebracht werden, und nirgends läßt sich mit solchen Belegen leichter als im Reiche der Diplomatie arbeiten. Um so schmerzlicher ist dann in der Regel die Enttäuschung, wenn sich herausstellt, daß die vermeintlichen Beweise ein Ding für sich sind und die Wirklichkeit wieder ein ander Ding.

(Von unserem Londoner Mitarbeiter.)

XX London, 29. April.

Wer immer „reichstreu“ fñhlt in England, jubelt laut über den Schmugglerstreich der Ulster-Männer, und auch radikale Homeruler können bei aller grundsätzlichen Entrüstung über das „Bubenstück“ nicht die feste Durchfñhrung wegleugnen. Wie das Schiff „Gann“, trotzdem seine Ladung schon in dänischen Gewässern verraten war und alle irischen Küstenwachen nach ihm ausspähten, in der Bucht von Belfast zur verabredeten Minute eintrifft, wie Tausende der „Freiwilligen“ die ganze Gegend absperrten, Hunderte die 25 000 Gewehre und 3 Millionen Patronen ausladen, ein Straßwagen und ein Leichtes nach dem anderen mit seiner Fracht im Nachtdunkel verschwindet, bis alles, Schiffe und Wagen, Auslader und Postenfetter beim ersten Hahnenschrei wie ein Spuk von Geistern und Einzelmännchen ins Morgengrau zerfließt — die verbotenen Ulster-Empörer, Führer wie Truppen, haben damit immerhin eine Leistung an Organisation und Schlagfertigkeit vollbracht, wie sie die reguläre Armee Schwierigkeiten haben würde vielleicht am besten Tage zu beweisen.

Indessen Ulster hat damit auch den Stein ins Rollen gebracht. Jetzt muß die Regierung eingreifen. Bislang hat sie ja dem monatlangen Drillen der „Rebellen“ und dem so planmäßig und so offen vorbereiteten Widerstand mit beifpielloser Geduld zugehoben, theils weil sie Ernst und Kraft der Bewegung wohl unterschätzte, theils weil sie aus politischer Klugheit durch eine Verfolgung keine Märtirer schaffen wollte. Bislang hielten sich ja auch die Ulster-Männer doch immer dicht an — oder wenigstens nicht gar zu weit über der Grenze des Gesetzlichen — noch englischen Begriffen. Jetzt aber habe sie zum ersten Male klare Übergriffe begangen. Selbst wenn die Regierung über die Hauptfache hinweggehen wollte, daß ihr Verbot der Waffeneinfuhr schiffsladungsweise übertreten wurde, sie kann, wie das so zu gehen pflegt, einige Nebensachen nicht ungeschändet hingehen lassen. Die „Schmuggler“ zerstörten die Drahtverbindungen mit Belfast, sie hielten die Hafenbeamten, die königliche Polizei und Zollwächter gefangen, wenn auch nur zeitweilig und vielleicht nicht ganz so unfreiwillig. Aber was kann die Regierung tun? Den Kriegszustand erklären? Und damit das ganze Land erst recht in Wallung bringen! Die nun einmal eingeschmuggelten Waffen aufzufinden suchen? Auch das würde ja bei der allgemeinen Verschworenheit des Landes in vielen Fällen

Mittelamerikanische Eitenbilder.*)

Von G. Baron Binder-Striegstein.

Die Spanisch-Amerikaner sind große Illusionisten und verheßen es trefflich, den Fremden, welche in ihr Land kommen, sei es, um Studien zu machen, sei es, um sich anzukleiden, über den wahren Wert ihrer Moral so viel Sand in die Augen zu streuen, daß fast alles, was bisher über die Einwohner Mittelamerikas an die Öffentlichkeit gedungen ist, als gründlich falsch und verkehrt erscheint, wenn man Gelegenheit gehabt hat, dieses Volk dort zu beobachten, wo es beobachtet sein muß, nämlich im Innern des Landes, in ihrem gewöhnlichen intimen Verkehr.

Nicht nur die zahlreichen Reiseverke und Veröffentlichungen über Mittelamerika, sondern auch alle in den großen Handelsstädten anässigen Fremden finden nur Worte überauswärtigen Lobes für die angeblich beispiellose Ehrlichkeit des Volkes; es wird einem fründlich eingeprägt, man könne mit Tausenden von Talern allein die Republiken vom Rio Grande des Norte bis zum Orinoco durchstreifen, ohne irgend

*) Die Augen der ganzen Welt sind momentan auf Mittelamerika gerichtet, wo menschlicher Voraussicht nach die selbständigen Reinen Panathoten, die seit Jahrhunderten stets von Revolutionen durchwühlt sind, von der nördlichen Schwestern - Republik langsam aufgelöst werden dürften. Welchen Lebensweg die berühmten Generale der verschiedenen Revolutionen genommen haben, wir erinnern nur an die bekannte Tatsache, daß „General“ Villa ein zehnfacher Mörder und Räuber ist, um zu ihrer Ansehen zu gelangen. Charakteristisch treffend der auch unseren Lesern wohlbelannte Kriegs- forschbender u. Vinder-Artisten in nachfolgendem Heftlein, das uns einen interessanten Einblick in die ungeheure Unmoralität dieser Delinquenten bietet. Die Schrift!

wie belästigt zu werden. Die Ehrlichkeit sei wie in der Zeit des Augustus so felsenfest, daß man sein Geld offen auf der Straße liegen lassen könne. Die Statistik gesteht jährlich nur einige Morde und ein Duzend Diebstähle zu, und der Fremde betet diese Zahlen mit knechtischer Ehrfurcht nach, entsteht über die Verderbtheit unserer Sitten im alten Europa, wo in Berlin bei nur halb so viel Einwohnern die Diebstähle nach Tausenden zählen.

Ich selbst, den jahrelanges Reisen unter Griechen, Armeniern, Arabern, Indiern und Chinesen gewohnt gemacht hat, ließ mich durch diese endlosen Symmen recht gründlich über die Heuten, denn die Überzeugung, daß in seinem Lande der Erde mehr geraubt und geplündert wird als in Mittelamerika, kostete mich die Extraausgabe zweienlanger Arbeiten, weil ich mich in völlige Sorglosigkeit einwiegen ließ. Dreimal bis auf die Knie, die ich am Leibe trug, bestohlen und einmal auf der Straße von Räubern überfallen, das, glaube ich, ist für vier Monate Reisezzeit eine ganz anständige Leistung, und da dämmerte mit denn eine Ahnung davon auf, daß die Statistik, welche das Justizministerium veröffentlicht, durch etwas zu rothe Gläser betrachtet zu sein scheint. Diese Ahnung wurde später zur Gewisheit, als ich mit Reuten sprach, welche im Innern des Landes lebten, und als mir jedesmal, wenn ich mich allein auf die Reise machte, selbst die Behörden die größte Vorsicht onempfahlen, ja, sich sogar einigemals weigerten, mir allein einen Paß auszustellen, und mich dolen, so lange zu warten, bis mehrere Reiter desselben Weges zögen.

Man hat mir Hunderte von Räuber- und Mordgeschichten erzählt, darunter solche, welche in Kalfornien selbst zur Zeit der Goldsuche unmöglich gewesen wären, und aus diesem Stranz räuberischer Heldentaten habe ich jene von „Luis, der Strohe“ ausgezeichnet, erstens weil sie im Munde der Arrieros und Vaqueros wie jene eines Nationalhelden klingen und

allgemein bekannt sind, dann weil sie wahr sind und viele der Beteiligten noch leben, seine Laufbahn erst vor fünf Jahren endete und ich einen der Haupthelden persönlich kennen gelernt habe.

„Luis, die Kröte“, war der Sohn rechtslicher Eltern und genoss die allgemeine Liebe und Achtung seiner Verwandten im Vereine mit zwei Brüdern. Das Vertrauen, das ihn Onkel Romero Montes von Barquinesito auf sich setzte, war so groß und unerschütterlich, daß er die jungen Leute gegen gute Bezahlung für seine politischen Absichten warb. Es waren in Barquinesito eben die Wahlen im Gange; Montes, ziemlich wohlhabend, aber von geringem politischen Anhang, hatte in der Gegenpartei einige arme, aber sehr einflußreiche Redebühler und beschloß, durch ein kleines Wahlmandat mit Geld das zu ersetzen, was ihm an Einfluß fehlte. Er machte diesen Vorschlag so platt und geschickt, daß am Tage vor der Wahl zwei seiner Gegner mit blanken Schüssen im Leibe auf der Straße gefunden wurden, und da sie ihren eigenen Tod nicht überleben konnten, so war am nächsten Tage Montes, begleitet von seinen drei Nichten, ohne Widerrede zum Bürgermeister von Barquinesito gewählt.

Obwohl man in der ganzen großen Stadt wußte, daß die
 Kassen eben eifrig damit beschäftigt waren, ihre Revolver zu
 füllen, weil es am Vorabende auf der Straße eine kleine
 Schießerei gegeben hatte, so achtete man weiter nicht darauf;
 denn es gab am folgenden Tage wieder einige Differenzen
 politischer Art in der Stadt, und es brach das aus, was man
 hier mit dem nichtsagenden Wort *Kollisionskrieg* bezeichnet,
 wo die Meinungen so gespannt werden, daß man sie am besten
 mit Flinten- und Revolverschüssen beruhigt. Die Partei der
 verstorbenen Kammeraden hatte sich wohlbewaffnet in einem
 Hause verschanzt und aus reiner Langeweile angefangen, ein
 kleines Preischießen auf Fasanten der Gencenbarlet an

nicht einmal gelingen. Oder sollte sie, wie die „Daily News“ verlangen, die Laufende von Verschwörern zur Verantwortung ziehen? Keine Ausfichten! Vielleicht begnügt sie sich damit, zunächst den Rädelstführern den Prozeß zu machen.

Wichtige Waffen aber lieferte Ulster mit seinem „Probeftück“ dem Premierminister für die gerade jetzt heißentbrannten Kämpfe im Parlament. Die Konserwativen können den „Offizier-Streit“ nicht ruhen lassen. Um den „rettenden Patriotismus“ der Offiziere und zugleich auch die Verdrüßlichkeit der Regierung ins hellste Licht zu setzen, füllen sie Parlament und Presse mit der Anklage, das Kabinett hätte mit den Truppenverschiebungen nach Ulster nicht, wie angeblich, nur Sicherheits-Maßnahmen für Arsenalen beabsichtigt. Das Aufgebot von ganzen Brigaden und die Sendung eines Linien-Schiffs-Geschwaders wäre dazu bestimmt gewesen, die Ulster-Loyalisten entweder durch Furcht zu lähmen oder zum offenen Widerstand zu reizen und dann durch einige Kartätschen zur Vernunft zu bringen! Daß eine englische Regierung — und gar eine liberale! — solche herausfordernde Maßnahmen hätte planen können, hat Churchill nicht zu stark als eine „höllische Unterstellung“ gezeichnet. Doch die Konserwativen — die „Partei der Gentlemen“ — warfen ihren Gegnern dreist offene Lügen vor und hatten den Antrag gestellt, die gesamten Vorgänge durch einen parlamentarischen Ausschuß untersuchen zu lassen, der ja jedweden Minister wie Offiziere, zur eiblichen Auslage vor sich fordern kann. Es ist selbstredend, daß die liberale Regierung, zumal bei der gegenwärtig so erbitterten Parteifeindschaft, sich einem Kreuzverhör ihrer politischen Gegner ebenso wenig aussetzen will, wie es ein konservatives Kabinett tun würde. So wird die Regierung die stürmische Forderung nach Einsetzung eines Ausschusses mit staltlicher Stimmenmehrheit zurückweisen können, aber auch dieser Sieg im Unterhaus ändert wenig an dem Erfolge Ulsters. Hier waren Tausende von „Freiwilligen“ zu geheimem Handeln vereint, Tausende des Volkes waren Zeugen, und doch drang kein Wort des Rerrats an die Behörde. Alle beiseite eben der gleiche Gedanke. Und so fühlen vier volkreiche Grafschaften! Was aber kann die Regierung gegen diese einmütige Loyalitäts-Bezeugung aufstellen — denn was ist sie schließlich anders? Truppen, die — nicht schießen wollen? —

Deutsches Reich.

* Das Ergebnis des Wehrbeitrags. Auf Grund amtlichen Materials ist festgestellt, daß im Veranlagungsbezirk der Stadt Berlin voraussichtlich im ganzen 74 235 600 M. an Wehrbeitrag aufgebracht werden. Von den 509 einkommensteuerverpflichtigten Aktiengesellschaften in Berlin sind 336 mit einem Ertrag von etwa 12½ Millionen Mark zum Wehrbeitrag veranlagt. Von diesen 336 Aktiengesellschaften bringen allein 19 Großunternehmungen 8½ Millionen Mark, also mehr als 2% des Wehrbeitrags aller Berliner Aktiengesellschaften auf. Die Großkaufleute, Finanziers und Börsenbesitzer, die in einer besonderen Kommission veranlagt werden, bringen allein 18½ Millionen Mark Wehrbeitrag auf. Die Gesamtzahl der Einkommensteuerverpflichtigen in Berlin beträgt für 1914 684 000, davon 616 000 mit einem Einkommen von unter 3000 M. Von diesen 616 000 sind nur 2350 zum Wehrbeitrag mit einem Ertrag von 350 000 M. veranlagt worden. Die Gesamtzahl der in Berlin zum Wehrbeitrag Veranlagten beträgt etwa 40 000. Die Ergänzungsteuer für 1914 beträgt rund 4 Millionen Mark, was einem Wehr von 200 000 Mark gegenüber 1913 entspricht. Das Einkommensteuervoll beläuft sich auf 45,8 Mill. M., so daß sich für Berlin ein Gesamtbetrag an Staatseinkommensteuer von 56,2 Millionen Mark ergibt. Der Wehrbeitrag hätte sich für Berlin bedeutend höher gestaltet, wenn nicht seit einer Reihe von Jahren Steuerpflichtige mit einer Einkommensteuer von netto 600- bis 800 000 M. jährlich in die Umgebung verzogen. Die Zugänge aus den Vororten sind hierbei schon abgerechnet. — Das Wehrbeitragsvolumen der Stadt Duisburg beträgt 4 002 801 M. Duisburg steht damit hinter der Steuerkraft seiner Nachbarstadt Mülheim um ein gutes Stück zurück. Das Wehrbeitragsvolumen des Stadtkreises Hamborn beträgt 258 800 M.

öffnen, was diese durch schleunigen Rückzug aus der gefährdeten Zone beantwortet hatten. Nun hatte man den Krieg im Zentrum der Stadt. Die Kaufleute, borchnehmlich die fremden, jammerten, daß der Handel zugrunde ginge, und schlossen ihre Läden; der neue Bürgermeister Montes ließ am Eingange der Straße zum Gouvernementsgebäude zwei Barrikaden aufrichten und verlangte von der Kaufmannschaft 9000 Rejos (6000 M.) für die ersten Mobilisierungskosten, um den Aufstand zu unterdrücken — „man möge nicht ängstlich sein, es würden Nachtragsskredite verlangt werden“. Die Polizeifolkskader aber machten kleine Personalanleihen auf Schuhe und Stoffe, die ihnen von der eingeschüchterten Kaufmannschaft gewährt wurden.

Da trat Luis, die Kröte, zum zweiten Male in Tätigkeit. Er brüstete sich, er würde allein, nur mit dem Revolver bewaffnet, das verschanzte Haus angreifen, und man hatte kaum Zeit gehabt, ihn auszulachen, als er bereits in vollem Laufe verschwunden war, und nach wenigen Minuten vernahm man eine Schießerei, als ob zwei Bataillone gegeneinander im Kampfe ständen. Wer Herz hatte — und dies haben, der Wahrheit sei Ehre! — die meisten Spanisch-Amerikaner, krieg auf die Dächer oder guckten um die Straßenecke, und was erblidete man? ... Luis, die Kröte, hatte eine Kugel auf 20 Schritte vor das verschanzte Haus geschleudert und hinter dieser gedeckt, mit der Befahrung ein regelrechtes Schützengeschäft aufgenommen.

Die gegnerischen Winchester- und Rauserfugeln rissen Splitter um Splitter aus der Mauer, aber erst, als „die Kröte“ die letzte Patrone verschossen hatte, sandte er ihnen noch ein Schnellfeuer der unfähigsten Schimpfpoorte zu, an denen das Spanische bekanntlich keinen Mangel leidet, und war dann im Laufschritt davon geeilt, ohne von den nachgefolgten Soldaten erreicht zu werden. Nach und nach flüchtete er zu seinen Leuten zurück. So schlagende Beweise von Mut verfehlten nicht, in Mittelamerika die Popularität eines Mannes bis in den Himmel zu heben. Die Herzen aller Stroche und Tage-

Demgegenüber hat der Stadtkreis Oberhausen 831 400 M. zu zahlen. — Für die Stadt Bochum ergab die Veranlagung zum Wehrbeitrag die Summe von 1 830 000 M. Für den Bezirk der Bochumer Einkommensteuerveranlagungskommission, zu der der Stadt- und Landkreis Bochum und die Städte Witten, Herne und Hattingen gehören, wurde ein Betrag von 8 824 000 M. festgesetzt. Das Wehr an Einkommensteuern in den genannten Bezirken beträgt gegen das Vorjahr 841 000 M.

* Herr v. Loebell und das Zentrum. Dr. Julius Vachem tritt im „Tag“ der Auffassung entgegen, daß man im Zentrum wegen der Ernennung des Herrn v. Loebell zum Minister des Innern unruhig und misstrauisch sei. Er schreibt u. a. „Wenn an einigen Stellen eine solche Stimmung herrschen sollte, so erscheint sie mir unbegründet, weil Herr v. Loebell das, was man ihm zutraut, gar nicht tun kann. Die Verhältnisse würden auch stärker sein als Herr v. Loebell, so stark und geschickt er sein mag. Er hat ja gesehen, wie das Experiment mit dem Völkchen abgelaufen ist; und Herr v. Bethmann-Hollweg hat es auch gesehen und danach verständigerweise seine Politik orientiert.“

* Eine bayerische Landtagswahl. Bei der vorgestrigen Landtagswahl im Wahlkreis Kaufbeuren-Mindelheim erhielten der Zentrumskandidat, Postverwalter Mayer, 3620, der Kandidat der vereinigten Mittelparteien, der Bauernbündler Dier, 2900 Stimmen. Die Sozialdemokraten hatten in letzter Stunde ihren Kandidaten zurückgezogen.

D. E. K. Die Eberburgstiftung. Am 2. Februar 1914 hatte sich in Kreuznach ein Ausschuß gebildet, um eine Stiftung zum Zweck des Ankaufs und der Erhaltung der Eberburg ins Leben zu rufen. Dieser Stiftung ist nunmehr durch Allerhöchsten Erlaß vom 18. April die landesherrliche Genehmigung erteilt worden.

* Bodenimpfung. Die „Neue Vol. Korresp.“ schreibt: In früherer Zeit sind an verschiedenen Orten der Monarchie in Branzenhausen und in der Privatpflege Übertragungen von Boden auf Medizinalpraktikanten, Geistliche, Krankenpfleger, Desinfektoren usw. beobachtet worden. In einem neueren Ministerial-Erlaß wird deshalb ausgeführt, daß nach dem Ausbruch der Boden in einem Hause alle anstehenden Personen unbedingt der Impfung zu unterziehen sind oder ihnen die Wiederimpfung anzuraten ist. Auch empfiehlt es sich, wenn sich Ärzte, Medizinalpraktikanten, das Wartepersonal und die Desinfektoren von Zeit zu Zeit in angemessenen Zwischenräumen, etwa alle 5 Jahre, wieder impfen lassen.

Parlamentarisches.

Eine Anfrage betr. eines Heilmittels gegen die Maul- und Klauenseuche und Tuberkulose. Der Abgeordnete Birkenmayer (Zentr.) hat im Reichstag folgende kleine Anfrage eingebracht: Mit dem Herrn Reichskanzler bekannt, 1. daß durch den großherzoglich badischen Geheimen Regierungsrat Dr. Mallesbrein zu Karlsruhe in Baden ein Präparat — Mallesbrein — als Heilmittel gegen Infektionskrankheiten hergestellt ist, welches in medizinischen Kreisen infolge seiner Wirkung als sehr bedeutsam erkannt worden ist? 2. daß dieses Präparat sich als Heilmittel gegen die Maul- und Klauenseuche sowie gegen die Tuberkulose — und in letzterer Hinsicht auch bei Erkrankungen von Menschen — erfolgreich bewährt hat, 3. daß eine Reihe von Fachmännern sich gestützt auf ihre Erfahrungen zugunsten dieses Heilmittels ausgesprochen haben? Gedankt der Reichskanzler seinen amtlichen Einfluß zur möglichst umfangreichen Verwendung dieses Heilmittels geltend zu machen?

Heer und Flotte.

60jähriges Militärjubiläum. Am 29. April hat außer den gestern genannten drei Herren auch der in Löwenbruch bei Ludwigshafen lebende ehemalige Kommandeur der Garde-Feldartilleriebrigade Generalleutnant z. D. Lothar von der Riesebeck den 60jährigen Gedenktag seines Eintritts in die Armee gefeiert. Am 8. Oktober 1857 in Brandenburg a. H. geboren, trat er 1854 in das Garde-Feldartillerieregiment als Sekondelieutenant ein. Am 22. März 1891 wurde er auf sein Abschiedsgesuch als Generalleutnant zur Disposition gestellt.

Die atlantische Division in Brasilien. Buenos Aires, 29. April. Der Marineminister befehligte heute das im Kriegshafen Bahia Blanca ankernde deutsche Panzerschiff „Aaiser“. 500 deutsche Seeleute nahmen an einem Picknick teil, das von der deutschen Kolonie ihnen zu Ehren veranstaltet wurde.

Post und Eisenbahn.

Die Krankenkassen der Postunterbeamten. Eine schriftliche Antwort des Staatssekretärs Kräfte auf eine Anfrage der

Abgeordneten Dr. Straube, Hubrich, Bed (Heidelberg) und Sieberts beschäftigt sich mit den Krankenkassen der Postunterbeamten. Darin heißt es, daß eine Erhöhung der Beiträge und eine Verteilung der Kosten für Kranke und Heilmittel um ein Drittel eintreten mußte, weil im Rechnungsjahr 1913 die Ausgaben die Einnahmen überstiegen. Sobald das Ergebnis des ersten Vierteljahres des neuen Geschäftsjahres vorliegt, voraussichtlich Anfang Mai, werden die für Satzungsänderungen zuständigen Ausschüsse der Krankenkassen zur Beschlußfassung über die erforderliche Beitragserhöhung einberufen werden. Der Reichsausschuß wird erhöht und so bemessen werden, daß das bisherige Verhältnis zu der Höhe der Mitgliederbeiträge gewahrt bleibt. Mit dem Inkrafttreten der Satzungsänderung werden die Kosten auch wieder zu den vollen satzungsmäßigen festgesetzten Leistungen imstande sein. Die im Etat für 1914 vorgesehene Summe von 700 000 M. wird für die beschriebene Erhöhung des Reichsausschlusses ausreichen, so daß die Anforderung weiterer Mittel nicht erforderlich ist.

Die Anstellung von Militärämtern im Postdienst. In einer Antwort auf eine Anfrage des Reichstagsabgeordneten Berner (Hersfeld) erinnert Staatssekretär Kräfte daran, daß bei der Neuordnung der Personalverhältnisse der Postbeamten im Jahre 1899 für die Militärämtern ein Siebentel der Gesamtstellenzahl festgesetzt worden ist. Nicht geeignet zur Beförderung mit Militärämtern sind im allgemeinen die Stellen im Bahnpostdienst, im Seepostdienst, im Kolonialpostdienst für Stellen, in denen umfassende Kenntnisse in lebenden Sprachen oder in den Verkehrsbeziehungen zum Auslande notwendig sind, für die Stellen zur Bedienung verwickelter Telegraphensysteme (s. V. Kefauver u. a.). Doch ist auch hier eine Beförderung grundsätzlich nicht ausgeschlossen. Die Militärämtern sind aber bei ihrer ganzen Eigenart und dem vorgeschrittenen Lebensalter, in dem sie zur Verwaltung kommen, im allgemeinen nicht imstande, sich für diese Stellen erforderliche Gewandtheit usw. anzueignen. Unter den im Bahnpostdienst beschäftigten etwa 2000 angestellten 2166 Beamten befanden sich nach den Feststellungen von 1899 a. V. nur 46 Militärämtern.

Deutsche Schutzgebiete.

Ein deutscher Prinz als Plantagenbesitzer in Deutsch-Ostafrika. Prinz Heinrich XXXII. von Ruß j. L., der in einem Hamburger Exportgeschäft gearbeitet und die Handels-hochschule in Köln besucht hatte, erwarb in Deutsch-Ostafrika Plantagen. Mit diesen errichtete er eine G. m. b. H., die den Namen Munga Marimba erhielt. Bis jetzt hat der Prinz allerdings mit der Gründung nichts verdient. In den ersten drei Jahren des Bestehens hat die Gesellschaft bei 650 000 M. Kapital bereits 144 000 M. verloren. Der Verlust ist auf das Sinken der Kautschukpreise zurückzuführen.

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Der „Bester Bloß“ zum Exposé des Grafen Berchtold. Budapest, 30. April. Der „Bester Bloß“ widmet dem Exposé des Grafen Berchtold eine längere Besprechung, in der es bezüglich Rumänien heißt: Unsere Hand bleibt nach wie vor dem Königreich Rumänien freundschaftlich entgegengekehrt. In Rumänien ist es, in sie einzuklagen, und je später sie's tun, desto weniger wird die Umkehr sein müssen. Nachlaufen werden wir ihnen unter keinen Umständen. An die serbische Presse richtet sich das Exposé in der Form einer freundschaftlichen Erwartung und einer ersten Mahnung. Was jetzt in Serbien unserer Monarchie gegenüber geübt wird, ist eine regelrechte Obstruktion. Man obstruiert in der Frage der Orientbahnen und in der Frage des Handelsvertrags. Gegenüber der Verminderung der hohen Preise nach Petersburg vollkommenes Stillstehen beobachtet, weist der Artikel des „Bester Bloß“ darauf hin, daß vor der Veröffentlichung der diplomatischen Urkunden die Zustimmung der beteiligten Kabinette eingeholt sei und daß vermuthlich die Zustimmung der unabhängigen Faktoren zur Veröffentlichung der Aktenstücke nicht erlangt werden konnte.

Frankreich.

Erweiterung der Militärkassen und Festschule. Paris, 30. April. Wie die „France militaire“ mitteilt, wurde die Militärkassen- und Festschule von Joinville bei Paris so beträchtlich vergrößert, daß alljährlich in vier Unterrichtskursen nicht weniger als 2400 Zurn- und Festschüler herangebildet werden können.

Die Offiziere bei den Wahlen. Paris, 30. April. Während der Wahlkampagne der letzten Tage haben verschiedene Offiziere und Unteroffiziere der in Verbund liegenden französischen Regimenter in unzulässiger Weise auf die Wählerschaft einzuwirken versucht. Zwei Offiziere verteilten Broschüren, die Angriffe auf die Republik enthielten. Mehrere

hinter sich. Niemand verstand es wie er die Gitarre zu spielen, Cantos Planeros zu singen, Schellenlieder zu improvisieren, den Horopo zu tanzen und die Maravos zu schwingen. Aber auch niemand verstand es wie er, einer Kröte, die er trinken wollte, von seinem Stuhl aus mit einer Revolverkugel den Hals abzuschneiden und im Kartenspiel mit so merkwürdiger Gleichmäßigkeit zu gewinnen! Das Geschlecht, welches wir das schöne nennen, vergötterte ihn und wurde schließlich sein Verberben.

Sein Onkel war mit seiner Partei gestürzt worden, die Gegenpartei war an das Ruder gekommen und hatte die Geldkassen der Kröte etwas eingeschränkt. Nicht, daß man ihm in aller Form den Prozeß gemacht oder für seine ehemaligen Mistfalten zur Rechenschaft gezogen hätte. Das durfte keine Regierung wagen, denn wer wußte, wie lange sie am Ruder blieb; mit ihrem Sturz wäre die Kröte frei geworden und hätte wohl sofort den Sargmodern und Totengräbern Arbeit verschafft. Das wäre für die Politiker zu gefährlich gewesen. Man beschränkte sich darauf, die Kröte, wenn sie es gar zu toll trieb, mit ritterlichen Ehren einige Tage auf der Polizeistation zu behalten, bis sie sich beruhigt und ihre Mänsche ausgeschlafen hatte.

Als Luis bei einer Verfolgung, der er sich durch die unglaubliche Mifhandlung eines armen alten Mannes ausgesetzt hatte, einen Polizeioffizier erschoss, verschwand er nur für wenige Wochen aus Barquinesco, denn inzwischen kamen wieder seine Gönner aus Ruder und der Polizeijüngling konnte ungekränkt in die Stadt zurückkommen, seinen Bewunderern in den Schenken seine letzte Ruhmesstat erzählen und erklären, wie schau er sich gebärdet und wie sicher er seinen Dolchstoß angebracht hatte.

„Caramba!“ unterbrach ich den Erzähler, „hat sich denn in der ganzen großen Stadt kein einziger geheimer Mann gefunden, der die Kröte über den Haufen geschossen hätte? Eine solche Kanaille schießt man ja doch nieder wie einen tollen Hund!“

„Der Mensch hat ein unheimliches Glück gehabt“, ent-

diebe von Barquinesco und Carabobo schlugen „der Kröte“ in neidischer Bewunderung entgegen, in allen Klenden und Posadas erzählten sich die Fiel- und Rautliertreiber die neueste Spitzbüberei der Kröte, die anständigen Leute von Barquinesco, d. h. die Kaufmannschaft und die Gutbesitzer, zitterten vor ihm und ließen seinem Verlangen um Geld ein geneigtes Ohr. Die weniger anständigen Bewohner, d. h. die Politiker und Regierungsbeamten, buhten um seine Freundschaft, denn nicht nur, daß er ein Mann war, auf dessen Revolver und Votivmesser (hier Punal genannt) man mit Sicherheit rechnen durfte, so hatte er unter allen Gaunern der Umgebung erprobte Stimmleiter, die nicht zu unterschätzende Faktoren für die Wahlen und die damit zusammenhängenden Schieberien waren.

Diese Glanzperiode der Kröte dauerte volle vier Jahre. Man kann nicht sagen, daß er seine Stellung zur Gesellschaft übermäßig mißbrauchte, denn man konnte ihm in diesem langen Zeitraum nur sechs oder sieben Raubmorde mit Bestimmtheit nachweisen, und da diese weder im Reichthum von Barquinesco noch an den Bürgern der Stadt, sondern an einigen dummen Planeros vom Apure begangen worden waren, so brüllte die Justiz beide Augen zu. Die Erpressung, die der brave Junge in der Stadt selbst verübte, nahmen Justiz und Polizei von der heiteren Seite, und da die Kröte schau genug war, sich nur an die Gegner der jeweiligen Regierung heranzumachen, so hatten die Bürgermeister an seinen Schellenstreichen eine diebische Freude und sollen ihn sogar zu solchen ermuntert haben.

In dieser Glanzzeit hat ihn einer meiner Bekannten, ein anständiger und ehrlicher Mann, kennen gelernt. „Die Kröte“, sagte er, „war von mittlerer Größe, geistreich gebaut, mit dem Typus eines Neptun, lachenden Augen, blendend weißen, kleinen, spitzen Zähnen und stets fröhlich wie ein Feigling. Ein Kerl, so harmlos und gutmütig aussehend, daß man ihm nicht böse sein konnte. Dank seinen Erpressungen hatte er stets Geld in der Tasche, sang, spielte, lachte und schau in allen Pulperias herum, und hatte stets ein Gefolge guter Freunde

Unteroffiziere riefen bei den Wahlen wiederholt: „Es lebe der König!“ Verschiedentlich begaben sich die Offiziere in voller Uniform zu den Wählern in die Wohnung, um sie zugunsten dieses oder jenes Kandidaten zu beeinflussen. Man hat eine strenge Untersuchung eingeleitet, um die Schuldigen der Bestrafung entgegenzuführen.

Balkanstaaten.

Ghenadiev über Bulgariens zukünftige Politik. Paris, 30. April. Der „Gclair“ veröffentlicht heute ein längeres Interview mit dem bulgarischen Minister des Äußern Ghenadiev über die zukünftige Politik Bulgariens. Der Staatsmann dementiert energisch die im Umlauf befindlichen Gerüchte von einem bulgarisch-türkischen Bündnis, gibt jedoch zu, daß Bulgarien bestrebt ist, die Beziehungen zu dem osmanischen Reich so herzlich wie möglich zu gestalten, da es im Interesse beider Länder liege, gute Nachbarschaft zu halten. Er bekräftigt weiter, daß Bulgarien eine Annäherung an den Dreieinigkeitsbund. Der Staatsmann beklagte sich bitter darüber, daß einzig und allein Griechenland von den Großmächten unterstützt werde und daß beim Abschluß des Friedens sowohl Frankreich wie Deutschland zum erstenmal seit 40 Jahren sich bereit gefunden hätten, König Konstantin auf Kosten Bulgariens Vorteile zu verschaffen.

Kein türkisch-bulgarisches Bündnis gegen Griechenland. Sofia, 29. April. Die neuerdings von Athener Blättern veröffentlichten, angeblich aus Wien stammenden Meldungen von dem Abschluß einer gegen Griechenland gerichteten türkisch-bulgarischen Konvention werden amtlich mit dem Vermerk dementiert, daß diese Gerüchte zu dem Zweck lanciert werden, um die verleumdenden Meldungen von einem unmittelbarer bevorstehenden Einfall türkisch-bulgarischer Banden in Mazedonien glaubhaft zu machen.

Schweden.

Einberufung des Reichstags. Stockholm, 30. April. Der Reichstag ist auf den 18. Mai einberufen worden.

Türkei

Das Marineprogramm. Konstantinopel, 30. April. Die Blätter melden: Das Marineprogramm ist nach langen Studien nunmehr fertiggestellt worden. Die Flotte werde französische Werften in der Normandie 8 oder 10 Torpedobootgeschwader in Auftrag geben, die größer und schneller als der jetzige Zerstückungsstyp der türkischen Flotte sein werden. Bei der Kreuzer-Flotte werde sie 3 Unterseeboote bestellen. Die Flotte werde 18 Monate nicht überschreiten. Der Betrag soll weder auf das laufende Budget genommen, noch von Anleihen gedeckt, sondern durch Sammlungen des Komitees aufgebracht werden.

Vereinigte Staaten.

Die Panamabill. Washington, 30. April. Die Bill des Repräsentantenhauses, durch welche die Bestimmung der Panamaische, daß amerikanische Küstenschiffe von den Kanalgebühren befreit werden, aufgehoben wird, ist heute dem Senat mit einer Zusatzklärung zugegangen, nach welcher die Vereinigten Staaten durch diese Aufhebung auf keine Souveränitätsrechte über den Kanal verzichten.

Mittelamerika.

Eröffnung des Panamakanals. New York, 30. April. Oberst Goethals richtet einen Schleppbootdienst auf dem Panamakanal ein, damit die Belastung der Panama-Eisenbahn, welche seit der Schließung der mexikanischen Tehuantepec-Route ungeheuer angewachsen ist, einigermaßen behoben werde. Dieser Kanalverkehr soll jetzt regelmäßig stattfinden. Größere Schiffe können aber noch nicht fahren. (Frankf. Stg.)

China.

Die neue Verfassung. Peking, 30. April. Die Verfassung, die kürzlich mit der Umarbeitung der provisorischen Verfassung beauftragt wurde, hat endlich die abgeänderte Verfassung angenommen. Man erwartet, daß sie unverzüglich veröffentlicht wird. Sie sieht eine einfache gesetzgebende Kammer vor und ersetzt den Premierminister durch den Staatssekretär. Man glaubt, daß die Demission Sunpuochis als Premierminister gleichzeitig mit der Bekanntmachung der Verfassung angenommen und Hu Shihang zum Staatssekretär ernannt wird. Der Entwurf sieht ferner bedeutende Erweiterungen der Rechte des Präsidenten vor. Mitarbeiter des an der Spitze der Verwaltung stehenden Präsidenten sind der Staatssekretär und neun von dem Präsidenten ernannte Minister. Geplant ist die Schaffung eines besonderen

Rats als beratenden Organs, mit dessen Zustimmung der Präsident das Parlament auflösen und die Veröffentlichung eines vom Parlament angenommenen Gesetzes verbieten kann. Der Rat soll bis zur Einberufung des Parlaments dessen Funktionen übernehmen.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

— Der „Wiesbadener Tagblatt“-Fahrplan, Sommer-Ausgabe 1914, ist der gegenwärtigen Ausgabe beigelegt. Er tritt mit dem heutigen Tage in Kraft und geht allen ständigen Beziehern des „Tagblatts“ unentgeltlich zu. Außerdem ist er im Verlag für 20 Pf. das Stück käuflich. Auf den um 28 Seiten vermehrten Inhalt durch Erweiterung und Neuaufnahme von Strecken sei noch besonders hingewiesen.

— **Gasthausangestelltenversammlung.** Der Reichsverband der Gasthausangestellten, Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, hat vor einigen Wochen auch hier eine Ortsgruppe gegründet, was von seinen Gegnern unliebsam empfunden wurde. Es wurden Gerüchte des Inhalts verbreitet, der Reichsverband wolle den hiesigen Arbeitsnachweis bekämpfen, er sage, da er das Recht der Öffentlichkeit schone, hinter verschlossenen Türen usw. Außerdem ließ der sozialdemokratische Verband eine Broschüre über: „Die christlichen Gewerkschaften, unter besonderer Berücksichtigung der christlichen Arbeiterorganisation (Reichsverband)“, zu Hunderten Exemplaren in Wiesbaden unter den Gasthausangestellten verteilen. Um zu den Angriffen Stellung zu nehmen, andererseits um das Programm des Reichsverbands einem größeren Interessentenkreis nahezu legen, hatte er in der Nacht vom 28. bis 29. April eine öffentliche Versammlung in das „Katholische Gesellenhaus“ einberufen, welche von 12 bis 5 Uhr morgens dauerte und in allen Teilen für den Reichsverband einen befriedigenden Verlauf nahm. Der Referent, Herr Oerke aus Düsseldorf, wies einleitend die Verdächtigungen, für die jeder Beweis fehle, zurück. Zweck des Reichsverbands sei, zielbewusste Standesarbeit zu leisten. Er schilderte im weiteren die Lage der Gasthausangestellten und forderte auf Grund der vielen Mißstände an Stelle des Kringseldes einen festen Lohn, genügende Ruhezeit, Einbeziehung der Gasthausangestellten in die Unfallversicherung, Einschränkung der Frauenarbeit, besonders zur Nachtzeit. Nach Schilderung der Organisationsformen forderte der Redner zum Beitritt in den Reichsverband auf, der als eine auf nationalem Boden stehende Organisation, durch Selbst- und Staatshilfe, eine allgemeine Besserstellung der Berufsangehörigen erstrebe. Die von dem Vertreter des sozialdemokratischen Gastwirtsgehilfenverbands, Herrn Reichert aus Wiesbaden, erhobenen Einwendungen wurden im Schlusswort des Referenten widerlegt und dann die Versammlung geschlossen.

— **Dienstjubiläum.** Heute feiert der städtische Rohrmeister Ernst Bach 25 Jahre im Dienst der Stadt. Bei seinen Vorgesetzten wegen seiner tadellosen Dienstführung geschätzt und seinen Untergebenen als ein gutes Vorbild, erfreut er sich auch im Publikum besonderer Beliebtheit.

— **Fernsprechwesen.** Von zühändiger Seite werden wir im Hinblick auf die bevorstehende wärmere und daher auch gewitterreichere Jahreszeit darauf aufmerksam gemacht, daß während der Dauer von nahen und schweren Gewittern von der Fernsprechanlage kein Gebrauch gemacht werden darf. Sämtliche Fernsprechanlagen sind zwar mit äußerst empfindlichen Blitzausschlagvorrichtungen versehen, welche etwaige Entladungen atmosphärischer Elektrizität sicher auffangen und ableiten, indes wird immerhin empfohlen, bei nahen und schweren Gewittern die Fernsprechanlagen und Leitungen nicht zu berühren. Gleichzeitig soll hier nochmals darauf hingewiesen werden, daß das von manchen so beliebte Ausschlagen des Hörers während des Gewitters gar keinen Wert hat und eher Schaden als Nutzen bringt.

— **Offertenbriefe zur Reisezeit.** Man schreibt uns: Zum Beginn der Reisezeit ergeht an die Inhaber von Geschäften die Bitte, ihre Offertenbriefe an Privatleute mit dem Vermerk zu versehen „Nicht nachsenden“. Im vorigen Jahre hat Einfender öfters erleben müssen, daß auf diese Art geschlossene Stadtbriefe (frankiert mit 5 Pf.) bei Nachsendungen 20 Pf. Strafporto kosteten; denn die Absender der Offertenbriefe hatten keine Adresse angegeben; man weiß also nicht, von wem der Brief kommt und was er eventuell enthält. Im Zweifel zahlt man die 20 Pf. Strafe. In Zukunft möge man jedenfalls keinen nachgeschickten Brief, belastet mit Strafporto, an-

nehmen, sondern alle diese Offertenbriefe ohne weiteres an die Absender zurückgehen lassen, damit dieselben die Strafgebühren zu bezahlen haben. Dieses Mittel dürfte seine Wirkung nicht verfehlen. — Viele Geschäfte führen bereits die Stempel „Briefe nicht nachsenden“. Die in die Wälder Reisenden werden diese ärgerliche Strafportocharge alljährlich empfunden haben und ebenfalls dagegen protestieren, wiederholt Strafgebühren für Geschäftsbriefe zu zahlen.

— **Treue Dienste.** Heute sind 30 Jahre verflossen, seit Fräulein Johanna Steinert im Dienste der Familie L. Schellenberg steht. Die Jubilarin hat sich während ihrer treuen Dienste durch nunmehr drei Jahrzehnte hindurch die Achtung und Zuneigung ihrer Dienstherren im höchsten Grade erworben. In unserer raschlebigen Zeit ist ein solch schönes Dienstverhältnis leider eine seltene Erscheinung geworden.

— **Warnung vor dem Privatfortbedienst.** Erneut sei gewarnt vor einem Beruf, der wegen starker Überfüllung, mangelnder Anwartschaft und unsicherer Anstellungsverhältnisse nur wenigen der Tüchtigsten oder vom Glück Begünstigten eine gesicherte Zukunft gewährt, den meisten aber nur Enttäuschungen bringt. Es gilt dies sowohl vom Fortbediensteten wie insbesondere auch von der Fortbedienstetenlaufbahn. Durch statistische Erhebungen ist festgestellt, daß für die akademisch ausgebildeten Privatfortbediensteten in Deutschland nur annähernd 500 Stellen in Frage kommen, so daß ein jährlicher Ersatz von 20 bis 25 Anwärtern genügen würde. Demgegenüber aber bezieht seit langen Jahren ungefähr die doppelte Anzahl die Fortbediensteten. Infolgedessen ist eine übermäßig große Zahl von stellenlosen und hoffnungslosen Anwärtern vorhanden.

— **Lebensmüde.** Gestern nachmittag erhängte sich ein hiesiger Wälderlieferant. Der Mann stand im besten Alter, soll aber in letzter Zeit gemütskrank gewesen sein.

— **Nordlandreise.** Wie in den Vorjahren, so veranstaltet auch in diesem Jahre das Hamburger Reisebureau von Walter Dambacher eine größere Gesellschaftsreise nach Norwegen und Dänemark. Für diese Reise ist wiederum der norwegische Salondampfer „Alma“ gebuchert worden. Sie bietet neben einer Seefahrt eine größere Überlandreise, die Teilnehmer lernen dabei nicht nur die herrlichen Fjorde der Westküste kennen, sondern auch die großartig angelegte Bergensbahn sowie die Städte Kristiania und Alesund. Die Reise findet in der Zeit vom 12. bis 27. Juni statt.

— **Keine Notizen.** Das Sommerfest des Wahlvereins der Fortschrittlichen Volkspartei findet am 28. Juni auf der „Alten Adolfsbühne“ statt. Bekannt Redner haben ihre Beteiligung zugesagt. Der Vergnügungsausschuss wird für Unterhaltung aller Art sorgen. — Im „Restaurant Erbsing“ am Mauritiusplatz tritt heute ab eine Damenkapelle auf, welche zum erstenmal in Wiesbaden ist und bisher nur in Weltstädten sich hören ließ.

Israelitische Gottesdienste. Israelitische Kultusgemeinde. Synagoge: Michaelsberg. Gottesdienst in der Hauptsynagoge: Freitag: abends 7 Uhr. Sabbat: morgens 8.45 Uhr, nachmittags 3 Uhr, abends 8.40 Uhr. Wochenende: morgens 6.45 Uhr, abends 7.15 Uhr. Die Gemeindefesttage sind geöffnet Freitag von 8 bis 4 Uhr und Samstagabend von 8 bis 9 1/2 Uhr.

Altisraelitische Kultusgemeinde. Synagoge: Friedhofstraße 33. Freitag: abends 7.15 Uhr. Sabbat: morgens 7 Uhr, Nachmittag 9.15 Uhr, Sonntag 10.30 Uhr. Jugendgottesdienst nachmittags 3.15 Uhr, nachmittags 4 Uhr, abends 8.35 Uhr. Wochenende: morgens 6.45 Uhr, nachm. 6.15 Uhr, abends 8.35 Uhr. Montag und Donnerstag, morgens 6.30 Uhr. Talmud Tchora Verein Wiesbaden. Sinfonie: Freitag: abends 7.15 Uhr, morgens 8.30 Uhr. Posaenchor: 9.30 Uhr. Mincha 4 Uhr, Auszug 8.40 Uhr. Wochenende: morgens 6.30 Uhr, Mincha und Schahar 8 Uhr, Maariv 8.40 Uhr.

Vorberichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes.

• **Reichens-Theater.** Samstag gelangen zum 70. Male die „Fünf Frankfurter“ zur Aufführung. Der Weill, den die Neuinszenierung des Lustspiels „Rein“ gefunden hat, veranlaßt die Direktion, das Stück am Sonntagabend zu wiederholen. Am Montag, nachmittags 4 Uhr, findet zu halben Preisen ein einmaliges Gastspiel der „English Classical Plays by the London Shakespearean Company“ (Direktor A. Koubaud) unter dem Protektorat des Deutschen Reichspostvereins statt. Zur Aufführung gelangt „The Merchant of Venice“ von Shakespeare. Diese einmalige Aufführung dürfte den Schülern und allen, die sich für die englische Sprache interessieren, eine willkommene Gelegenheit bieten, das Werk des großen Briten in der Ursprache zu hören. Montagabend wird auf mehrseitigen Wunsch das Lustspiel „Kammermusik“ gegeben. Diese Vorstellung beginnt um 7.45 Uhr.

• **Tanz-Abend.** Natta von Rüdiger-Gollande, die im vergangenen Jahre sich zum erstenmal dem Wiesbadener Publikum vorstellte, veranstaltet am 5. Mai im Kasino (Friedrichstraße 32) einen Tanz-Abend mit außerordentlichem Programm unter Mitwirkung von Kapellmeister Dr. Hans Robe von der Münchener Hofoper.

• **Gastspiel Anna Pawlows.** Aus Frankfurt a. M. wird uns geschrieben: Bei den Gastspielabenden am 11. und

gegnete mein Gedächtnis. „Einmal bringt er z. B. in das Haus eines der reichsten Kaufleute ein und verlangt von diesem 4 Unzen Gold (250 M.), und während der Kaufmann ihn überreden will, sich doch mit nur einer Unze zu begnügen, nimmt die Kröte ruhig den Revolver vor und fragt freundlich lächelnd: „Nö, Señor, wie gefällt Euch mein Revolver? Wollt Ihr wohl, daß er gut schießt?“ Und nachdem der Kaufmann mit zitternden Händen die verlangte Summe auf das Pult gezahlt hat, sagt die Kröte mit beglücktem Gesicht: „Nö, Señor, jetzt stimmt es nicht mehr, jetzt müssen es fünf sein — eine bekomme ich dafür, daß Ihr mich habt warten lassen.“

Schließlich trat die Liebe mit ihren schmerzlichen Folgen in seinen Lebensweg. Diese Liebesgeschichte klingt völlig unglaubwürdig, und hätte ich nicht die Bestätigung von Dutzenden anständiger Leute gehört und den Hauptbeteiligten, einen der besten Generale der Revolution, persönlich kennen gelernt, so würde ich das Ganze als höchstes Geschwätz betrachten und stillschweigend übergehen haben. Den Namen des Hauptbeteiligten muß ich hier verschweigen, denn der Mann hat durch heroische Tapferkeit seine schweren Verletzungen vergessen zu machen gesucht.

Er, nennen wir ihn Fernandez, war der Sohn eines Halbblutfranzosen aus Martinique, war mit seinem Vater nach Barquisimeto gekommen, und mit 14 Jahren, als er Witze geworden war, nahm ihn ein reicher, kinderloser Kaufmann der Stadt als Lehrling in sein Geschäft. Dort benahm sich der hübsche und intelligente Junge so gut, daß ihn der alte kinderlose Kaufmann wie seinen Sohn behandelte, im Gegenseite zu seiner noch jugendlichen Gattin, die ihm zwar auch Gefühle, aber keineswegs mütterliche entgegenbrachte. Drei Jahre war der Junge im Hause und bereits zu einem stattlichen Bengel heranangewachsen, als der innigste Wunsch des alten Kaufmannes erfüllt und er Vater einer Tochter wurde, die er mit der unheilbaren Blindheit des Vaters und des Alters mit zärtlichen und stolzen Wälden hütete.

Die Jahre gingen über die Wälder und Hauptbücher

dahin, der Alte schrumpfte in gleichem Maße ein, wie sein Tochterlein sich entfaltete, und als dieses sechzehn Jahre erreicht hatte, klopfte Imperator Wors mit dürrer Knochenhand an die runde und pergamentene Stirn des Alten und lud ihn ein, sein Hauptbuch in Ordnung zu bringen. Wie es die guten Könige in den Märchen zu tun pflegen, rief er den Adolfssohn und die Tochter an sein Lager und sagte: „Kinderchen, heiratet Euch, damit das Geschäft nicht Schaden leidet!“

Und Fernandez, der gute Junge, opferte sich und heiratete das Mädchen im vollen Bewußtsein seiner Niederträchtigkeit, und die Mutter des Mädchens mußte alles göschen lassen und durfte nichts zur ganzen himmelschreienden Gemeinheit sagen, um sich nicht selbst zu verraten! ...

Der Alte starb, und wie eine so vorbrocherische Ehe ausfallen möchte, kann man unschwer erraten, denn mögen Sprichwörter im allgemeinen sehr dochbar sein, so gibt es doch eines, das keine Ausnahme kennt. „Jede Schuld rächt sich auf Erden“ — und hier rächte sie sich furchtbar. Je älter die Witwe wurde, desto eifersüchtiger wurde sie auf ihre Tochter, und als sie endlich ihr Schwiegersohn zu verlassen Miene machte, rächte sie sich dadurch an ihm, daß sie ihrer eigenen Tochter Andeutung über ihre Herkunft machte, so daß diese endlich begriff. Um ihren Mann zu beschlupfen, machte sie Luis, die Kröte, zu ihrem Freunde, und dies so offen, daß die ganze Stadt von der Sache Wind bekam, nur vorerst nicht der Ehemann, denn dies wäre gegen alle Logik und alles Herkommen gewesen. Der Sohn, den die ganze Stadt über ihn ergoß, der Schimpf, um den größten Schuft der Stadt zum Hausfreund gegeben zu haben, erfüllte die Herzen der beiden Welker mit grausamer Freude.

Sange konnte allerdings dieses Verhältnis nicht unentdeckt bleiben, und als Fernandez Aufführung bekam, lauerte er nach der Kröte unter seinem eigenen Hausdache mit einem Knecht auf. Aber wieder kam Don Luis mit nur einigen Messerhieben davon, schloß den Nacht nieder und entfloß aus Barquisimeto. Von Fernandez, dem es unbekannt war, daß

seine Frau von ihrer Herkunft Kenntnis hatte, ließ zu den Gerichten, um die Scheidung zu verlangen, und in der Hauptverhandlung erhob plötzlich sein Weib die Stimme und rief vor Hunderten von Zeugen: „Was willst du, elender Schuft, wie kannst du, mein eigener Vater, mich verfluchen?“ Eine furchtbare Sensation entfiel, als Mutter und Tochter, ihre eigenen Verbrechen anerkennend, nun Anklage über Anklage auf Fernandez häufen ...

Die Scheidung wurde natürlich ausgesprochen, aber in diesem besten aller Länder fiel es niemandem bei, die Verbrechen der Beteiligten gerichtlich zu verfolgen. Die öffentliche Meinung verurteilte alle Teile und Fernandez verließ Barquisimeto, wurde General und hat seither in allen Revolutionen wie ein Löwe gekämpft. Als ich dem Präsidenten und Chef der Revolution eine Andeutung machte, daß solche Elemente eben nicht die lautezten seien, entgegnete er sehr philosophisch: „Aber das sind die Leute, mit denen man Revolutionen macht; ruhige und wohlhabende Kaufleute bekommen wir nicht für unsere Armeen!“

„Und Luis, die Kröte?“

Der hat es nicht mehr lange getrieben. Er floh nach Puerto Cabello und auch dort konnte man ihn dem Rufe nach gefangen. Als er eines Tages mit einem anständigen jungen Mann in einer Scheiße Streit bekam, zog dieser, ehe der Kaufmann begriffen hatte, daß nun auch seine Reihe gekommen sei, den Revolver, schloß seinen Widerstand vor den Kopf, und am folgenden Tage begleiteten Hunderte von Ströcken, Mördern und Dieben die sterblichen Reste der Kröte auf ihrem letzten Wege.

Und da gibt es Leute, welche meinen, die Romantik und ihre Träger seien mit Eisenbahn und Elektricität verdammt! Wohl möglich in unserem barbarischen Europa, aber hier im zivilisierten Mittelamerika blüht diese blaue Blume in der Verborgenheit, ohne daß ihr Duft uns erreicht, wenn sich eben nicht mal jemand das Herz nimmt, die Zustände, wie sie hier sind, der Wahrheit gemäß zu beschreiben.

12. Mai in der Freien Literarischen Gesellschaft (Frankfurter Opernhaus) wirkten außer Anna Pawlowa und ihrem Partner Nowikoff die erste Charaktertänzerin Gassewitsa, die klassische Tänzerin Blaskowiczka, sowie die Solotänzerinnen Butsowa und Stombowa vom kaiserlichen russischen Ballett in Petersburg mit. Die Ballettleitung liegt in den Händen der kaiserlichen Ballettmeister Gedetti und Jassich.

Musik- und Vortragsabende.

* Orgelkonzert in der Martinskirche. Am vorgestrigen Mittwochsabend trug Organist Petersen zwei ausgedehnte Orgelkompositionen vor. Bassacchia und Doppelfuge von A. S. Bach und Sonate op. 148 von Rheinberger, die beide an dem besten Gehören, was die Orgelliteratur bietet. Als Gesangsolistin wirkte Margarete Bachhaus von hier mit, welche mit ihrem wohlklingenden Mezzosopran und warmem Musikverständnis Lieder von Verger, Schubert und Otto Dorn zur Wiederbelebung brachte; ihre Darbietungen fanden sichlichen Nachhall bei den Hörern. Hoffentlich begeben wir Fräulein Bachhaus nicht zum letztenmal an dieser Stelle.

Aus dem Vereinsleben.

Vorberichter, Vereinsversammlungen.

* Der Wiesbadener Lehrerverein hält Samstag, den 2. Mai, abends 8 1/2 Uhr, die Monatsversammlung im „Europäischen Hof“. Herr Dr. Philipp hält Vortrag über das Thema: „Die soziale Lage der Volksschule in den Großstädten Deutschlands“.

* Seinen diesjährigen Frühjahrs-Ausflug, verbunden mit schwedischer Unterhaltung, unternimmt der „Schwarze Männerchor“ am Sonntagmorgen, den 4. Mai, abends nach Erbenheim (Restaurant „Zum Adler“, Mithras-Bühnen).

* Der „Sängerkreis“ des Männer-Turnvereins unternimmt am Sonntag, den 3. Mai, einen Familienausflug nach Schierstein (8 Kronen). Vorsteht musikalische und sonstige Unterhaltung mit Lina.

* Der „Allgemeine Deutsche Sprachverein“ hielt verflochtenen Dienstag in der „Martinskirche“ seine Jahresversammlung ab. Der geschäftliche Teil war rasch erledigt. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt und dem Schriftführer Rechnung über die Vereinsverwaltung erstattet. Der Bericht des Schriftführers Major a. D. Wille stellte mit Befriedigung die dauernde günstige Weiterentwicklung des Vereins fest, der mit seiner Zahl von 660 Mitgliedern nur noch von Berlin und Hamburg übertroffen wird. Eine weitaus stärkere Anziehungskraft als der geschäftliche Teil bewies naturgemäß der den Schluss des Abends bildende Vortrag des Herrn Ludwig Kolb, Lehrer an dem städtischen Realgymnasium, der nach einer kurzen Einleitung über die Eigenart seiner mündlichen Dichtungen Vorträge gab, die in der Tat geeignet waren, nicht nur zu unterhalten, sondern auch zu belehren und zu erfreuen. Herr Kolb hat in jahrelanger Arbeit sich bemüht, seinen Dichtungen nicht bloß in der Form das laute, sondern auch in der Sache einen bestimmten Gegenstand oder Sachverhalt aus den verschiedensten Teilen Russlands zu geben, sondern sie auch in Ausdruck und Inhalt so zu gestalten, daß sie als ein klarer Spiegel der volkstümlichen Denkmäler und Fühlens gelten können. Dank diesen Eigenschaften erhielt der Vortragende einen starken Erfolg bei der sehr zahlreichen und offenbar hochinteressierten Zuhörerschaft. In seinem Schlusswort wies der Vorsitzende Direktor Dr. Höfer anerkennend darauf hin, daß auch der russische Kommunallandtag in richtiger Würdigung der Wichtigkeit dieses Bereiches des deutschen Volkslebens einen jährlichen Beitrag zur Anlage eines umfangreichen russischen Wörterbuchs bewilligt habe. Nähere Mitteilungen über dieses Werk machte dann noch der Landesbauplatz Geheimer Regierungsrat Kessel, erwähnte auch die ebenfalls mit Unterstützung des Kommunallandtages geplante Sammlung russischer Volkslieder und lud die Mitglieder des Sprachvereins zur tätigen Mitarbeit an diesen wichtigen Sammlungen ein. So konnte der Deutsche Sprachverein mit Befriedigung rückwärts und mit neuem Eifer vorwärts schauend das Vereinsjahr abschließen.

Aus dem Landkreis Wiesbaden.

* Viehtrieb, 30. April. Der „Bürgerverein“ hielt gestern abend seine diesjährige Jahresversammlung ab. Den Bericht über das abgelaufene Vereinsjahr und die Rechnungsablage erstattete im Auftrag des Verwaltungsrats Herr Ludwig Schmidt. Herr Dotter gab den Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses. Bei der Ergänzungswahl des Verwaltungsrats wurden die Herren Werner, Oblinader, Maurer und Böber wieder- und die Herren Hösch, Rathgeber und Philipp Napp neugewählt. Zu Mitgliedern des Rechnungsprüfungsausschusses wählte die Versammlung die Herren Dotter, Nasse und Eduard Schmoeder. In Hinblick auf das nunmehrige 20jährige Bestehen des Vereins gab Herr Fabrikant Schandua, der frühere langjährige Vorsitzende, in einem besonderen Vortrag einen Rückblick über die Entwicklung und die Erfolge des „Bürgervereins“ in den 20 Jahren seines Bestehens.

(1) Donheim, 30. April. Nächsten Montag und Dienstag wird ein Teil des 2. Kompanies des Telegraphen-Bataillons Nr. 3 hier einquartiert. — Das General-Kommando ist für die Militärvorposten aus dem Gemeindebezirk Donheim findet am Montag, den 18., und Dienstag, den 19. Mai, in Wiesbaden im „Deutschen Hof“, Waldgasse, statt. Zur Aushebung kommen 51 Militärvorposten.

* Vierstadt, 29. April. Das städtische Elektrizitätswerk zu Wiesbaden sucht beim hiesigen Gemeinderat um die Genehmigung nach zur Durchführung der Stromleitung nach Kloppenheim. Die Beschlußfassung hierüber wurde vorläufig ausgesetzt, bis eine Lokalbeschäftigung feststehen kann. Der Rentner Karl Born beabsichtigt, an der verlängerten Lohmstraße einen Landhausneubau zu errichten. Das Grundstück wird unter den üblichen Bedingungen genehmigt. Der Gemeindevorstand soll die Bewilligung eines Zuschusses für die Veranschaffung einer Obst- und Gartenbau-Ausstellung für Wiesbaden und Umgebung in Vorschlag gebracht werden.

* Erbenheim, 30. April. Unsere Volksschule, an der 7 evangelische und ein katholischer Lehrer wirken, wird von 541 Schülern besucht; der Konfession nach sind 258 Knaben und 249 Mädchen evangelisch, 16 Knaben und 17 Mädchen katholisch und eins jüdisch. — Der Turnverein hält am 10. Mai dieses Jahres sein Jubiläum. Nachmittags findet ein Schachturnier sämtlicher Abteilungen auf dem Turnplatz bei der neuen Schule statt. Die Abendunterhaltung mit dem üblichen Tanzabend fällt weg. Am 17. Mai d. J. unternimmt der Verein seine zweite Wanderung über Vierstadt, Binger und Erbenheim nach Nauort. Im Saalbau „Zum Taurus“ (Bes. Louis Dör) wird Kaffee gemacht. — Kommen-der Samstag hält die Freiwillige Feuerwehr ihre Generalversammlung, vorher findet eine Übung statt. — Seit gestern nachmittags findet eine Belagerung des Forts Viehler statt, an der sich die Garnisonen Mainz und Wiesbaden beteiligen. — Zur Vergrößerung des Übungspalastes am Fort Viehler kaufte die Militärverwaltung in Mainz ein hiesiges Landstück ein größeres Gelände gegenüber der Erbenheimer Warte. Der Kaufpreis beträgt 5000 M. für den Morgen. Wie man vernimmt, werden noch weitere Ankäufe stattfinden.

Provinz Hessen-Nassau.

Regierungsbezirk Wiesbaden.

Durch Starkstrom getötet.

* Limburg, 30. April. Ein schrecklicher Unglücksfall, der die große Gefährlichkeit der Starkstromleitungen warnend jedem in die Erinnerung bringt, ereignete sich

gestern nachmittags in der Nähe des Schächerischen Kalkwerks. An einem dortigen Hochmast der elektrischen Überlandzentrale war eine Reparatur vorzunehmen. Der etwa 23 Jahre alte Monteur Brückner aus Wesel wollte die Reparatur vornehmen, ohne daß der Strom abgeschnitten wurde. Dabei kam er einem der mit Starkstrom geladenen Drähte mit dem Rücken zu nahe, erhielt einen elektrischen Schlag, der ihn sofort tötete. Der ganze Körper des Unglücklichen wurde von meterlangen elektrischen Flammen umgürtet. Es kostete seinen Arbeitskollegen große Mühe, die Leiche aus den Drähten herauszubringen.

Verbrannt.

* S. Daaden, 29. April. Beim Zerkeln eines Daches des „Hofes Schmitz“ gerieten infolge Überhitzens des Teerfasses die Kleider eines 23jährigen Dachdeckergehilfen in Brand. Der junge Mann rannte wie befehlemt als lebende Feuerfackel davon, um sich in das Bassin des Springbrunnens im Hotelgarten zu stürzen. Leider war nur wenig Wasser in dem Behälter; der Rettungsversuch gelang nicht. Erst herbeieilende Leute konnten die Flammen löschen, als es leider schon zu spät war. Der Unglückliche ist seinen Wunden erlegen.

* st. Niedernhausen, 29. April. Bei der Versteigerung des Postgebäudes erhielt Bauunternehmer Berner in Bisteln den Zuschlag mit 35 000 M.

* Seelbach (Amt Runkel), 28. April. Da die vor 40 Jahren erbaute Schule nur zwei beschränkte Lehrerwohnungen aufweist, so wird die Schule durch einen Anbau erweitert. Die Arbeiten sind vergeben und sollen so beschleunigt werden, daß bis zum Herbst die neuen Räume benutzt werden können.

* S. Vom Westerwald, 29. April. In der Nacht zum 25. April trafen hier Kräfte auf, welche die Baumblüte, welche zu großen Hoffnungen berechtigt, an manchen Strichen vernichtet haben.

* S. Bellingen (Westerwald), 29. April. Einen schweren Unfall erlitt ein Mann aus Niederhatten bei Hohenburg, der an einer durch einen Motor betriebenen Holzschneidemaschine beschäftigt ist. Als er hier Holz schnitt, drang ihm ein abspringender Splitter ins Auge. Der Verletzte verlor die Besinnung; das Auge wird wahrscheinlich verloren sein.

* S. Dreifelden, 29. April. Unser jetziger verdienstvoller Bürgermeister Groß wurde für die Dauer von 8 Jahren wiedergewählt.

Regierungsbezirk Kassel.

* Kassel, 29. April. Mit dem 1. Oktober werden Bürgermeister Jochems und Stadtrat Dr. Hütterott aus dem städtischen Dienst ausscheiden und sich in das Privatleben zurückziehen. Eine Auszeichnung der Stelle des zweiten Bürgermeisters soll indessen nicht erfolgen, sondern dieses Amt dürfte voraussichtlich Stadtratspräsident Brunner übertragen werden, der schon 26 Jahre dem Magistrat angehört. Auch die Neubesetzung der Stelle eines beabsichtigten Stadtrats könnte möglicherweise ohne Ausschreibung erfolgen, da in diesem Amt einer der jüngeren Stadträte eintritt und dann wiederum nur die Beförderung der Stelle dieses letzteren notwendig würde.

Nachbarstaaten u. -Provinzen.

Wohnungsnot in Mainz?

* pp. Mainz, 29. April. Aus vielen größeren Städten ist in der letzten Zeit wiederholt die Nachricht gekommen, daß Wohnungsnot, namentlich für kinderreiche Familien, herrsche. Bei der Schwierigkeit der Hypothekendarlehen ist auch wenig Aussicht vorhanden, daß von Seiten der Spekulation durch Errichtung von Neubauten der Wohnungsnot gelindert werden wird. Einzelne Stadtverwaltungen und Genossenschaften haben deshalb an verschiedenen Plätzen durch Gewährung von Baukapitalien der Notlage zu begegnen gesucht. Die Frage, ob in Mainz Wohnungsnot bestehe, kann vorläufig noch nicht bejaht werden. Immerhin ist der Zeitpunkt ins Auge zu fassen, der auch für Mainz, wenn die Bauaktivität nicht kräftiger einsetzt, Wohnungsnot bringen wird. Ein Rückblick gibt von dem steigenden Wohnungsbedarf in Mainz ein anschauliches Bild. Im Jahre 1911 gab es in Mainz 947 leerstehende Wohnungen, 1912 standen 880 Wohnungen leer und im Jahre 1913 sank ihre Zahl auf 679. Mit- hin verminderte sich die Zahl der leerstehenden Wohnungen durchschnittlich im Jahre um 100. Nimmt nun die Bauaktivität in Mainz keinen größeren Umfang als in den letzten drei Jahren an, dann steht Mainz in absehbarer Zeit, besonders für kinderreiche Familien, der gleichen Wohnungsnot gegenüber wie zahlreiche andere Städte.

* m. Aus Rheinhessen, 29. April. Von dem Kreisamt des Kreises Bingen veranlaßt, wird der Weinbautechniker Willig (Bingen) am Sonntag, den 3. Mai, nachmittags 4 1/4 Uhr, in der Wirtschaft August Müller in Odenheim einen Kursus über Rebenerziehung abhalten. Nach den verschiedenen Vorträgen sollen die auf diesem Gebiet bisher auf dem Merzischen Weinbau geleisteten Arbeiten besichtigt werden. An dem Kursus werden sich etwa 50 Binger aus den verschiedenen Gemeinden des Kreises Bingen beteiligen.

* Oppenheim a. Rh., 30. April. Dem Fabrikbesitzer Oskar Sube, Inhaber der Firma Monstinger u. Seelwein hierseits, wurde das Prädikat eines königlich preussischen Hoflieferanten verliehen.

Gerichtssaal.

* M. Brandversicherungsanstalt gegen Kleinbahn-Gesellschaft. Frankfurt a. M., 29. April. In dem Zivilprozeß der Nassauischen Brandversicherungsanstalt gegen die Frankfurter Lokalbahn-Aktiengesellschaft wurde heute vor dem hiesigen Landgericht das Urteil gesprochen. Bei der Anklage war die Bergische Maschinenfabrik in Oberursel verklagt, die im Vorjahr abbrannte. Das Feuer war darauf zurückgeführt worden, daß Funken der Lokomotive eines Güterzugs der besagten Gesellschaft das Fabrikgebäude entzündeten. Zeugen bezeugten, daß kurz vor dem Brand in der Tat Funken von einer Lokomotive auf die Fabrik übergesprungen seien. Das Landgericht entschied zugunsten der Aktiengesellschaft, indem sie ihren Klageanspruch als gerechtfertigt erklärte. Über die Höhe des von der Gesellschaft zu zahlenden Betrags wird noch entschieden. Verlangt werden 52 000 M.

* Ein Lustmörder zum Tod verurteilt. Tübingen, 29. April. Das Schwurgericht zu Tübingen verurteilte den Hausknecht Karl Maier wegen Sittlichkeitsverbrechens und Mordes an der eifersüchtigen Irma Dettmer zum Tod und den üblichen Nebenstrafen.

Sport und Luftfahrt.

Pferderennen.

* Saint-Denis, 30. April. Preis der Bellefontaine. 3000 Franken. 1. Beil-Picardis Naton 2 (Parfremont), 2. Onclé von, 3. Billebejee. 23:10; 13, 23, 17:10. — Preis du Drac. 3000 Franken. 1. Comte D. de Cambacérès Amado (Dujardin), 2. Boule de Reige 5, 3. Agenda. 40:10; 16, 24, 15:10. — Preis de la Reige. 4000 Franken. 1. Pfizers Hunter (O'Connor), 2. Tribun 2, 3. Staliger. 150:10; 52, 32, 22:10. — Preis du Vercors. 4000 Franken. 1. Dugas' Maléfice (Saurval), 2. Donheur du Jour, 3. Noble. 57:10; 29, 42:10. — Preis Ernest D'Esp. 10 000 Franken. 1. André Epsilon (Dancaster), 2. Sinai, 3. Albanais. 270:10; 70, 47:10. — Preis de la Drome. 4000 Franken. 1. Olyp-Noebers Confreix (M. Barot), 2. Olyprou, 3. Le Potache. 22:10; 14, 29, 28:10.

* Karlsruhe, 30. April. Preis der Flora. 4500 M. 1. Fürst Hohenlohe-Schringens Sturmwind (Sandmann), 2. Gafa, 3. Rainau 2. 24:10; 10, 10:10. — Demminer Jagdrennen. 3000 M. 1. Lt. v. Egan-Kriegers Glenmorgan (Bel.), 2. Driffa, 3. Kibing Gowl. 18:10; 18, 14, 51:10. — Preis von Rudow. 8800 M. 1. H. v. Lepper-Lasitz Bagelstet (Jenich), 2. Ljander, 3. Alice. 28:10; 15, 43, 25:10. — Kramsta-Erinnerungsrennen. 6000 M. 1. W. Dodels Erberich (Dodel), 2. Partisan, 3. Ragister. 19:10; 11, 12, 14:10. — Residenz-Jagdrennen. 10 000 M. 1. Optm. Schönborgs Torz Hill 2 (Brown), 2. Doppelgänger, 3. Napp. 54:10; 19, 27, 27:10. — Blumenhof-Jagdrennen. 1. K. E. Biermanns Over the Matter (Herder), 2. Santos's Cherry, 3. Quercus Airl. 97:10; 34 23:10. — Jahres-Jungfern-Jagdrennen. 3200 M. 1. W. Dodels Abdul (Meinmann), 2. Ruffa, 3. Verlaß. 26:10; 12, 13:10.

* Die Sportvereine „Gos“ unternimmt am kommenden Sonntag, 3. Mai, ihre 6. diesjährige Tageswanderung nach Hohenstein. Marschroute: Wiesbaden, Gaussee, Haus, Gohle, Buzel, Schanze, Jungsberg, Waldsch, Adolfsch, Breitbach, Hohenstein (Mühlbach). Gesamtmarstrecke circa 6 Stunden. Treffpunkt 7 1/2 Uhr Mühlbach.

* Schauschwimmen. Am Sonntag, den 3. Mai, findet in dem Vereinsheim des Turnvereins, Hellmündstraße 25, der vierte Kreisschwimmertag des Mittelrheinischen Turnkreises statt. Die Verhandlungen beginnen um 10 Uhr und werden geleitet von dem Kreisschwimmwart Turnlehrer Robert Braun-Frankfurt a. M. Zum erstenmal sind mit dem Schauschwimmen Schachvorführungen und Weitsprünge verbunden, die am Sonntagmorgen 8 Uhr im Schwimmbad des Augusta-Badestades ihren Anfang nehmen. An den Vorführungen beteiligen sich die Schwimmabteilungen der Turnvereine Frankfurt, Offenbach, Bockenheim, Koblentz, Wiesbaden und der Gymnastikvereine Wiesbaden. Der Wettkampf der Ringer besteht in Schnellschwimmen, Tellerlaufen, Schlupfring vom 1-Meter-Brett, Kirsprung vom 3-Meter-Brett. Der Wettkampf der Reiter besteht in Streckentouren, Seitenschwimmen, Kirsprung vom 3-Meter-Brett, Kirsprung vom 1-Meter-Brett und Kirsprung vom 3-Meter-Brett. Die Schwimmabteilung des Frankfurter Turnvereins setzt noch ein Figuren-Schwimmen, in dem die Teilnehmer der Kreisschwimmer werden die besten Mannschaften antreten. Den Schluss bildet ein Wasserball-Spiel zwischen Turnverein Frankfurt und Gymnastikvereine Wiesbaden.

* Fußballwettkämpfe Norddeutschland-Süddeutschland. Der Norddeutsche Fußballverband und der Verband Süddeutscher Fußballvereine haben ein Abkommen getroffen, alljährlich zwei Spiele, eins in Nord- und eins in Süddeutschland, auszuspielen. Das erste Treffen geht bereits am 10. Mai in Hamburg vor sich.

* Die englische Fußballmeisterschaft. Nachdem die englische Fußballmeisterschaft jetzt abgeschlossen ist, steht die Meisterschaft fest. Inhaber derselben ist in diesem Jahre in der ersten Liga Blackburn Rovers mit 61 Punkten vor Aston Villa mit 44 Punkten. Aus der zweiten Liga steigen Rotherham (53 Punkte) und Bradford City (49 Punkte) in die erste Liga auf, während Preston North End und Derby County, die nur 30 und 29 Punkte erringen konnten, diese verlassen.

Neues aus aller Welt.

* Die Strahlungsrevolte in Aniane. Paris, 29. April. Wie das Justizministerium bekannt gibt, sind von den aus der Strafanstalt Aniane ausgebrochenen Strahlungs fäulnisse bis auf fünf wieder hinter Schloß und Riegel. Eine strenge Untersuchung ist eingeleitet worden.

* Der Dampfer „Montfort“ wieder flott. Quebec, 30. April. Der Dampfer „Montfort“, der mit 155 Passagieren auf Grund geraten ist, ist unbeschädigt wieder flott geworden. Der Schiffsarzt berichtet, daß die Besatzung, 30 April. Vier Personen, die sich mit dem Schiffsarzt, holländischer Streichholzfabrikanten, wurden verhaftet.

* Die hungrige Suffragette. New York, 29. April. Auf amerikanische Weise ist es den Gefängnisbehörden von Sing-Sing gelungen, eine Suffragette, die den Hungerstreik inszenierte, zur Kapitulation zu zwingen. Es handelt sich um ein Fräulein Veda Gelson, die vor mehreren Tagen verhaftet worden war, weil sie gelegentlich einer Demonstration von Arbeitslosen und heftige Beschimpfungen gegen die Regierung ausgesprochen und „Geh' Dreck“ gerufen hatte. Trotz ihrer außerordentlich großen Schwäche weigerte sie sich, Nahrung zu sich zu nehmen. Als die Gefängniswärter ihr abends eine Flasche Milch und Bratens in die Zelle stellten, machten sie am anderen Morgen die höchst überraschende Wahrnehmung, daß Milch und Bratens nicht mehr da waren. Auch der Portion Pfeffer, die man ihr darauf in die Zelle stellte, konnte sie nicht widerstehen. Es dauerte nicht lange, so war auch dieses verschunden. Sie wurde sodann gegen Stellung einer Kaution freigelassen.

Deutscher Reichstag.

Meklenburgische Verfassung und Anderes.

* S. Berlin, 30. April. (Eig. Drahtbericht) Wenn man unvorbereitet in diesen Tagen in den Reichstag kommt, hat man wirklich nicht den Eindruck, als sei man mit dem Etat einen Monat im Rückstand und als habe man nur knap ein Duzend Sitzungstage übrig, um die wichtigsten Etats, den des Auswärtigen Amtes und den der Seeresverwaltung, zu verabschieden. Heute unterhielt man sich zunächst drei Stunden lang über die mecklenburgische Verfassung, die eine gestern eingegangene sozialdemokratische Interpellation auf dem Umwege über den Reichskanzler und den Reichstag den Großherzogtümern aufzuzurechnen will. Staatssekretär Delbrück erklärte ganz kurz, die Auffassung der Verbündeten Regierungen in der Frage hätte sich nicht geändert. Sämtliche Bundesregierungen dachten nicht daran, der sozialdemokratischen Aufforderung zu entsprechen. Auch der Vertreter der mecklenburgischen Regierung lehnte ein Eingreifen des Reiches ab und suchte dann im einzelnen den Nachweis zu führen, daß die Verhältnisse in Mecklenburg durchaus nicht so rückständig seien, wie sie der Begründer der sozialdemokratischen Interpellation

gebildet, namentlich nicht auf dem Gebiete des Schul- und Steuerwesens. In der Debatte erklärte Dr. Spahn, namens des Zentrums, seine Partei habe ebenfalls den Wunsch, daß Mecklenburg eine Verfassung erhalte, das Zentrum halte aber eine Initiative des Reichstags für unerlaubt. Der nationalliberale Abgeordnete Roland-Lüde glaubte ebenfalls nicht, daß die sozialdemokratische Interpellation ihren Zweck erfüllen werde, kündigte aber einen nationalliberalen Initiativantrag an. In ähnlicher Weise führten die beiden volksparteilichen Abgeordneten Dr. Wendorff und Sivkovich den Nachweis, daß die Zustände in Mecklenburg nach Abhilfe und Regelung förmlich schreien. Dr. Wendorff schilderte dabei namentlich die Mangelhaftigkeit des Schulwesens und der lesgenannte fuhr schließlich mit dem Konservativen v. Gräbe ab, der wieder einmal von den sozialdemokratischen und freisinnigen Brüdern gesprochen hatte. Die erste Lesung der Novelle über die Postdampferkonventionen leitete dann Staatssekretär Delbrück in einer langen, sehr lehrreichen Motivierung ein. Das Haus hatte aber bei diesem Gegenstand kein Redebedürfnis und überließ die Vorlage ohne Debatte an die Budgetkommission. Es folgte dann die erste Lesung des internationalen Vertrages zum Schutze des Menschenlebens auf See, des sogenannten „Titanic“-Vertrages. Staatssekretär Delbrück nahm auch hier zur Einführung das Wort. Der Sozialdemokrat Scheidemann konzentrierte seine Kritik auf die Tatsache, daß zu der Konferenz nicht auch Vertreter der Arbeit hinzugezogen seien. Dann wurde die Debatte abgebrochen; den Schluß der Sitzung bildete eine zum Teil recht stürmische, im Grunde aber doch recht fröhliche Geschäftsordnungsdebatte. Die Sozialdemokraten erneuerten nämlich ihren Antrag bei dem Seniorenkonvent, morgen, als dem 1. Mai, möge auch der Reichstag die Arbeit einstellen und dafür lieber in der nächsten Woche ein paar Abendstunden abholten. Die Herren Scheidemann und Haase hielten sogar zwei richtige „Aufklärungs“-Reden über die Ziele und Notwendigkeit der Meisfeier. Der Reichstag erwies sich aber als unbelehrbar und der Antrag der Sozialdemokraten wurde mit allen Stimmen gegen die der Antragsteller abgelehnt.

Sitzungsbericht.

Eigener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblatts“.

§ Berlin, 30. April.

Am Bundesratssitz: Staatssekretär Dr. Delbrück und Kracke, Dr. Petzold, Wahnschaffe, Jonguieres und bayerischer Gesandter Graf Verchenfeld.

Vizepräsident Dr. Haase eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 20 Minuten.

Eingegangen ist das Rennwertgesetz.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist eine Interpellation der Sozialdemokraten, betreffend

Vorlegung eines Verfassungsentwurfs für die mecklenburgischen Großherzogtümer.

Auf eine Anfrage des Präsidenten erklärt sich Staatssekretär Dr. Delbrück zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit.

Abg. Dr. Herzfeld (Soz.) begründet die Interpellation: Die mecklenburgischen Staatsbürger haben keine verfassungsmäßige Möglichkeit, auf die Gestaltung ihrer Grundzüge Einfluß auszuüben. Deshalb ist es Pflicht der Reichsgesetzgebung, hier konstitutionelle Maßnahmen zu treffen. Während alle Staaten in Europa im Laufe der Zeit eine Verfassung geschaffen haben, bestehen in Mecklenburg noch immer die alten Zustände und auch die verflochtenen Verhandlungen, die von 1908 bis 1913 wiederum im Gange gewesen sind, sind ergebnislos verlaufen und dadurch ist der alte Zustand in Mecklenburg erhalten geblieben.

Die Reichsgewalt müßte sich hinter die Großherzöge stellen und mit ihnen den Ständen die Verfassung aufzuerlegen. Das will aber die Reichsgewalt nicht, sie will den alten Zustand bestehen lassen. Das Reich muß endlich eingreifen und dem Lande einen Landtag geben mit dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht. Die gegenwärtigen Zustände sind bedenklich, auch hinsichtlich der finanziellen Verhältnisse des Landes. Die Eisenbahnverhältnisse in Mecklenburg sind die rückständigsten in ganz Deutschland, ebenso wie die Schulverhältnisse und die Arbeiterlöhne. Gemeinden gibt es in den Ritterschaften nicht. Der Rittersgutsbesitzer hat die Polizeigewalt in der Hand. Er kann bis auf sechs Wochen Haft erkennen. Daß unter solchen Umständen die sozialen Einrichtungen höchst rückständig sind, ist selbstverständlich. (Sehr wahr! bei den Soz.) Nach allem Vorgegangenen kann man wohl erwarten, daß die Liberalen in diesem Hause unsere Forderung unterstützen. Es ist nicht richtig, daß, wenn Mecklenburg auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts von Reich wegen eine Verfassung erhält, der föderative Charakter des Reiches erschüttert wird. Das beweisen die süddeutschen Staaten. Ich bitte, stimmen Sie unserer Interpellation zu.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Der Standpunkt der Verbündeten Regierungen zur mecklenburgischen Verfassungsfrage ist in diesem hohen Hause wiederholt dargelegt worden. Ich selbst habe Anfang 1910 und Ende des Jahres 1912 die Ehre gehabt, darüber Ausführungen zu machen. Der Standpunkt der Verbündeten Regierungen hat sich seitdem nicht geändert.

Der Reichskanzler ist daher in voller Übereinstimmung mit den Befugnissen der Verbündeten Regierungen nicht in der Lage, der in der Interpellation gegebenen Anregung zu entsprechen.

Mecklenburgischer Gesandter v. Brandenstein: Ich habe mich dieser Erklärung nur anzuschließen. Ich habe festgestellt, daß die großherzoglichen Regierungen noch heute auf dem Standpunkt stehen, daß ein Eingreifen des Reiches in die Verfassung eines Einzelstaates nicht erwünscht ist. Abgeordneter Dr. Herzfeld hat die Situation vielfach unrichtig wiedergegeben. Die Steuerreform in Mecklenburg hat eine Regelung gebracht, die der preussischen Einkommen- und Erbschaftsteuer gleicht. Das ist ein Fortschritt und kein Rückschritt. Die dortigen Eisenbahnverhältnisse sind voll auf der Höhe. Was das Vorkommen des Landrats v. Malchow mit dem Gerichtsschreiber anlangt, so ist die Justizverwaltung durchaus korrekt verfahren. (Lachen links.) Das ist meine Meinung. (Rufe: Sehr mecklenburgisch!) Der

Chef der Justizverwaltung ist von der Ansicht ausgegangen, daß er recht tue. (Heiterkeit.) Wenn darüber gefaßt wird, daß in den Ritterschaften keine Fortbildungsschulen bestehen, so ist es in Preußen auch nicht anders. Dort haben die Rittersgüter auch keine Fortbildungsschulen. In den kleinsten Mecklenburgs haben wir diese Fortbildungsschulen längst. Darauf kann ich mich beschränken.

Auf Antrag des Abg. Haase (Soz.) findet Besprechung der Interpellation statt.

Abg. Dr. Spahn (Zentr.): Wir halten es für dringend wünschenswert und erforderlich, daß Mecklenburg eine Verfassung bekommt. Es gehört aber nicht zu den Befugnissen des Reiches, hier die Initiative zu ergreifen.

Abg. Roland-Lüde (natl.): Meine Parteifreunde haben den lebhaften Wunsch, die Aufmerksamkeit des Reiches auf die mecklenburgischen Zustände zu lenken und eventuell die Unterstützung des Reichstags zur Beseitigung dieser Zustände zu erbitten. Der Inhalt der Interpellation ist aber unseres Erachtens nicht geeignet, den Wunsch Mecklenburgs, zu einer angemessenen Verfassung zu kommen, vorwärts zu bringen. Aus diesem Grunde sind wir augenblicklich nicht in der Lage, in eine nähere Diskussion über die Frage einzutreten. Wir behalten uns vor, demnächst einen dieselbe Sache betreffenden Antrag einzubringen.

Abg. Dr. Wendorff (Vpl.): Die Mitwirkung des Reichstags kann bei der Erledigung der mecklenburgischen Verfassungsfrage sehr wohl in Betracht gezogen werden, und die Verbündeten Regierungen hätten besser getan, sich der Interpellation anders gegenüberzustellen, wenn auch leider die Fassung der Interpellation für die Beseitigung der Schwierigkeiten wenig geeignet erscheint.

Wir sind der Meinung, daß dem mecklenburgischen Volke sein Recht werden muß

(Bravo!) und daß es dieses Recht nicht mehr erhalten kann innerhalb des Rahmens des eigenen Landes. Es ist tatsächlich eine heilige Pflicht, alles zu tun, um Mecklenburg sein Recht erringen zu helfen.

Abg. Gräbe (konf.): Wir stimmen den Verbündeten Regierungen zu, daß bei dem gegenwärtigen Zustand der Reichskompetenzen ein Eingreifen des Reiches dem föderativen Grundgedanken des Reiches nicht entsprechen wird. Allerdings hätte man die Angelegenheit in Form einer kleinen Anfrage erledigen sollen, nicht aber in Form einer Interpellation.

Abg. Dr. Sivkovich (Vpl.): Wir müssen praktische Politik treiben und müssen dazu eine andere Form wählen, als wie die Interpellation. (Sehr richtig!) Die Erklärung Dr. Spahns bedeutet ich, da er das Vorgehen der Regierung abwarten will. Der Reichstag ist doch ein gleichberechtigter Faktor. Die Kompetenz des Reiches kann ernstlich nicht bestritten werden. Wir werden nicht ruhen, unserer mecklenburgischen Heimat verfassungsmäßige Zustände zu schaffen, ohne die sie auf die Dauer keine wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritte haben wird. (Beifall.)

Abg. Dr. Herzberg (Soz.): Die Haltung des Zentrums, das die Rechte des Reichstags preisgibt, ist zu bedauern. Das Reich tut nichts und die Großherzöge sind machtlos. Da ist es keine Erniedrigung, wenn wir uns einmischen. Es gibt für das mecklenburgische Volk keine Rettung ohne Sozialdemokratie. Die Liberalen versagen ganz. Der Reichstag ist kein Faktor der Macht mehr, er ist tatsächlich nichts als eine „Schwachhude“. (Vizepräsident Dr. Borch: Sie dürfen nicht sagen, der Reichstag sei eine Schwachhude; ich rufe Sie zur Ordnung.) Wir müssen sorgen, daß in Mecklenburg etwas geschieht.

Damit schließt die Debatte. — Zwei Rechnungssachen gehen ohne Debatte an die Rechnungscommission.

Es folgt die erste Lesung eines Gesetzes, betreffend Postdampfer-Schiffverbindungen.

Staatssekretär Delbrück: Diese Vorlage will den Reichskanzler ermächtigen, in erster Linie dem Norddeutschen Lloyd eine Beihilfe für die Südeuropalini bis zu 1.800.000 Mark aus Reichsmitteln zu bewilligen. Die Hamburg-Amerika-Linie erklärte sich bei den gepflogenen Verhandlungen ohne Subvention bereit, regelmäßige Fahrten nach Ostafrika zu unternehmen. Die ausländischen Linien sind auch subventioniert. Der wirtschaftliche Verkehr hat sich auf diesen Linien außerordentlich gehoben, so daß der Verzicht glaubhaft erscheint. Es muß deshalb versucht werden, ob sich auch ohne Subvention den Bedürfnissen und der Würde des Reiches entsprechend der Verkehr fortsetzen und entwickeln läßt. Anders liegt es mit Australien, welche Verbindungen auf Subvention angewiesen sind, wenn sie aufrecht erhalten werden sollen. Andere Linien lehnten die Übernahme einer derartig subventionierten Linie ab. Auch der Lloyd erklärte sich nur sehr schwer eventuell dazu bereit. Die Regierungen haben sich deshalb entschlossen, auch die Subventionen fallen zu lassen. Die Befürchtung, daß dem Ansehen Deutschlands durch das Verschwinden der deutschen Linien in den australischen Gewässern Schaden geschehe, ist unberechtigt, denn unsere Handelsmarine ist einen immer umfangreicheren Dienst aus, so daß das relativ seltene Erscheinen der Lloyd-Dampfer nicht schwer vermisst werden wird. Aber für die Seitenlinien von Hongkong nach den Karolinen und Neu-Guinea, die vom Lloyd bedient werden, haben wir uns entschlossen, Subventionen zu gewähren, in der Voraussetzung, daß der Verkehr ständig gehoben wird, wie es den wirtschaftlichen Interessen und dem Ansehen des Reiches entspricht.

Auf Antrag des Abg. Dr. Spahn wird die Vorlage ohne weitere Debatte an die Budgetkommission verwiesen.

Es folgt die erste Lesung des internationalen Vertrages zum Schutze des menschlichen Lebens auf See („Titanic“-Vertrag).

Staatssekretär Dr. Delbrück: Der erschütternde Unglücksfall der „Titanic“ hat erfreulicherweise die Folge gehabt, daß die führenden Nationen in eine Prüfung ihrer technischen Hilfsmittel eingetreten sind. Wichtige Erwägungen sind im Laufe der Verhandlungen hervorgetreten. In der veränderten Regelung der Frage liegt ein Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustand. So gelang es auch, eine Reihe von Schwierigkeiten zu beheben, die unseren Schiffen von der ausländischen Gesetzgebung bereiteten werden.

Der Vertrag will die an die Sicherheit der Passagierschiffe zu stellenden Anforderungen sowie die im Interesse der Sicherheit der Passagiere sonst noch anzukommenden Maßnahmen international festlegen.

Für alle an Bord befindlichen Personen muß in den Rettungsbooten oder Rettungsflößen Platz vorhanden sein. Ich hoffe, daß die Arbeiten der Londoner Konferenz für die Zukunft derartige Katastrophen, wie bei der „Titanic“, nach mensch-

lichem Ermessen unmöglich machen. Ich bitte, der Vorlage zuzustimmen.

Abg. Schumann (Soz.): Zweifellos bedeutet der vorliegende Vertrag einen Schritt vorwärts auf dem Wege internationaler Verständigung. Wir fordern ein Reichsschiffahrtsamt.

Darauf wird vertagt. — Der Präsident schlägt vor, die nächste Sitzung abzuhalten am Freitag, 1. Mai, 2 Uhr pünktlich: Kurze Anfragen; Fortsetzung der heutigen Beratung, mit Ausnahme des Etats für das Auswärtige Amt.

Zur Geschäftsordnung beantragt Abg. Scheidemann (Soz.), morgen die Sitzung mit Rücksicht auf die Meisfeier ausfallen zu lassen. (Unruhe und Heiterkeit.)

Die Abg. Graf Westarp (konf.) und Wassermann (natl.) widersprechen.

Nach einer Entgegnung des Abg. Haase (Soz.) wird der Antrag Scheidemann gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Sodann beantragt der Abg. Scheidemann, die morgige Sitzung um 1 Uhr beginnen zu lassen.

Abg. Westarp (konf.) widerspricht diesem mit Rücksicht auf die Verhandlungen der Budgetkommission.

Die Abstimmung ergibt, daß die morgige Sitzung um 1 Uhr pünktlich beginnt.

Schluß nach 1/4 7 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

Eigener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblatts“.

§ Berlin, 30. April.

Am Ministerrat: Kultusminister v. Trott zu Solz. Der Präsident Graf v. Schwerin-Löwis eröffnet die Sitzung um 11.15 Uhr.

Die Beratung des

Kultusetats

wird bei dem Abschnitt

„Katholische Geistliche usw.“

fortgesetzt.

Abg. Adolf Hoffmann (Soz.): Die Staatszuschüsse für die katholische Kirche halten wir um so mehr für ungerecht, als die katholische Kirche selber Reichthümer von ungeahnter Höhe besitzt. Ich erinnere an das Bibelwort: Du sollst nicht Schätze sammeln, welche die Moten und der Rost zerfressen. Gegenüber dem Reichthum, daß Bebel ein so großes Vermögen erworben hat, weise ich darauf hin, daß der verstorbenen Kardinal Kopp 7 Millionen Mark hinterlassen hat. (Rufe im Zentrum: Unwahr.) Jedenfalls hat er mehr hinterlassen als Bebel. Es ist ja auch besser, als wenn er es durchgebracht hätte. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. Matfeller (Ztr.): Nach der bekannten Erklärung des Justizars des Kardinals Kopp, des Abg. Dr. Borch, beträgt der Nachlaß des Verstorbenen noch nicht eine Million. Seiner Familie hat er nur wenig hinterlassen, das meiste Geld hat er zu wohltätigen Zwecken gestiftet.

Auf eine Beschwerde des Abg. Sucknusch (Kole) erwidert Kultusminister v. Trott zu Solz: Es ist nicht richtig, daß sich die Regierung in die inneren Angelegenheiten der katholischen Kirche einmische. Wenn das der Fall wäre, so würden sich schon die Bischöfe dagegen wehren.

Abg. Haenisch (Soz.): Gegenüber den wiederholten falschen Darstellungen des Zentrums über das Vermögen des verstorbenen Bebel stelle ich fest, daß dessen Nachlaß noch nicht einmal den dritten Teil einer Million betragen hat.

Wir lehnen die staatlichen Aufwendungen für die katholische Kirche schon deshalb grundsätzlich ab, weil die katholischen Geistlichen der Zentrumspartei angehören.

Wir beurteilen es auf das Schärfste, wenn selbst Kindern Reichthümer beigelegt werden, die sich auf leibliche Dinge beziehen.

Abg. Dr. Bell (Ztr.): Ich lehne es ab, mich mit dem Vorredner, dessen Abneigung gegen das positive Christentum zu Tage tritt, über die inneren Angelegenheiten unserer Partei und der katholischen Kirche auseinanderzusetzen. Sie (zu den Sozialdemokraten) sollten vor ihrer eigenen Tür stehen. Sie, die Sie die Kirchenaustrittsbewegung zu politischen Zwecken benutzen, behaupten, daß wir die Religion zu politischen Zwecken mißbrauchen. Wer so im Glas haust, wie die Sozialdemokraten, der selbst nicht mit Steinen werfen. (Sehr gut! im Zentrum.) Sie stürmen gegen die im Aufstehen begriffenen christlichen Gewerkschaften an, weil sie ihnen außerordentlich gefährlich sind. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Da Sie das Privatkapital bekämpfen, so halten wir alle Ursache, auf das Vermögen Bebel's hinzuweisen. Das Vermögen des Kardinals Kopp ist zum größten Teil für gute, für kulturelle Zwecke verwendet worden.

Abg. Adolf Hoffmann (Soz.): Für die katholische Kirche, welche selbst ein so großes Vermögen besitzt, werden wir nicht einen Pfennig bewilligen.

Bei dem Abschnitt

„Provinzial-Schulkollegien“

erklärt der Abg. Eichhoff (Fortf. Ztr.): Angesichts der Verfallung des höheren Schulwesens sollten bei uns in erster Linie preussische Lehrer angestellt werden, um so mehr, als sie den Lehrkräften der anderen Bundesstaaten durchaus ebenbürtig sind.

Abg. Dr. Blumenthal (natl.): Der Oberlehrer Mugler in Siegen ist von den Christlich-Sozialen wegen seiner liberalen Richtung als Irreführer bezeichnet worden. Darauf ist ihm, ohne daß ihm ein besonderer Vorbehalt zugeworfen ist, der Religionsunterricht entzogen worden. Da Religion sein Hauptfach ist, ist er jetzt genötigt, in Nebenämtern zu unterrichten und ist somit verurteilt, als pädagogischer Tagelöhner zu arbeiten. Wenn durch den Konfirmationsunterrichtsersatz der Religionsunterricht von Geistlichen erteilt wird, so könnte man mit demselben Recht den Religionsunterricht den Offizieren und Unteroffizieren übertragen. Die Berufsferndigkeit der Oberlehrer wird durch einen solchen Ersatz nicht gehoben.

Kultusminister v. Trott zu Solz: Über die Art der Erteilung des Religionsunterrichtes durch den Oberlehrer Dr. Mugler sind keine Beschwerden eingegangen.

Der Religionslehrer muß sich aber von dem öffentlichen Streik über religiöse Dinge möglichst fernhalten.

Vor allem muß er öffentliche Debatten über diese Fragen vermeiden. Weil Dr. Mugler diese Zurückhaltung nicht geübt, sondern im öffentlichen Kampf über diese Fragen gestanden ist, darum hat das Provinzial-Schulkollegium anders über die Erteilung des Religionsunterrichtes verfügt.

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Traub (Vpl., Odenrath (konf.) und Friedberg (natl.) über den Fall Mugler erklärt Kultusminister v. Trott zu Solz: Daß das Provinzial-Schulkollegium berechtigt war, eine Anordnung zu treffen, mit

es im Falle Märgler geschehen ist, ist von keiner Seite bestritten worden. Man ist bei dem Vorgehen in sehr rücksichtsvoller Weise verfahren.

Abg. Hilbermann (Ztr.) fordert eine Vergünstigung der Anrechnung der Hälfte der Lehrzeit auf das Dienstalter der Oberlehrer auch für die Lehrer, die vor 1893 angestellt worden sind. Wir wünschen, daß die Bücher, die geeignet sind, das religiöse Gefühl der katholischen Schüler zu wecken, nicht in die Schulbibliothek eingestellt werden. An den preussischen Gymnasien ist vielfach die Zeitschrift „Der Anfang“ verbreitet worden, welche die neue Weltanschauung und deren Anhänger zum Selbstbewußtsein und Stolz erziehen werden sollen. Wir bitten den Minister dringend, alles zu tun, um vor der erwähnten Zeitschrift zu warnen, und wünschen, daß die Jugend in Achtung vor der Autorität des Vaterlandes erzogen wird.

Staatsminister v. Trott zu Solz: Der Vorredner tat der Zeitschrift „Der Anfang“ zu viel Ehre an. Man sollte derartige Erzeugnisse der Väterlichkeit preisgeben. Ich glaube, daß der „Anfang“ schon sein Ende erreicht hat. Von der Unterrichtsverwaltung wird der Angelegenheit die allergrößte Aufmerksamkeit zugewendet, ebenso achten die Behörden darauf, daß nicht Bücher in die Schulbibliotheken eingestellt werden, die das religiöse Gefühl der katholischen Schüler verletzen können.

Bei dem Abschnitt Universitäten führt Abg. v. Osten-Darwitz (Lant.) aus: Wir fordern eine Vermehrung der Extraordinariate. Ich halte es bei einem event. Rücktritt des Professors Abolf Wagner für sehr bedenklich, wenn der Lehrstuhl wieder mit einem Anhänger des Kathederjogialismus besetzt wird.

Abg. Hasenber (Ztr.): Dem Kathederjogialismus darf keine Monopolstellung eingeräumt werden.

Abg. Lehmann (nat.): Die Überfüllung der Universitäten ist sehr bedenklich und wir begrüßen daher die Errichtung der Universität Frankfurt auf das lebhafteste.

Abg. Kewoldt (freik.): Bei der Besetzung der Lehrstühle für Nationalökonomie müssen alle Richtungen vertreten sein.

Darauf wird die Weiterberatung auf Freitag 11 Uhr vertagt. — Schluß 1/6 Uhr.

Letzte Drahtberichte.

Friedensausichten in Mexiko?

Washington, 30. April. (Eig. Drahtbericht.) Carranza hat, wie bereits berichtet, die Vermittlungsvorschläge angenommen. Man hofft, daß einem tatsächlichen Waffenstillstand zwischen Huerta und der Union auch die Einstellung der Kämpfe zwischen den Parteien Regios folgen würde. Damit würde zum ersten Male seit vier Jahren wirklich Frieden in Mexiko herrschen. Die Nachrichten über die schwindende Macht Huertas mehren sich. Unbestätigte Gerüchte aus Veracruz berichten, daß Bestrebungen, Huerta abzugeben, im Gange seien.

Weitere Mächtigkeiten in Veracruz.

Wb. New York, 30. April. Gestern traf ein mit Mächtigkeiten besetzter Zug in Veracruz ein, der 30 Amerikaner, einige Engländer und Deutsche aus Mexiko mitbrachte.

Handelsteil.

Der Arbeitsmarkt in den Industrie-Revieren.

Die Entwicklung der Arbeitsmarktlage war in den meisten deutschen Industrie-Revieren in den ersten Monaten des laufenden Jahres keineswegs befriedigend. Besonders in Rheinland-Westfalen und im Königreich Sachsen machte sich eine erhebliche Verschlechterung des Verhältnisses von Angebot und Nachfrage bemerkbar. Im Monat Februar der Jahre 1908 bis 1914 kamen nämlich auf je 100 offene Stellen durchschnittlich Arbeitsuchende:

Februar	Rheinland-Westfalen	Schlesien	Kgr. Sachsen
1908	188.00	99.03	146.63
1909	263.43	126.82	199.03
1910	227.50	149.35	152.33
1911	190.50	123.56	135.81
1912	151.30	154.50	135.36
1913	122.46	179.22	156.09
1914	177.45	152.44	182.83

Entsprechend der noch relativ lebhaften Beschäftigung seiner Großindustrie hat Schlesien im Vergleich zum Jahre 1913 eine bemerkenswerte Besserung seiner Arbeitsmarktlage aufzuweisen. Gegenüber den Jahren 1907 und 1908, die bekanntlich für Schlesien einen auffallenden Arbeitermangel brachten, ergibt sich jedoch jetzt eine sehr starke Mehrbelastung des Arbeitsmarktes. An den wichtigsten Plätzen der oben genannten Landesteile kamen im Monat Februar des Jahres 1910 bis 1914 auf je 100 offene Stellen durchschnittlich Bewerber:

	1910	1911	1912	1913	1914
Dortmund	283.42	247.10	187.50	145.59	213.43
Köln a. Rh.	255.05	195.00	143.32	148.40	142.15
Düsseldorf	121.96	124.76	134.48	132.19	133.71
Breslau	193.13	143.74	168.81	247.29	221.86
Chemnitz	109.33	114.56	115.26	119.65	122.53
Dresden	162.03	146.84	149.31	174.55	202.93
Leipzig	184.97	152.56	147.94	168.23	192.53

Im Zeichen relativ günstiger Arbeitsmarktvhältnisse stehen von den hier genannten Plätzen Köln, Düsseldorf und Chemnitz. Breslau hat im Vergleich zum Vorjahr eine geringe Besserung aufzuweisen. Eine erhebliche Verschlechterung zeigt sich in Dortmund, Dresden und Leipzig.

Berliner Nachbörse.

Berlin, 30. April. (Per Ultimo).

Kreditaktien	194	Canada	102 1/2	Rhein. Stahlw.	161
Hand.-Gesell.	—	Orientbank	107 1/2	Rombacher	150 1/2
Commerzbank	108	Meridional	107 1/2	Paketfahrt	130 1/2
Darmstadt-Bank	117 1/2	Pennsylvania	—	Hamb.-Süd.	163 1/2
Deutsche Bank	241 1/2	Hess.	—	Hans.-Ompack.	257 1/2
Disk.-Komm.-Bank	188	44/Russen (1903)	89 1/2	Lloyd	114 1/2
Dresdner Bank	150 1/2	Türkenlos	105 1/2	Dynamit-Trust	175
Nationalbank	111	Asmeto-Friede	158 1/2	Naphtha-Nobel	402 1/2
Schaffhausen	110	Bochumer	222 1/2	Allg. Elektrizität	94 1/2
Verf. Int. Halabk.	184 1/2	Luxemburger	127	D.-Uebersee-E.	176
Schuldb.-Schenungsh.	—	Gelsenkirchen	131 1/2	Siemens	215
Lombarden	140	Harpener	178	Schuckert	147 1/2
Anstalt.	21 1/2	Höhenbergwerk	104 1/2	Ges. f. elektr.	158 1/2
Baltimore	116 1/2	Laurahütte	143 1/2	Unter.	117
	90 1/2	Phönix	235 1/2	South-Westf.	117

Frankfurter Nachbörse.

Frankfurt a. M., 30. April. Börse von 1 1/4 bis 2 1/4 Uhr. Kreditaktien 194, Disconto-Commandit —, Dresdner Bank 150 1/2, Petersb. Int. Handelsbank 183 1/2, Staatsbahn 154 1/2.

Die Debatte über die auswärtige Politik im Reichstag.

S. Berlin, 30. April. (Eig. Drahtbericht.) Die Debatte über die auswärtige Politik im Reichstag, die ursprünglich schon heute beginnen sollte, ist, wie wir hören, auf Wunsch des Reichslanzlers vertagt worden und wird unter keinen Umständen vor Dienstag ihren Anfang nehmen. Morgen und übermorgen wird der Reichstag seine Zeit durch die Beratung des Konkurrenzlaufgesetzes und Ähnliches auszufüllen suchen.

Das neue Totalisatorgesetz.

S. Berlin, 30. April. (Eig. Drahtbericht.) Dem Reichstag ist heute nachmittag das neue Totalisatorgesetz zugegangen. Die Vorlage weist gegenüber dem jüngst offiziös veröffentlichten Gesetzentwurf eine wichtige Änderung auf. Die Erbschaftsteuer der Totalisatorsteuer von 16% auf 12 Prozent ist unverändert geblieben, ebenso die Abgabe von 6 Prozent, welche die Buchmacher von ihrem Umsatz abzuführen haben. Dagegen soll die Gewinnbesteuerung fortan einheitlich 8 Prozent betragen, statt der im ersten Entwurf vorgesehenen Staffelung von 8 bis 20 Prozent.

„Prinzipielle Bedenken“ der Konservativen.

S. Berlin, 30. April. (Eig. Drahtbericht.) Gleich den Sozialdemokraten haben, wie wir hören, nunmehr auch die Konservativen definitiv und korporativ die Beteiligung an der Fahrt des Reichstags nach Hamburg zur Besichtigung des Dampfers „Vaterland“ abgelehnt, und zwar, wie sie erklären, aus prinzipiellen Bedenken gegen derartige Einladungen des Reichstags.

Das Pressebureau des Kriegsministeriums gestrichen.

S. Berlin, 30. April. (Eig. Drahtbericht.) Die Budgetkommission des Reichstags hat heute nach längerer Debatte den Etat für das Pressebureau des Kriegsministeriums gestrichen, und zwar mit allen Stimmen gegen die der Konservativen. Begründet wurde diese Streichung damit, daß das Pressebureau manderlei Ungeheuerlichkeiten begangen, insbesondere auch Beleidigungen gegen den Reichstag in die Presse lanciert habe. Ein Kommissionsvorschlag, der statt der aktiven Offiziere zwei inaktive für das Pressebureau eingestellt wissen wollte, wurde vom Kriegsminister persönlich glatt zurückgewiesen, darauf erfolgte Streichung.

Zum Fall Thormann-Mexander.

xx Bromberg, 30. April. (Eig. Drahtbericht.) Gestern nachmittag hat auf dem hiesigen städtischen Kirchhof die Ausgrabung der Leiche der früheren Geliebten des unter Mordverdacht stehenden früheren zweiten Bürgermeisters von Köslin, Thormann, stattgefunden. Ein positives Resultat hat die vorläufige Untersuchung durch die Ärzte noch nicht ergeben, es muß deshalb die Untersuchung der Leichenteile durch die Gerichtschemiker abgewartet werden.

Die Ankunft des Prinzen Heinrich in Hamburg.

Wb. Hamburg, 30. April. Der Dampfer „Cap Trafalgar“ paffierte heute früh 4 1/2 Uhr Cuxhaven und traf um 9 1/2 Uhr

Lombarden 21%, Baltimore und Ohio 90%, Schantung 140%, Paketfahrt 129% a 1/4, Nordd. Lloyd 118% a 1/4, Bochumer 229% a 222, Deutsch-Luxemburger —, Phönix 235% a 1/4, Edison 244%.

Banken und Geldmarkt.

* 4proz. Frankfurter Stadtanleihe. Die Angebote liegen nunmehr vor. Es wurden auf die Anleihe im Betrage von 6 bzw. 12 Mill. M. fünf Angebote abgegeben. Ein Konsortium unter Führung der Frankfurter Bank, dem die Disconto-Gesellschaft, die Dresdner Bank und die Mitteldeutsche Creditbank angehören, gab die Höchstangebote ab, sowohl für die Anleihe von 6 als für diejenige von 12 Mill. M. Für den ersten Fall lautet die Offerte auf 96.21 Proz.

* Die Aufsichtsratsmitglieder des Schaaffhausenschen Bankvereins. Berlin, 30. April. (Eig. Drahtbericht.) In den Aufsichtsrat des neuen A. Schaaffhausenschen Bankvereins werden vom Aufsichtsrat der Disconto-Gesellschaft folgende Herren eintreten: Bankier Oppenheim-Köln, Geh. Rat Kiendorf und Oberbürgermeister Marx-Düsseldorf.

w. New York Newhaven und Harford-Eisenbahn. New York, 30. April. Die New York Newhaven and Harford-Eisenbahngesellschaft hat 50 Millionen Dollar 5proz. und 6proz. Noten an ein Syndikat verkauft, an dessen Spitze die Firma I. P. Morgan u. Company steht.

Berg- und Hüttenwesen.

* Köln-Neussener Bergwerksverein. In der Generalversammlung der Gesellschaft wurde die Dividende auf 40 Proz. festgesetzt. Die Verwaltung begründete die Angliederung der Kohlenkontorsfirma Reitz in Mainz damit, daß man wegen der demnächstigen Fertigstellung eines eigenen Hafens am Rhein-Herne-Kanal auf den Kohlenversand auf dem Wasserwege einen gewissen Einfluß gewinnen wolle. Sie berichtet ferner: Der Koksmarkt liege fast trostlos, und auch die nächste Zeit sehe keine Besserung zu bringen. Im laufenden Monat werde „Köln-Neussener“ mit 47 Proz. seiner Koksbelegung beschäftigt. Obwohl seine Koksbelegung sich durch Inbetriebnahme zweier neuer Koksofenanlagen auf „Neussener“ um 50 Proz. erhöht habe, sei der Koksabsatz im ersten Quartal doch um 3 Proz. geringer gewesen, als in der gleichen Vorjahreszeit. Wenn auch diese ungünstigen Verhältnisse auf die Erträge des laufenden Jahres von Einfluß sein würden, so hoffe die Verwaltung doch auf ein zufriedenstellendes Ergebnis.

Industrie und Handel.

* Deutsche Ammoniak-Verkaufsvereinigung. Nach dem Jahresbericht sind im Jahre 1913 335 200 Tonnen (im Vorjahr 315 400 Tonnen) abgesetzt worden. Deutschland marschierte sowohl in der Produktion mit 549 000 Tonnen (492 000) als auch in dem Verbrauche mit 460 000 Tonnen (425 000) an der Spitze. Für die nächste Zukunft scheint der östliche Teil Deutschlands für den Verbrauch von schwefelsaurem Ammoniak sehr entwicklungsfähig zu sein. Die Herstellung an Kalkstickstoff soll sich im Jahre 1914 auf 220 000 Tonnen steigern; zuverlässige Zahlen liegen aber der Vereinigung nicht vor. Die Aufnahme des Zuwachses der Herstellung an schwefelsaurem Ammoniak aus Kokerel-Gasen werde Schwierigkeiten wohl kaum begegnen. Ob aber die Mengen schwefelsaures Ammoniak, die nach den allerwärts bestehenden Plänen aus synthetischem bzw. aus Kalkstickstoff hergestellt werden sollen, in den nächsten Jahren nicht doch zu

im Hamburger Hafen, wo er an den St. Paulilandungsbrücken anlegte. Das Prinzenpaar Heinrich stand auf Deck und empfing freundlich die von Begeisterung getragene Begegnung des Publikums, das zahlreich erschienen war. Zum Empfangen hatten sich Prinz Waldemar und der preussische Gesandte, sowie das Direktorium und der Aufsichtsrat der Südamerikanischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft eingefunden.

Das Kronprinzenpaar von Montenegro in Jena.

Wb. Jena, 30. April. Das Kronprinzenpaar von Montenegro ist gestern mit Gefolge hier eingetroffen. Geheimrat Binswanger, der zur Konsultation nach Cetinje berufen war, hat die Kronprinzessin in Behandlung genommen.

Der Komponist des Westfalenliedes gestorben.

Δ Soest, 30. April. (Eig. Drahtbericht.) Gottfried Haverkamp, der Komponist des Westfalenliedes und vieler sonstiger Männerchöre und Lieder, ist am Mittwochabend nach längerem Krankenlager hier gestorben.

Ein großer Dampfer gestrandet.

Wb. London, 30. April. An der Goodwin-Sandbank, südlich der Themsemündung, ist ein großer Dampfer gestrandet, dessen Name bisher noch unbekannt ist. Das Schiff ist in gefährlicher Lage.

Unfall eines Generalmajors.

Wb. Benth, 30. April. Bei der heutigen Kompagniebesichtigung schaute das Pferd des Generalmajors Reff und stürzte. Der Offizier erlitt mehrere Rippenbrüche.

Wb. München, 30. April. Fürst Philipp Ernst zu Hohenlohe-Waldenburg-Schillingfürst, der älteste Sohn des verstorbenen Reichslanzlers, ist plötzlich an einem schweren Herbenleiden erkrankt und in ein Sanatorium gebracht worden.

○ Wien, 30. April. (Eig. Drahtbericht.) Nach einer Meldung unseres Korrespondenten hat der Direktor der antiken Sammlungen des österreichischen Kaiserhauses Dr. Hans Schrader eine Berufung als ordentlicher Professor der Archäologie an die Universität Frankfurt a. M. erhalten und angenommen.

22 = Reklamen. = 22

PEBECO
ZAHNPASTA
verhindert den Anlauf von Zahnstein
und erhält die Zähne rein und gesund!
Große Tube 1 M. Kleine Tube 60 Pf.

Der heutigen Stadtausgabe liegt ein Prospekt der
Färberei Gebr. Röder bei, welche am hiesigen
Platz verschiedene Filialen unterhält. F 480

einer Überfüllung des Marktes führen müssen, ist, selbst wenn es gelingen sollte, eine erhebliche Steigerung des Verbrauchs herbeizuführen, eine Frage, die man sich unbedingt stellen müsse.

Handelsregister Wiesbaden.

In das Handelsregister Abteilung A unter Nr. 832 wurde bei der Firma „Deutsches Kolonialhaus, Inhaberin Johanna Hartmann in Wiesbaden“, folgendes eingetragen: Die Firma lautet jetzt Deutsches Kolonialhaus, Inhaberin Therese Moog. Fräulein Therese Moog zu Niederwalluf am Rhein ist alleinige Inhaberin der Firma. Der Übergang der in dem Betriebe des Geschäfts begründeten Verbindlichkeiten ist bei dem Erwerbe des Geschäfts durch Fräulein Therese Moog ausgeschlossen.

Konkurs-Nachrichten

aus den O.-L.-G.-Bez. Darmstadt, Frankfurt a. M., Kassel.

Name (Firma)	Wohnort (Ansitzort)	Konkursverwalter	1. Gl.	2. Gl.	3. Gl.	4. Gl.	5. Gl.	6. Gl.	7. Gl.	8. Gl.	9. Gl.	10. Gl.
Poliseidnauer Jakob Drahtsch, vernt.	Baumheim (Gross-Geran)	R.-A. Schollmayer	13. 4.	1. 5.	13. 5.	13. 5.						
Maschinenfabrikant Wilhelm Sezaner	Hersfeld	K. Loit.-Eian. J. Schandau	15. 4.	15. 5.	11. 5.	25. 5.						
Schweinschneider Heinrich Herziger	Schierstein (Wiesbaden)	R.-A. Kasebau	15. 4.	16. 5.	16. 5.	6. 6.						
Schneidemeister Nicolau Wahlig	Fehlheim (Zwingenb.H.)	R.-A. Dr. Reus	14. 4.	14. 5.	8. 5.	23						
Polsterer Andreas Weindol	Mettelschahn, Asbach (Wetterwald)	Kirch. - Hand. Marx Muss	14. 4.	12. 5.	12. 5.	24. 5.						
Schlossermeister Christian Wolf, fröh. Inh. d. Fabrik f. mod. Operations-u. Kranken- hausmöbel	Frankfurt am Main	Justizrat Dr. Härdorfer	17. 4.	3. 5.	1. 5.	15. 5.						
Kfm. Peter Knoche	Mainz	R.-A. Dr. Winter	16. 4.	5. 5.	16. 5.	16. 5.						
Privatier Jerdan Diebold	Frankfurt am Main	R.-A. Dr. Stein	16. 4.	1. 5.	1. 5.	12. 5.						
Willy Becker Ehselento	Alsfeld	—	—	—	—	28. 4.						
Steinhauer Engelbert Krämer, vernt.	Kirchheffen (Wiesbaden, Sieg.)	R.-A. Dr. Tarnow	16. 4.	2. 5.	2. 5.	9. 5.						
Eheleute Joh. Weidol I. u. Kathar., geb. Breider	Nackenheim (Oppenheim)	—	—	—	—	13. 5.						
Lederhändler Sally Dillenburger	Frankfurt am Main	Kaufmann Otto J. Weig	15. 4.	9. 5.	5. 5.	19. 5.						
Elise Hess, geb. Kittel	Hannau	R. Dr. Kleinm	18. 4.	25. 5.	13. 5.	10. 6.						
W. d. Metzgermeisters Louis Kälzer III., Anna Gertrude, geb. Darr	Marburg Bez. Kassel	—	—	—	—	8. 6.						
Juwelier Wilhelm Lott	Frankfurt am Main	Justizrat Krebs	21. 4.	16. 5.	5. 5.	26. 5.						
Sensal Moritz Stern	Limbürg a. L.	Justizrat Raht	21. 4.	6. 5.	23. 5.	20. 6.						
Bäckermeister Wilhelm Spangenberg	Hersfeld	R.-A. Schaff	21. 4.	10. 5.	19. 5.	18. 5.						

Die Morgen-Ausgabe umfasst 18 Seiten
sowie die Morgenbeilagen „Der Roman“ und „Tagblatt-
Fahrplan“, Sommer-Ausgabe 1914.

Überbehalt: H. Geyerder.

Verantwortlich für den politischen Teil: H. Geyerder; für Redaktionen: J. B. D. Diefenbach; für Ausgab und Druck: H. Geyerder; für Verlags- und Druckerei: H. Geyerder; für Druck- und Verlags- und Druckerei: H. Geyerder; für Druck- und Verlags- und Druckerei: H. Geyerder.

Erscheinungszeit der Zeitung: 12 bis 1 Uhr in der politischen Abteilung
von 10 bis 11 Uhr.

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatt-Hand“.

Schiller-Gasse geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Wöchentlich

12 Ausgaben.



Herausgeber:

„Tagblatt-Hand“ Nr. 6650-51.

Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntagen.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 70 Bg. monatlich, M. 2.— vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Frachtgebühren. M. 3.— vierteljährlich durch alle deutschen Buchhändler, ausdrücklich Belegung. — Bezugs-Verhältnisse nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die „Vorwärts“-Vertriebsstelle, sowie die Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt; in Elberfeld die „Vorwärts“-Vertriebsstelle und in den benachbarten Orten und im Rheingau die betreffenden „Tagblatt“-Träger.

Anzeigen-Preis für die Zeilen: 15 Bg. für lokale Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Kleiner Anzeiger“ in einzelner Spalte, 20 Bg. in beiden zusammenfassender Spalte, sowie für alle übrigen lokalen Anzeigen: 30 Bg. für alle auswärtigen Anzeigen: 1 Bg. für lokale Anzeigen; 2 Bg. für auswärtige Anzeigen. Ganze, halbe, viertel und viertel Seiten, durchgehend, nach besonderer Berechnung. — Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen in kurzen Zwischenräumen entsprechende Rabatt.

Anzeigen-Annahme: Für die Abend-Ausgabe bis 12 Uhr mittags, für die Morgen-Ausgabe bis 5 Uhr nachmittags. Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatts: Berlin-Wilmersdorf, Gänsestr. 66, Fernspr.: Amt Umland 450 u. 451. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgerichteten Stellen und Plätzen wird keine Sonder-Berechnung.

Freitag, 1. Mai 1914.

Abend-Ausgabe.

Nr. 202. • 62. Jahrgang.

Deutsch-russische Zollfragen.

○ Berlin, 30. April.

In sehr vernünftiger, von den Blättern der liberalen Parteien gern anerkannter Weise hat Max Schippel jüngst (in den „Sozialistischen Monatsheften“) die Leichtfertigkeit und die mangelnde Einsicht der Leute vom „Vorwärts“ bloßgestellt, die, als die russische Reichsduma einen Getreidezoll von 30 Kopelken für ein Pud brutto beschloß, die „Hilfe vom Ausland“ lebhaft begrüßten. Schippel nannte das einen auf den Kopf gestellten Chauvinismus, nämlich einen zugunsten des Auslandes. Besonders unwillig ist er über den törichtesten Schluß des „Vorwärts“-Artikels, worin es heißt, daß nur die egoistische Verstocktheit deutscher Agrarier die Erklärung für die zwischen uns und Rußland entstandenen wirtschaftlichen und politischen Verstimmungen abgeben könne. Der Schippelsche Aufsatz, der mit Recht gewürdigt worden ist, mag nun aber gewissermaßen als Auftakt den Anlaß dazu geben, die russisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen in ihrer Tiefe zu erfassen, sich also nicht bloß an das politische allerdings bemerkenswerte Moment von starken Reibungen zwischen Berlin und Petersburg zu halten. Es ist richtig, der neue russische Getreidezoll kehrt seine Spitze gegen uns und es ist gewiß auch richtig, daß diese Maßregel zum Teil die Antwort darauf sein soll, daß unsere durch das System der Einfuhrzölle eine überhaupt erst ermöglichte starke Getreideausfuhr nach Rußland dort als äußerst unbequemer Wettbewerb empfunden wird. Ungleich wichtiger aber ist die Tatsache, daß die russische Volkswirtschaft in ihrer Entwicklung vom bisherigen extensiven zu einem intensiven Betriebe grundtätig stärker als zuvor nach Schutzmaßnahmen verlangt und ihr allerdings stets vorhanden gewesenes Abwehrsystem gegen das Ausland immer mehr betont, sich also nicht bloß gegen uns wehrt. Man wird das wahre Wesen dieser Entwicklung erst ganz erkennen, wenn bei den Handelsvertragsverhandlungen der Kampf um die Industriezölle beginnt. Voraussichtlich wird es sich zeigen, daß die schutzöllnerischen Bestrebungen der russischen Regierung und der führenden Berufsstände im Reiche wie der auf demselben Boden stehenden Dummheit keinen Unterschied zwischen Deutschland und dem übrigen Ausland machen, sondern durchweg eine Politik des verstärkten Protektionismus durchzuführen versuchen werden. Auch die Industrien Frankreichs und Englands werden die Wirkung dieser in Rußland sich durchziehenden Bewegung zu spüren bekommen. Betrachtet man nun aber das besondere deutsch-russische Verhältnis, so kann nach sorgfältiger Prüfung wohl gesagt werden, daß unsere wirtschaftliche Stellung stärker als die russische ist. Wohin soll die russische Getreideausfuhr gehen, die zu uns infolge von Kampfzöllen nicht mehr kommen könnte? Deutschland kann sein Getreide ebenfals aus Kanada und Argentinien beziehen, die russischen Verbraucher können unsere Industrieerzeugnisse nicht entbehren und sie durch andere Erzeugnisse von heute auf morgen ersetzen. Inzwischen hat man die bemerkenswerte Tatsache festzu-

stellen, daß der russische Getreidezoll hier, insofern es sich um eine erkennbare halbamtliche oder sonstige auf die Regierungskreise zurückzuführende Stellungnahme handelt, ohne irgendwelche Erregung aufgenommen worden ist. Das kann nur eine Bedeutung haben: der russischen Regierung wird, wie es nicht anders sein kann, die Befugnis zur Einführung des Getreidezolls nicht weiter bestritten, dagegen wird wohl in der Stille die Aktion vorbereitet werden, welche die wirtschaftspolitische Klugheit des Reichs bei den kommenden Handelsvertragsverhandlungen zu vervollständigen haben wird. Welcher Art diese Vorbereitungen sind, darüber Unternehmung anstellen zu wollen, wäre ein müßiges Beginnen. In Verlegenheit aber wird die Reichsleitung kaum sein. Zum mindesten hat man sich mit der Tatsache abzufinden, daß russische Drohungen mit einem Zollkriege unseren Agrariern nicht nur nicht unwillkommen, sondern gerade recht wären. Der Verzicht der Vorkämpfer ostslawischer Grundbesitzerinteressen auf erhöhte Zölle war und ist doch nur das notgedrungene Ergebnis einer Sachlage, die ihr Hauptmerkmal davon empfängt, daß es der Landwirtschaft ungemein gut geht. Bei vernünftiger Würdigung der Volksströmungen können es die Wähler nicht wagen, abermalige Zollerhöhungen zu beanspruchen. Die Umstände würden sich aber sofort ändern, wenn von jenseits der Ostgrenze das Signal zum Kampfe gegeben würde, und eine Regierung, die, wie es die unsere tut, so gern den schutzöllnerischen Interessenwünschen zur Verfügung steht, würde es zweifellos unschwer über sich gewinnen, diesen Wünschen sehr wiederum nachzugeben. Die Tatsache, die im russischen Getreidezoll eine Möglichkeit zur Niederkämpfung unserer Agrarzölle erblickt und die russischen Maßnahmen deshalb wohl gar mit Freuden begrüßt, kann sich in ihrer ebenso gefährlichen wie lächerlichen Gestalt nicht stärker enthüllen, als indem sie die Hauptgefahr übersieht, die gerade von dem Anreiz zu deutschen Gegenmaßnahmen in Gestalt erhöhter Agrarzölle droht.

Die mexikanischen Wirren.

Erweiterung der Vermittlungsaktion.

wb. Washington, 30. April. Die Zustimmung Carranzas zu den Vermittlungsplänen erweitert das Feld der Vermittler, so daß es nicht nur eine Frage zwischen Huerta und den Staaten der Union, sondern auch die Revolution innerhalb Mexikos einschließt. Präsident Wilson und Staatssekretär Bryan sind über die Zustimmung Carranzas hoch erfreut und ihre Hoffnungen auf ein befriedigendes und umfassendes Abkommen sind bis zu einem bisher noch nicht vorhandenen Grade gestiegen.

Ein Appell an Europa.

wb. Washington, 30. April. Aus zuverlässiger Quelle wird mitgeteilt, daß die an der Mediation beteiligten südamerikanischen Staaten einen Appell an die europäischen Regierungen gerichtet haben, sie möchten ihre guten Dienste anwenden, um die Verhandlungen zu fördern. Sie haben indessen erfürht,

keinen besonderen Einfluß auszuüben, um Wilson zur Stellung leichter Bedingungen zu veranlassen. Ferner wird mitgeteilt, daß Gesandte an Carranza abgegangen sind, um ihm vorzuschlagen, an dem Waffenstillstand teilzunehmen.

Nur Huertas Rücktritt bringt den Frieden?

* London, 30. April. Aus Veracruz verlautet, daß der britische Gesandte Carden den Präsidenten Huerta namens der amerikanischen Regierung informierte, daß nichts außer seinem Rücktritt den Erfordernissen der Lage entsprechen oder Frieden bringen könne. Es heißt, daß Huerta nur noch auf möglichst gute Bedingungen warte und daß er enorme Geldsummen bei europäischen und amerikanischen Trust-Gesellschaften angelegt und Schritte zur schnellen Abreise getroffen hat. So verlautet gerüchtele in New York, daß Huerta sich mit der Absicht trage, mit einigen Anhängern nach Berlin zu gehen, wo er angeblich drei Millionen Dollar deponiert haben soll.

Die Amerikaner in Veracruz.

wb. Veracruz, 30. April. General Junston hat das Kommando über die hiesigen Streitkräfte übernommen. Nach der Landung der 5. Infanteriebrigade kehrten die Matrosen auf die Schiffe zurück.

Die Kämpfe der Rebellen um Tampico.

wb. New York, 30. April. Nach einer Depesche aus Tampico vom 26. April haben die Rebellen die Stadt vier Tage lang angegriffen und sind im Besitze aller Punkte des unteren Flußlaufes bis zur Barre. Die Bundestruppen, von Kanonenbooten unterstützt, haben bisher sämtliche Angriffe zurückgewiesen und einen Offizier unter Parlamentärsflagge mit der Aufforderung zu den Rebellen geschickt, sich ihnen in dem Widerstande gegen die Amerikaner anzuschließen. Die Rebellen haben dies jedoch abgelehnt und erklärt, sie würden den Amerikanern Widerstand leisten, wenn diese in das Gebiet der Rebellen einfallen würden.

Die Rebellenkämpfe am Stillen Ozean.

wb. Washington, 30. April. Admiral Howard, der Befehlshaber der amerikanischen pazifischen Flotte, meldet, daß mexikanische Bundestruppen und Insurgenten bei Mazatlan und Acapulco kämpfen.

Beischickung eines kubanischen Postdampfers durch Mexikaner.

R. Veracruz, 30. April. Es wird gemeldet, daß Regierungstruppen und Konstitutionalisten gestern bei Tampico auf den kubanischen Postdampfer „Antilla“ feuerten und daß der Steuermann getötet wurde. Der Kommandeur eines britischen Schiffes vor Tampico hat bei den Kommandanten beider Truppenteile Protest erhoben.

Keine japanische Vertretung Mexikos in der Union.

wb. Tokio, 30. April. Das auswärtige Amt hat die Washingtoner Meldung, daß Japan es ablehnt, die Vertretung Mexikos in den Staaten der Union zu übernehmen, bekräftigt.

Huertas Zufriedenheit mit den Franzosen.

wb. Paris, 30. April. Nach einer Blättermeldung aus Mexiko hat Präsident Huerta sich dem Vertreter

Feuilleton.

Königliche Schauspiele.

Donnerstag, den 30. April: „Rigoletto.“ Oper in 4 Akten von G. Verdi.

Diese Oper, welche kürzlich — in der schon oft gewürdigten und rühmlichst bekannten Fassung der Titelrolle mit unserem allbesten Bariton Geisse-Winkel — nach längerer Pause wieder in Szene ging, wurde gestern wiederholt: diesmal war es der neuerdings viel gefeierte russische Bariton Georg Wallanoff, welcher als Rigoletto gastierte. Rigoletto, der mißgestaltete, verachtete Hofnarr eines leichtfertigen Despoten, dem er in blöder Verblendung die eigene Tochter als Opfer zuführen muß; Rigoletto, dieser von Narren genarrte Narr, darf noch immer trotz aller Tragheit der Situationen als eine sogenannte „dankbare“ Rolle gelten: Rigoletto beherrscht fast unausgesetzt die Szene und der Komponist hat gerade diese Figur mit starker Erfindungskraft musikalisch geformt und belebt. Herr Wallanoff, in Wahrheit eine Persönlichkeit von imponierender männlicher Schönheit, gab den Rigoletto in möglichst glaubhafter Krüppel-Gestaltung und Haltung. Eine vollkommenste Illusion war hier nicht wohl erreichbar: redte sich der Körper auch nur um ein wenig stärker empor, so bewunderte man gleich die alles überragende Erscheinung dieses russischen Simson! Sein Spiel und namentlich sein Mienenpiel ist aber stets dem Charakter angemessen; bedeutungslos; und reich an psychologisch feindurchdachten Einzelsügen, die sich zu einem Gesamtbild von machtvoller Wirkung einen. Untrennbar von diesen schauspielerischen Vorzügen ist die hohe gesangsdramatische Kunst Wallanoffs. Ein Brachiorgan: eine Stimme, die mit ihrem wie flüssiges Metall dahinfließenden Klang in der

ganzen Ausdehnung von der klangreichen Tiefe bis zu der strahlenden Höhe wunderbar ausgeglichen ist und sich jedem noch so verschiedenartigen dramatischen Ausdruck mit unfehlbarer Sicherheit und Geschmeidigkeit anpassen vermag. Galt es nun im 1. Akt die Wandlungen von höhnischer Laune zu Furcht und Schrecken vor dem Fluß des todgeweihten Grafen; im 2. Akt die ängstlichen Sorgen um das geliebte Kind; im 3. Akt die leidenschaftliche Verzweiflung; oder im letzten Akt die wilden Gefühle der Rache — überall bewachte sich der Vortrag des Sängers mit ebenso souveräner Freiheit wie überzeugender Wahrheit. Und im besonderen: diese Art, den Tonansatz zur Charakteristik zu verwenden; den Timbre des Organs jeder Gefühlseinstimmung gemäß zu modifizieren; diese bis zu großartiger, doch stets edler Fülle anwachsenden Schwelltöne; diese zartfühlend erfüllte Mezzavoice — welche Kunst in alledem! und welche Natürlichkeit in all dieser Kunst! Der Gast sang die Partie — was übrigens wohl im voraus hätte angezeigt werden müssen — in italienischer Sprache; nun, auch wer nicht Italienisch versteht, wird Herrn Georg Wallanoff verstanden haben: er singt mit dem Herzen. Sein Erfolg war zweifellos; der Beifall enthusiastisch.

Von unseren einheimischen Mitwirkenden ist in erster Linie Frau Friedfeldt zu nennen, die als „Gilda“ wieder viel Sympathie weckte. Vortrefflich gelang ihr im 2. Akt die fein kolorierte Arie mit den schmelzenden Liebesseufzern und der zierlichen Trillerfeste auf den Tönen des abschließenden Dreiflangs. Aber auch in den affektvollen Szenen des 3. und 4. Aktes fehlte es der Sängerin nicht an gesteigertem Schwung des Ausdrucks.

Den „Herzog“ gab Herr Schubert in jugendlich gewandelter Haltung. Seine hübschen, durchaus lyrischen Stimmittel traten in dieser Oper älteren Stils, wo es wirklich etwas zu „singen“ gibt, deutlich genug zutage, aber auch

manche noch der Korrektur bedürftigen gesangstechnischen Mängel, so daß der Gesamteindruck für jetzt noch etwas ungleich blieb. Das berühmte Schelmenlied „Ah, wie so trügerisch“ (La Donna e mobile) — dessen Popularität der Maestro Verdi so bestimmt vorausahnt, daß er es dem Sänger, der die Rolle einst zu freieren hatte, erst kurz vor Beginn der Premiere übergab, um es nicht vorzeitig in aller Runde zu wissen — dies berühmte Lied sang Herr Schubert mit bestem Gelingen, ohne Übertreibung des Tons und in vorzüglicher Ausführung.

Die kleineren Partien waren angemessen besetzt. Herr Mannstædt leitete die Oper: er wußte die nicht immer ganz stichfeste deutsch-italienische Allianz mit diplomatischem Geschick aufrecht zu erhalten und namentlich auch alle Höhepunkte der Partitur mit Treffsicherheit zu beleuchten: so im letzten Akt die unheimlich düstere Rachezene des „Drabo Sparafucile“ (den Herr Gard zu Ehren Wallanoffs italienisch sang); so den großen Quartetttag, ein Meisterstück dramatischer Musik, darin die verschiedenen Gefühle der Beteiligten (die verführerische „Raddalena“ des Frl. Haas gehört dazu) aufs schärfste charakterisiert sind, ohne daß der schöne Fluß des Ganzen unterbrochen ist; so die Schilderung der Gewitternacht, wo der Chor hinter der Szene das Heulen des Sturmes durch chromatische Terzengänge colla bocca chiusa — mit geschlossenem Munde — zu illustrieren hat. . . . In solch sorgfamer Wiedergabe und mit dem gefeierten Gast an der Spitze fand diese Oper, die der italienische Maestro einst in der kaum glaublich kurzen Zeit von vierzig Tagen mit leichtfliehender Feder dahinschrieb, auch heute noch, trotz ihrer vielfach schon antiquierten Theaterei — zwei Menschenalter nach ihrem Entstehen — die gewohnte, lebhaft interessierte Aufnahme beim Publikum.

O. D.

Frankreich gegenüber über die Haltung der französischen Kolonie in Mexiko lobend geäußert und gleichzeitig mitgeteilt, daß er, um seine Sympathie für Frankreich zu bekunden, das „Fest des 5. Mai“ abschaffe, durch welches die Mexikaner die Erinnerung an die Wiedereroberung Pueblas feiern.

Deutsches Reich.

* **Off- und Personal-Nachrichten.** Im Alter von 71 Jahren verstarb der Handelskammerpräsident in Wiesbaden, Kemptel, der ein eifriger Anhänger der Fortschrittlichen Volkspartei war.

* **Der Aufenthalt des Kaisers in den Reichslanden.** Vorläufigen Dispositionen zufolge passiert der Kaiser am kommenden Freitag, den 8. Mai, auf der Fahrt von Karlsruhe nach Koblentz gegen 8 Uhr Strazburg ohne Aufenthalt und trifft nach 9 Uhr in Koblentz ein und kurz darauf auf der Station Dürkheim. Dort meldet sich beim Kaiser der kommandierende General v. Deimling. Die Gefechtsübung an diesem Morgen findet zwischen Untergzell und Ebnau und den Höhen südlich Hengell statt. Der Kaiser fährt dazu im Automobil über Dreiköhen nach Ebnau. Das Frühstück nimmt der Kaiser hernach auf der Hofkönigsburg, wohin er sich zum Gefechtsfeld im Auto begibt. Die Abfahrt von Schleifstadt erfolgt nachmittags gegen 4 Uhr.

* **Der Bundesrat beschloß** über die Besetzung der Stellen bei den kaiserlichen Disziplinarkommissionen sowie über die Beamtungen bei der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. Der Vorlage, betr. den Betrieb und die Anlagen der Großschiffenindustrie, wurde zugestimmt. Der Gesetzentwurf zur Einschränkung der Verfügungen über Miet- und Pachtsicherungen wurde angenommen.

* **Die Einziehung des Wehrbeitrages.** Die Zentralbehörden haben über die Erhebung und Ablieferung des Wehrbeitrages durch die Ortsbehörden jetzt die erforderlichen Anordnungen erlassen. Die Zustellung des Veranlagungs- bezw. Feststellungsbescheides über den Wehrbeitrag hat in einem Briefumschlag gleichzeitig mit den anderen Veranlagungs- benachrichtigungen zu erfolgen. Über den zu erhebenden Wehrbeitrag ist ein Wehrbeitragsbuch zu führen. Über die eingehenden Wehrbeiträge haben die Ortsbehörden ein Wehrbeitragsbuch fortlaufend zu führen. Die vorschrittmäßig erhobenen wie auch freiwillig oder etwa vorausbezahlten Beiträge sind allmonatlich bis zum 20. an die zuständigen Kassen abzuliefern. Über freiwillige Beiträge oder Vorauszahlungen haben die Hebestellen dem Eingehenden eine vorläufige Bescheinigung zu erteilen. Das Wehrbeitragsbuch soll jederzeit einen Überblick über den Stand des Erhebungsverfahrens gewähren. Nach dem Ablauf des Rechnungsjahres 1916 müssen alle von den Hebestellen geführten Bücher mit den zugehörigen Belegen eingefordert und den Bezirksregierungen zur Nachprüfung vorgelegt werden. Über das Verfahren bei eintretenden Änderungen infolge Zu- und Abganges werden noch besondere Anweisungen erlassen.

* **Erzbischof von Belling in Rom.** Der Erzbischof von München Dr. v. Belling ist in Rom angekommen, wo er bis zum Konfitorium bleiben wird. Erzbischof von Belling wird also nicht aus den Händen des bayerischen Königs den Zuchetto (Schietstöppchen) und den Kardinalshut erhalten, wie die österreichischen und die spanischen Kardinalen sie von ihren Souveränen erhalten, sondern wird genau, wie die italienischen Kardinalen behandelt, denen der Papst in Person den Zuchetto und den Kardinalshut verleiht.

* **Eine Erklärung Erzbergers in der Angelegenheit des Kaiserbriefes an die Landgräfin von Hessen.** Wg. Erzberger veröffentlicht mit Namensunterschrift in Sachen des Kaiserbriefes folgende Erklärung: „Auf Grund besser Information, die nicht von Regierungsseite erfolgte, kann ich mich den Ausführungen des Abg. Dr. Borch anschließen und erklären, der Kaiserbrief enthält nichts, was für einen Katholiken beleidigend wäre. Mit keiner Silbe ist in ihm unsere Kirche erwähnt oder gar eine Beschäftigung gegen dieselbe enthalten. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ hat ganz richtig berichtet nach amtlichen Mitteilungen, denen eine genaue Abschrift des Briefes zugrunde lag. Sollten andere Abschriften des Briefes vorhanden sein, was bezweifelt werden muß, so könnten dieselben nur widerrechtlich angefertigt worden sein. Papst, Bischöfe, Priester und katholische Kirche sind mit keinem Wort erwähnt. Es ist wieder das Wort vom „Aberglauben, den auszuwischen ich mir als Lebensaufgabe gesetzt habe“, enthalten, nach der katholischen Kirche oder Religion als eine Institution oder Lehre bezeichnet, welche der Kaiser habe. Auch in der Depesche des Kaisers finden sich diese Ausdrücke nicht. Der Brief wie die Depesche behandeln nur die Frage des Abtritts als solchen. In beiden hat der Kaiser zu einem Mitglied seines Hauses gesprochen, ohne den Katholizismus zu erwähnen. Allen diesen Darlegungen entgegengehe „gute und beste“ Informationen, mögen sie auch seit Jahren umlaufen oder schon vor Jahren unwiderprochen veröffentlicht worden sein, müssen als falsch und unzutreffend bezeichnet werden. Dies festzustellen, gebietet die historische Wahrheit und die Gerechtigkeit gegenüber dem Kaiser sowie gegenüber der Frau Landgräfin von Hessen.“

* **Die Berichtigung eines „Bormärts“-Nachrufes.** Der vor kurzem verstorbenen Frau Dr. Willm, geb. Herzogin von Württemberg, hat der „Bormärts“ einen Nachruf gewidmet, in dem er u. a. behauptete, sie sei aus ihrer Familie ausgesprochen worden. Dazu teilt die Schwägerin der Verstorbenen der „Post“ mit, daß diese Behauptung keineswegs zutrifft, im Gegenteil, es habe bis zum Tode der Frau Dr. Willm ein verwandtschaftlicher Zusammenhang mit dem württembergischen Hause bestanden. Auch habe der König von Württemberg ein Beileidstelegramm geschickt und als Vertreter den Schloßhauptmann von Karlsruhe, v. Oppen, zur Beileidung entsandt, der im Namen des Königs einen Kranz mit den württembergischen Farben und der Krönungskrone am Sarge der Verstorbenen niederlegte. Ferner wird die Meldung, daß Frau Dr. Willm enterbt worden sei, ebenfalls für unrichtig erklärt.

* **Die Bremer Hafenbauten.** Eine Senatsvorlage an die Bürgerschaft fordert 32 Millionen zur Vervollendung der ersten Hafenbauten im Norden des Bremer Hafens, worauf vier Millionen Ersparnisse bei der ersten Hälfte in Anrechnung kommen. Bremen ist Bremen gegenüber verpflichtet, diese in sechs Jahren auszuführen, darunter die Nordschleuse, den Vorhafen und das Westhafen des Nordhafens. Früher sind bereits 20 Millionen verbannt worden.

* **Ein französisches Wapblatt für Elsaß-Lothringen verboten.** Das französische Wapblatt „Le Sautire“ ist für Elsaß-Lothringen verboten worden. Das Verbot basierte darauf

zurückzuführen sein, daß das französische Wapblatt, allerdings reichlich verpödet, eine Spezialnummer über Bayern herausgegeben hat.

* **Die Handelshochschule und der Fall Jastram.** Der Ausschuss der Studenten der Handelshochschule hat eine außerordentliche Versammlung einberufen, in der Stellung zum Fall Jastram genommen werden soll.

* **Ein Zeugniszwangsverfahren** ist gegen den verantwortlichen Redakteur der sozialdemokratischen „Volkswehr“ in Wiesbaden eingeleitet. Er hat sich geweigert, den Übermittler eines Artikels anzugeben, in welchem ein Landwirt in der Umgegend der Pfalzhande verächtlich worden ist. Er wurde in eine Geldstrafe von 100 M. genommen unter Androhung weiterer Maßnahmen.

* **Die Untersuchung gegen den Gutsbesitzer Guelin,** der in Mexiko wegen Spionagedebats verhaftet wurde, hat tatsächlich belastendes Material ergeben.

* **Eine Notstandsanleihe.** Angesichts des starken Sturmchadens hat der Reichstag in Kassel die Aufnahme einer Notstandsanleihe von 331.830 M. beschlossen.

* **Eine Tagung des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustriellen.** Unter dem Vorsitz des Reichsanwalts Meyer (Hannover), Sandbusch der Meier Hütte und Mitglied des Reichstags, fand gestern in Berlin eine Vorstandssitzung des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller statt. Der Geschäftsführer Dr. Reichert berichtete über sozialpolitische Fragen und die Arbeiten der statistischen Vereinsabteilung. Ferner wurde die Regelung des Schiedsgerichtswesens besprochen.

Parlamentarisches.

Die Budgetkommission des Reichstags setzte gestern vor der Beratung zum Militärstatut (Intendanturwesen), über die wir gestern schon berichteten, die Erörterung der auswärtigen Politik fort. Ein Nationalliberaler befragte von neuem das mangelnde Interesse unseres Handels und der deutschen Industrie für China. Leider hat auch der frühere Staatssekretär Dernburg nach seiner Reise nach China diese Kreise eher zurückgeworfen als ermuntert. Erstreckt ist, daß die wichtigsten Vertreterposten mit Personen besetzt werden, die schon lange in China waren. — Ein Sozialdemokrat bezeichnete die Erfolge der Franzosen und Belgier im Erwerb chinesischer Konzessionen als erklärlich angesichts der großen Kapitalüberschüsse dieser Länder. Der Redner hält aber die Jagd nach Konzessionen für unerwünscht. — Ein Fortschrittler will Deutschland hinter den anderen Ländern nicht zurücktreten lassen. Die große Kapitalmacht Frankreichs hängt mit der langsameren Bevölkerungszunahme zusammen. — Ein Zentrumsmittler erneuert den Vorschlag, die Zinsen der chinesischen Vorschuld zu erlassen oder zu stunden zugunsten der Einrichtung von Schulen mit deutschem Einfluß. Die Einrichtung der Handelsfachverständigen habe zwar nicht den vollen Erwartungen entsprochen, der Erwerb von Konzessionen, insbesondere von Eisenbahnkonzessionen, ist dagegen für die deutsche Industrie und die Arbeiterschaft von hoher Bedeutung. — Der Unterstaatssekretär Bismarck bezeichnete den Gedanken, auf die Zinsen der chinesischen Vorschuldung aus der Zeit der Boxerunruhen nach amerikanischem Muster zur Förderung der deutschen Interessen zu verzichten, zwar als bestechend, betonte aber, daß die Lage doch etwas anders sei als für Amerika. Wollten wir auf die Zinsen verzichten, so müßten die eingetretenen Verluste aus Reichsmitteln gedeckt werden. Es würde dann zu einer weiteren Belastung unseres Budgets führen. Es ist auch aus anderen Gründen nicht unbedingt, nachträglich zu einer solchen Änderung zu schreiten. Mit der Einrichtung der Handelsfachverständigen sei einem oft geäußerten Wunsch des Reichstags entsprochen worden. Mit der Entsendung von Herren direkt aus Deutschland habe man nicht durchweg gute Erfahrungen gemacht. Deshalb ging man dazu über, für solche Sachverständigenposten Männer zu bestellen, die schon eine längere kaufmännische Tätigkeit in China hinter sich haben. Dieses System verspricht gute Erfolge. — Eine längere vertrauliche Aussprache beschloß die allgemeine Beratung. Der sozialdemokratische Antrag auf Vorlage einer Aufweisungsstatistik wurde abgelehnt. Der Fonds für die deutschen Auslandschulen wurde bewilligt, ebenso der Rest des Etats mit den Forderungen für das Generalkonsulat in Albanien und das Konsulat in Reskaj.

Der Gesetzentwurf über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. Die 24. Kommission des Reichstags beschäftigte sich gestern vormittag in Weiterberatung des Entwurfs, betreffend Sonntagsruhe im Handelsgewerbe, mit einem sozialdemokratischen Antrag, nach dem den sonntäglich beschäftigten Handelsgeschäften und -Lehrlingen regelmäßig ein freier Nachmittag in der Woche von 1 Uhr ab zu gewährt ist. — Der Vertreter der Regierung hielt vorerst Erhebungen über die Tragweite des Antrags für geboten. Aus der Kommission wurden ebenfalls von verschiedenen Seiten Bedenken gegen den Antrag erhoben, während wieder von anderer Seite auf die bestehenden Bestimmungen zugunsten der Gastwirtschaften hingewiesen wurde, wodurch die Möglichkeit des freien Nachmittags bewiesen sei. Der Antragsteller hielt die wirtschaftliche Lage des deutschen Handelsgewerbes für so gut, daß es recht gut dieses Opfer bringen könne. Ein Zentrumsantrag verlangte, wenn ein Angestellter während eines ganzen Jahres von ein und demselben Geschäftsinhaber sonntäglich beschäftigt werde, so solle dem Angestellten jährlich ein Urlaub von mindestens einer Woche, im Einverständnis beider Teile auch in kleineren Zeitmaßen, bewilligt werden unter Fortdauer der Gehaltszahlung. Der Antrag bezweckt, die jungen Leute einmal jährlich auf mindestens eine Woche in die häuslichen Verhältnisse zurückzuführen und so das Familienband fester zu knüpfen; deswegen sollten auch Abweichungen oder einschränkende Bestimmungen nicht zulässig sein.

Ein Antrag, betreffend die Ausbildung von Handwerkern und Landwirten für die Kolonien. Die Abgeordneten Bins, Jäschke und Graf Braschma haben den Antrag gestellt, das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, im kommenden Etat für die Anstalt in Engelshorst behufs Ausbildung von Handwerkern und Landwirten für die Kolonien den jährlichen Staatsbeitrag von 3000 M. einzustellen.

Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses beriet gestern den Antrag der Abgeordneten Waldstein (Vpt.) und Stahlmann (natl.) auf Einstellung von 30.000 M. in den diesjährigen Etat zur Förderung des Abfahrs der preussischen Hochseefischerei. Die Antragsteller begründeten den Antrag unter Hinweis auf die von dem hamburgischen Staat eingestellten Mittel zur Propaganda für die Hamburger Hochseefischerei. Die Regierung erklärte, daß Verhandlungen mit Hamburg schweben und daß sie daher

gegen die Einstellung eines solchen Fonds in den diesjährigen Etat Bedenken habe. Man einigte sich schließlich auf einen Antrag v. Pappenheim (konf.), der die Regierung auffordert, alsbald aus bereitstehenden Summen Mittel zur Förderung des Abfahrs der preussischen Hochseefischerei zur Verfügung stellen. Zu dem Antrag der Abg. Dr. Jahn (konf.) und Stahlmann (natl.) auf Erweiterung der Seezonen der Fischereipachtflächen erklärte die Regierung, daß bereits alles, was möglich ist, geschehen sei, worauf die Kommission den Antrag für erledigt erklärte. Vorher war die Denkschrift über die innere Kolonisation beraten worden. Es wurde mitgeteilt, daß der Fonds für innere Kolonisation in der Höhe von 1 Million Mark nur noch dazu diene, Prämien für Landarbeiterstellen in Höhe von 500 und 800 M. und Beiträge an die Ansiedelungsgesellschaft zum Ausgleich ihrer Kursverluste zu gewähren. Ein fortschrittlicher Abgeordneter verlangte ein lebhafteres Tempo in der Ansetzung von Landarbeiterstellen und fragte, warum hierin bisher so wenig geleistet worden sei. Ein Regierungsvertreter erwiderte, es fehle in nicht wenigen Landesteilen an der genügenden Nachfrage nach Landarbeiterstellen. Diese Auskunft wurde als auffallend und als nicht ausreichend bezeichnet. Ein konservativer Abgeordneter hob hervor, daß eine Säulerei für den einzelnen Arbeiter sich zu teuer stelle, nämlich auf etwa 4000 M. mit Haus und Stall, so daß eine jährliche Ausgabe von mindestens 200 M. dafür entstände. Als wünschenswert bezeichnete man noch die Gewährung von Gemeindelohnungen, wie sie in dem großherzoglichen Domanium von Medlenburg erfolgt sei. Eine Statistik über das Verhältnis der Kleinbauern und Arbeiterstellen wurde in Aussicht gestellt. Darauf wurde die Denkschrift durch Kenntnisnahme erledigt.

Die Kommunalabgabengesetzkommission des Abgeordnetenhauses setzte gestern ihre Beratungen fort. Einstimmig wurde beschlossen, die Besonderebestimmung in Kostenverteilungssachen von zwei auf vier Wochen zu verlängern. Die Beschlußfassung soll nach einem weiteren Kommissionsbeschluss auf Antrag in beiden Instanzen nach mündlicher Verhandlung erfolgen. Die Minderheit wollte dies nur für die erste Instanz gelten lassen, um das Verfahren nicht zu sehr zu verzögern. An Stelle des auf fortschrittlichen Antrag gestrichenen § 9 der Vorlage wurde ein neuer § 9 eingefügt, wonach bei Bauten, die abschnittsweise hergestellt oder erweitert werden, an Stelle der Beiträge auch fortlaufende Abgaben als Tilgungsrente erhoben werden können. Zu § 11, der die Höhe der Marktstandsgelder und Schlachthausgebühren betrifft, wurde ein Zentrumsantrag angenommen, wonach die Marktstandsgelder höchstens 20 Pf. statt der in der Vorlage vorgesehenen 50 Pf. betragen würden. § 12, der die Wabe- und Aukorte zur Erhebung von Auktoren ermächtigt, wurde mit einem nationalliberalen Zusatzantrag angenommen, wonach für die Zahlung der Aukorte der Vermieter der Wohnungen haftet, der auch verpflichtet ist, über die Ankunft und Abreise von Fremden Mitteilungen zu machen. Darauf wurden die Beratungen vertagt.

Die Unterrichtskommission des Abgeordnetenhauses erledigte gestern zwei Petitionen, die das Berechtigtwesen der Oberlyzeen betrafen. Diese beiden Petitionen gingen von dem Frauenverein „Frauenbildung“ aus und wünschten, daß die weitere Berechtigung des sogenannten vierten Weges, der den Abiturientinnen eines Oberlyzeums das Universitätsstudium gestattet, zurückgezogen werden möge. Zwei andere Petitionen wandten sich gegen diese Forderung. Die Kommission war darin einig, daß ein Erlass des Ministers vom Herbst vorigen Jahres, der auf allgemeinen Wunsch des Abgeordnetenhauses herausgegeben wurde, nicht schon jetzt wieder zurückgezogen werden könne, zumal ja keine Erfahrungen vorlägen. Sämtliche vier Petitionen wurden der Regierung als Material überwiesen. Der Verein der katholischen Volksschullehrerinnen aus dem Rheinland beantragte eine Abänderung der Bestimmungen über die Ortszulagen der Volksschullehrerinnen. Auch diese Eingabe wurde als Material überwiesen. Die zehnklassigen höheren Mädchenschulen verlangen, daß diesen Schulen, so weit sie nach dem Lehrplan der Lyzeen arbeiten, gewisse Berechtigungen gewährt werden, wie Unterstellung unter das Provinzialschulkollegium, Eintritt in die Frauenschule, in die Hochschule für Musik und die Kunstschule. Der Regierungsvertreter sprach sich dagegen aus, und die Kommission beschloß gegen drei Stimmen Übergang zur Tagesordnung.

Der Schulantrag des Zentrums im Abgeordnetenhaus ist jetzt in folgender Fassung gestellt worden: Die Regierung zu ersuchen: 1. Anordnungen zu treffen, wodurch die künstliche Einrichtung des Rektorensystems in Volksschulen, besonders auch durch Einführung der Gemeinschaftsbeziehung beider Geschlechter, verhindert werde; 2. auch bei Einführung des Rektorensystems die geistliche Ortsaufsicht beizubehalten, so lange nicht in anderer Weise das der Kirche gebührende Recht auf Mitwirkung über den ganzen Unterricht in den Volksschulen sichergestellt ist.

Die Arbeitslosenversicherung im bayerischen Reichsrat abgelehnt. In der gestrigen Sitzung der Reichsratskammer wurde die Einführung der Arbeitslosenversicherung in Bayern eingehend beraten. Auf Antrag der Regierung hat das Abgeordnetenhaus im Etat des Innern beim Kapitel „Arbeiterfürsorge“ 75.000 M. eingesetzt, damit den Gemeinden, die nach den von der Regierung aufgestellten Grundfähn die gemeindliche Arbeitslosenversicherung einführen wollen, ein Staatszuschuß gegeben werden kann. Der Ausschuss der Reichsratskammer lehnte den Regierungsvorschlag ab, erklärte sich dagegen bereit, der Verwendung der genannten Summe zu Zwecken der Arbeiterfürsorge zuzustimmen. Von verschiedenen Seiten des Hauses wurden Bedenken gegen die Einführung einer derartigen Arbeitslosenversicherung erhoben. Der Minister des Innern Hr. v. Soden und Ministerpräsident Hertling haben das Haus dringend, den Regierungsvorschlag anzunehmen. Bei der Abstimmung wurde sowohl der Antrag der Regierung wie ein aus der Mitte der Kammer eingebrachter Kompromissantrag, dem der Kronprinz, einige Prinzen und Herzöge zustimmten, abgelehnt und mit überwältigender Majorität der Antrag des Ausschusses angenommen.

Die Berufsvormundschaften in Baden. Die Erste badische Kammer hat in ihrer gestrigen Vormittagsitzung den Gesetzentwurf, betreffend die Berufsvormundschaften, mit allen gegen 4 Stimmen in der Regierungsfassung angenommen, nachdem Staatssekretär Hr. v. Busch erklärt hatte, daß die Regierung bereit sei, die Vormundschaftsgerichte anzuweisen, dem Einzelvormund den Vorzug vor dem Berufsvormund zu geben.

Heer und Flotte.

50jähriges Jubiläum des Generalobersten v. Kessel. Heute, am 1. Mai, kann Generaloberst Gustav v. Kessel, Oberbefehlshaber in den Marken und Gouverneur von Berlin, Generaladjutant des Kaisers, sein 50jähriges Jubiläum begehen. Erzengel v. Kessel wurde am 6. April 1849 in Potsdam als Sohn des Generalmajors Emil v. Kessel geboren. Er trat am 1. Mai 1864 in das erste Garde-Regiment z. F. ein. Am 11. Oktober 1865 wurde er zum Leutnant in diesem Regiment ernannt. Er machte den böhmischen Feldzug und den französischen Krieg 1870/71 mit, bei St. Privat zeichnete er sich aus und wurde schwer verwundet. 1883 wurde er persönlicher Adjutant des Kronprinzen und später Flügeladjutant Kaiser Friedrichs. Am 9. Februar 1893 wurde ihm das Kommando des ersten Garde-Regiments z. F. übertragen. 1893 rückte er zum Generalmajor auf und erhielt unter gleichzeitiger Beförderung zum General à la suite am 27. Januar 1897 das Kommando der 1. Garde-Infanterie-Brigade und den Posten des Kommandanten von Potsdam. Am 25. März 1899 erfolgte die Beförderung zum Generalleutnant und Generaladjutanten des Kaisers, wobei ihm gleichzeitig das Kommando der 2. Garde-Infanterie-Division übertragen wurde. Am 27. Januar 1902 erhielt Erzengel v. Kessel die Ernennung zum kommandierenden General des Gardekorps, am 26. Mai 1903 die zum General der Infanterie. 1909 erfolgte seine Ernennung zum Gouverneur von Berlin, am 27. Januar 1911 erhielt er den Rang des Generalobersten. Seit 1913 wird er als Chef des Infanterie-Regiments Nr. 20 (3. Brandenburgisches) Graf Tarnobinski von Wittenberg geführt.

Die Kaiserparade des 7. Armeekorps wird am 5. September und des 8. Armeekorps am 8. September stattfinden. Die erste findet bei Münster, die zweite bei Koblenz statt.

Die atlantische Division in Brasilien. Buenos-Aires, 1. Mai. Nach einer Gefechtsübung in Gegenwart der argentinischen Admirale wechselte das deutsche Geschwader mit den argentinischen Kriegsschiffen einen Salut und verließ den Hafen in der Richtung nach Santos.

Schiffbewegungen. Eingetroffen: S. M. S. „Corolen“ am 30. April in Konstantinopel, S. M. S. „Gülse“ am 28. April in Sonderburg. In See gegangen: S. M. S. „Gülse“ am 29. April von Sonderburg, S. M. S. „Königsberg“ am 28. April von Wilhelmshafen.

Post und Eisenbahn.

Der Vorschlagsentwurf über die Haftpflicht der Eisenbahnen ist jetzt dem Bundesrat zur Beschlussfassung zugegangen. Die Vorlage bezieht sich sowohl mit den Personen- als auch mit den Sachschäden. Beachtenswert ist die Bestimmungen über die Haftung an Stelle des Gesetzes vom 7. Juni 1871 treten zu lassen. Dabei sollen für die Haftung für Sach- und Personenschäden dieselben Voraussetzungen maßgebend sein. Es wird in den Bestimmungen zwischen Bahnen mit eigenem Bahnkörper und Bahnen in Straßen ohne einen solchen zu unterscheiden sein. Bezüglich der Haftung der Straßenbahnen sollen die Haftungsgrundsätze des Automobilschadens in Anwendung kommen, die milder sind als die des Reichshaftpflichtgesetzes, das für Bahnen mit eigenem Bahnkörper in Betracht kommen soll. Die Grundzüge lehnen sich im übrigen eng an das Reichshaftpflichtgesetz in der Fassung des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch an. Nur einzelne Bestimmungen (Ausgleich unter mehreren Haftpflichtigen) sind dem Automobilschaden nachgebildet.

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Das Befinden des Kaisers. Wien, 1. Mai. Im Befinden des Kaisers ist keine weitere Veränderung eingetreten. Der Monarch nahm gestern Abend gegen 6 Uhr mit bestem Appetit das Abendessen ein. Nach 7 Uhr erschien der Leibarzt Dr. Nergl zur Abendvisite, der das Befinden des Kaisers ganz günstig fand. Das von ihm ausgegebene Bulletin besagt, daß der allgemeine Zustand normal und das Befinden unverändert ist. Der Zustand des Monarchen ist als gänzlich gefährlos zu bezeichnen, zumal auch gestern der Monarch wieder bei offenem Fenster den Nachmittag verbrachte.

Ein Exposé des Kriegsministers. Budapest, 30. April. Im Herrenhaus der ungarischen Delegation hielt der Kriegsminister v. Krobatin ein Exposé, in dem er ausführte: Die Gesamtforderungen der Heeresverwaltung für das nächste Verwaltungsjahr belaufen sich auf 575 029 415 Kronen, ein gewiß hoher Betrag. Doch ist die militärische Last unserer Bevölkerung viel geringer als die anderer Staaten. Der Minister verweist auf die Miesensummen, welche die Staaten des Kontinents gerade in der jüngsten Zeit ihrer Wehrmacht zupacken. Der Minister fuhr fort: Es ist auch allgemein bekannt, was unsere sehr tüchtigen Krieger in militärischer Opfertreue leisten. Wegen der Macht der immer größer werdenden Rüstungszahlen können wir uns nicht verhehlen. Solange diese Zahlen bei unseren Nachbarn wachsen, können wir trotz unserer friedlichen Tendenzen nicht stehen bleiben. Wir müssen vielmehr weiter bauen, wenn wir unsere berechtigten Interessen wahren wollen und unsere Grenzen unantastbar bleiben sollen. Dieser Weiterbau wird zu einer selbstverständlichen Pflicht, da wir infolge der zweiwöchigen Dienstzeit über ein mächtiges Reservoir voll ausgebildeter Mannschaften verfügen werden. Die Zusammenfassung dieser Mannschaften in Reserveverbände wird die Aufgabe der Heeresverwaltung in der Zukunft sein.

Die Russlandreise der ungarischen Opposition aufgegeben. Budapest, 30. April. Aus der Umgebung des Grafen Michael Karolich wird heute berichtet, daß hauptsächlich infolge Einwirkung des Grafen Albert Apponyi der Plan der Reise nach Petersburg aufgegeben worden ist. Dagegen wird sich Graf Karolich mit mehreren oppositionellen Abgeordneten am 20. Juni zu sechsmonatigem Aufenthalt nach Amerika begeben. Es wird hinzugefügt, daß Graf Karolich und seine Gefolgsleute in der Delegation ihren prinzipiellen Standpunkt dahin festlegen werden, daß sie nicht dreibündig, aber doch der Ansicht sind, daß die Interessen Ungarns eventuell ohne Dreibund wahrzunehmen seien. — Auch Graf Julius Andrássy meint, daß, sofern die Petersburger Reise eine Demonstration gegen den Dreibund hätte sein sollen, sie ein großer Fehler gewesen wäre, denn es sei auch heute noch keine feste Überzeugung, daß die Monarchie am Dreibund festhalten müsse. Es dürfe jedoch auch nicht bestritten werden, daß auch die Herstellung eines freundschaftlichen Verhältnisses zu den Ententemächten gesucht werden müsse. Er werde in der Delegation darlegen, wie dies möglich sei.

nisses zu den Ententemächten gesucht werden müsse. Er werde in der Delegation darlegen, wie dies möglich sei.

Ein Anfall des italienischen Botschaftsattachés. Wien, 30. April. Der Attaché der hiesigen italienischen Botschaft Boscarelli wurde, wie das „Wiener Extrablatt“ zu melden weiß, vormittags auf einem Spazierritt im Prater von seinem schweigewordenen Pferde geworfen. Er erlitt eine Gehirnerkütterung und schwere Verletzungen des Oberschenkels. Der Attaché mußte in ein Sanatorium übergeführt werden.

Der englische Flottenbesuch. Wien, 1. Mai. Am 4. Mai beginnt der Besuch der englischen Flotte in der Adria, der sich bis zum 18. Mai ausdehnen wird. Die englische Flotte wird abwechselnd die österreichischen und ungarischen Hafenplätze anlauen.

Frankreich.

Eine neue Kandidatur Vedrines. Paris, 1. Mai. Der bekannte Flieger Vedrines, der bei den Kammerwahlen in Limour im ersten Wahlgang durchgefallen ist, beschloß im zweiten Wahlgang, seine Kandidatur im Bezirk von Arles aufzustellen.

Ein Erlaß zur Förderung des Flugwesens. Paris, 1. Mai. Offiziell wird gemeldet, daß das Kriegsministerium habe verfügt, daß den Offizieren und Unteroffizieren aller Waffengattungen die Ermächtigung erteilt werden könne, als Fluggäste an Bord der Militärflugzeuge an Aufklärungsflügen teilzunehmen. Man hofft hierdurch die Rekrutierung der Militärflieger zu fördern.

Ein Unfall in der Marine. Toulon, 30. April. Infolge Bruches einer Kette wurden heute 8 Matrosen von einer Zolle des Kreuzers „Ernest Renan“ ins Wasser geschleudert. Drei Mann ertranken, zwei wurden verwundet.

England.

Der Stand der Ulsterkrisis. London, 1. Mai. Gestern fand unter dem Vorsitz Asquiths ein neuer Kabinettsrat statt, der sich mit dem Ulster-Problem befaßte. Das Ergebnis der Unterhandlungen wird noch geheim gehalten. Man glaubt allgemein, daß Kampf und Blutvergießen beendet sind. Die Kräfte von Ulster wird von einem englischen Geschwader der Irländ abpatrouilliert, um weiteren Waffentransport für Ulster zu verhindern. Gleichwohl lassen sich die Ulsterleute nicht stören. Gestern nachmittag wurde ein ganzes Korps mobilisiert, indem unter den Augen der Polizei eingeschmuggelte Waffen verteilt wurden.

Balkanstaaten.

Eine Reise des albanischen Ministerpräsidenten nach Rom und Wien. Rom, 1. Mai. Das „Giornale d'Italia“ meldet, daß der albanische Ministerpräsident Turiak sich in den nächsten Tagen nach Rom begeben wird, um der italienischen Regierung den Ernst der politischen Lage des Fürstentums darzulegen. Von Rom wird der Staatsmann nach Wien fahren.

Der deutsche Reorganisationsplan des serbischen Postwesens. Belgrad, 1. Mai. Der deutsche Postinspektor Moselmann wurde von der serbischen Regierung mit der Reorganisation des serbischen Postwesens betraut. Moselmann hat bereits dem serbischen Handelsminister einen umfassenden Bericht über alle erforderlichen Maßnahmen vorgelegt. Wie es heißt, ist der detaillierte Plan zur Umgestaltung des serbischen Postwesens in allen Einzelheiten gutgeheißen worden.

Serbisch-griechisches Handelsabkommen. Belgrad, 30. April. Der frühere Handelsminister Stojanowitsch hat sich nach Athen begeben, um als Delegierter Serbiens die mit Griechenland abgeschlossene Konvention über die Serbien eingeräumte Freihandelszone in Saloniki zu unterzeichnen. Es verlautet, daß Stojanowitsch mit der griechischen Regierung auch Verhandlungen über einen neuen Handelsvertrag beginnen werde.

Türkei

Keine Vernachlässigung Deutschlands? Konstantinopel, 30. April. Ein Artikel des „Tanin“ bemüht sich, die Vorwürfe eines Teils der deutschen Presse zu widerlegen, wonach die Pforte, insbesondere nach dem Abschluß der türkisch-französischen wirtschaftlichen Abmachungen, Deutschland vernachlässige. Die Türkei vergesse nie die ihr erwiesenen Dienste. Auch in Zukunft könne die Türkei die Unterstützung der Länder, die durch Kapital, Industrie und Wissenschaft zu ihrer Hebung beitragen würden, nicht entbehren. Daß die Türkei die stärkste europäische Großmacht, Deutschland vernachlässigen würde, wäre ein ungerechter Vorwurf gegen die türkischen Staatsmänner. Der Artikel fährt dann fort: Da Deutschland in unserem Lande sehr große Interessen besitzt, können wir jederzeit von ihm eine herzliche Politik erwarten; da andererseits Deutschlands Politik auf die wirtschaftliche Hebung der Türkei hinführt, kann die Berliner Regierung darauf vertrauen, daß dieses Ziel in Konstantinopel gebührend gewürdigt wird. Dieses haben wir bisher bei jedem Anlaß durch Taten bezeugt, und es liegt kein Grund vor, daß wir nicht auch künftighin solche Anlässe dazu benützen.

Der deutsche Botschafter beim Großwesir. Pera, 1. Mai. Der deutsche Botschafter ist gestern aus Konstantinopel zurückgekehrt und hat sofort eine lange Unterredung mit dem Großwesir gehabt, die in politischen Kreisen das größte Interesse erregt. Man glaubt, daß es sich um die Inselfrage gehandelt hat. Der Kaiser soll seinem Wunsch Ausdruck gegeben haben, die neuentstandene Krise möglichst bald beigelegt zu sehen.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

— Kaiserstage. Während der Anwesenheit des Kaisers in Wiesbaden wird voraussichtlich der Monarch eine Parade über die Truppen der Garnisonen Wiesbaden und Gomburg v. d. G. und die Mainzer Pioniere abhalten. Gelegentlich derselben wird der Kaiser die Veteranen des Kriegsjahrs 1864 besonders begrüßen.

— April und Mai. Dem Mai hat der April wieder einmal Konkurrenz gemacht; er ist in der Tat ernstlich in Gefahr, das Recht für verflüchtigt erklärt zu werden, den Titel „Bonnemont“ zu führen. Der April brachte Sonnentage, er deckte allein fast ein Drittel der uns Mitteleuropäern zuzurechnenden Durchschnittszahl an sonnigen Tagen, der April brachte Blüten in Hülle und Fülle, er brachte Blätter und Blumen, er ließ die Nachtigall singen, und, kurz und gut: er hat dem Mai so ziemlich alles vorgezogen, was man, wenn's nach der Kalenderregel ginge, nur von ihm erwarten dürfte. Wir hatten einen einzigen schönen April, der sich in jeder Beziehung angenehm auszeichnete und durchaus nicht die Rolle spielte, die er programmäßig spielen mußte, und es scheint, als werde der Mai die trüben und regnerischen Tage bringen, die sein Vorgänger nicht gebracht hat. Er hat sich mit Regen eingeführt und der Himmel steht aus, wie lauter Regen. Aber man braucht deshalb nicht betrübt zu sein; der Regen war gesund und er war notwendig. Das wissen die Bauern und die Gärtner, und die Hausfrau wird vielleicht in den nächsten Tagen am Preis des Genußes merken, was ein guter Regen, der rechtzeitig kommt, wert ist. „Mai kühl und naß, fällt dem Bauer Scheuer und Faß“, sagt eine Bauernregel. Es braucht deshalb gerade nicht jeden Tag zu regnen und nicht so kühl zu werden, daß man den Ofen einheizen muß.

— Fleischerrinnung. In der letzten stark besuchten Generalversammlung der „Fleischerinnung Wiesbaden“ rief das in letzter Zeit im Fleischerhandwerk geübte Anzeigen der Ware eine lebhafteste Debatte hervor. Gerügt wurde dabei das von einigen Mitgliedern veranlaßte Inserieren und Anbieten von „prima“ Fleisch zu Preisen, zu denen eine prima Ware zu liefern ausgeschlossen ist. Die Versammlung ermächtigte den Innungsvorstand, alle derartige Angebote, die nicht den Tatsachen und Verhältnissen entsprechen, im Auge zu behalten und gegebenenfalls gegen derartige Inserenten auf Grund des Gesetzes betreffend den unlauteren Wettbewerb vorzugehen.

— Die Polizeiverwaltung in Wiesbaden hat vor kurzem eine Verordnung herausgegeben, nach der es den Mitgliedern beim Austragen der Waren nur gestattet ist, weiße Tücher zum Bedecken der Fleisch- und Wurstwaren zu verwenden. Da diese sehr leicht schmutzen und alsbald nicht mehr verwandt werden können, dagegen mit den farbigen Tüchern seither nur die besten Erfahrungen gemacht worden sind, richtete die Innung an den Polizeipräsidenten ein Gesuch um Befreiung dieser Bestimmung. Eine Verfügung auf diese Eingabe ist jedoch bis zur Stunde noch nicht eingetroffen. — Ein Vertrag, der mit der hiesigen Militärverwaltung abgeschlossen wurde und die Lieferung von Fleisch, vor allem Rindfleisch im Mobilmachungsfall, regelt, fand die Zustimmung der Versammlung. — Der Obermeister Ratier wies sodann auf den Buchführungskursus für Meisterfrauen und -töchter im Fleischerhandwerk hin, der in der Gewerbeschule mit 32 Teilnehmerinnen seinen Anfang nahm. — Als Delegierter der Innung Wiesbaden zur Fleischereibergsgenossenschaftstagung und zur Tagung der Häuteverwerter wurde Obermeister Ratier bestimmt, der auch mit Karl Wiesmann den Bezirksrat für beide Oeffen und Nassau im Deutschen Fleischerverband in Charlottis besuchen wird als Vertreter der Innung Wiesbaden. Neben weiteren inneren Angelegenheiten kam auch durch den Obermeister die Krankenlosenfrage und der Streit mit den Ärzten zur Sprache, der, wie der Versammlungsleiter mit Genehmigung feststellen konnte, hier eine Lösung gefunden hat.

— Militärisches. Am vergangenen Mittwoch fand nach vorhergegangener kirchlicher Vorbereitung im Egergerhaus an der Schiersteiner Straße die Vereidigung der am 1. April eingezogenen Einjährig-Freiwilligen der hiesigen Garnison statt.

— Sonderzüge zu den Wiesbadener Rennen. In den vier Wiesbadener Frühjahrs-Renntagen werden auf Antrag des „Knechtstube Wiesbaden“ nach Verständigung mit den Königl. Eisenbahndirektionen zu Frankfurt a. M., Mainz und Köln je ein Sonderzug aus Frankfurt über Mainz-Kastell und Viebrich-Of nach Erbenheim und aus Köln hinführend über Bonn, Godesberg, Hingelbrück, Vingen, Mainz und Viebrich-Of nach Erbenheim gefahren. Diese Züge werden nach ihrer Ankunft in Erbenheim aufgelöst, so daß sie also die auswärtigen Rennbesucher nicht, wie dies an anderen Orten der Fall zu sein pflegt, sofort nach den Rennen wieder aus Wiesbaden wegführen werden.

— Personal-Nachrichten. Dem bisherigen langjährigen Vorsteher der israelitischen Kultusgemeinde, Rentner und Stadtverordneter Simon Geh, wurde der Königl. Kronenorden 4. Klasse verliehen. — Gerichtsassessor Dr. Willmann ist heute als Rechtsanwalt vereidigt und als solcher bei dem hiesigen Amts- und Landgericht zugelassen worden.

— Kurhaus. Die von der Kurverwaltung für morgen Samstag vorbeschene große Klumination beginnt an der Wilhelmstraße und zieht sich durch das Bowlingareen über den Aulaplatz in den Kurgarten. Im Kurgarten wird ein Monier-Konzert von 7 Musikarellen ausgeführt. Zum Schluss gelangt das Schlachtenmahl von Saro zur Ausführung.

— Kleine Notizen. Die Nr. 18 der „Anstellungs-Nachrichten“ liegt in der Geschäftsstelle des „Wiesbadener Tagblattes“ zur unentgeltlichen Einsicht offen. — Die kürzlich an einem Neubau in der unteren Dohlemer Straße aufgeführte Gießtaube ist nicht tot, sondern lebt noch und wartet noch immer des Abholens von hierzu berechtigter Seite.

Vorberichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes.

— Königl. Schauspiele. Die Heisenfolge der Abonnementsbuchungen für die nächste Woche ist folgende: Sonntag C. Montag D. Dienstag A. Mittwoch aufgebobenes Abonnement, Donnerstag B. Freitag C. Samstag D. Sonntag aufgebobenes Abonnement, Montag A. Dienstag aufgebobenes Abonnement.

— Wiesbadener Künstler undwärts. Aus Jugenheim wird uns geschrieben: Frau Marie Dierck-Güttel aus Wiesbaden hat hier kürzlich in einem Konzert des „Evangelischen Kirchenchorvereins“ als Gesangsistin erfolgreich mitgewirkt. Ihre vortrefflich gekulten, frisch ansprechenden Sopran kam in Arien und Liedern ersten Gebalts zu prächtiger Geltung: ihr warmherziger Empfindungs Ausdruck gewann die alle Sympathien.

Aus dem Landkreis Wiesbaden.

st. Jastadt, 30. April. Gestern Abend gegen 1/8 Uhr machte der 19jährige Arbeiter Wilhelm B. von hier einen Selbstmordversuch. Der junge Mann hatte in einem Nachbargarten ein Liebesverhältnis und erhielt gestern von dem Mädchen einen Abschiedsbrief; deshalb griff er zum Revolver und brachte sich einen Schuß in den Mund bei. Die Verletzungen sind, wie verlautet, nicht lebensgefährlich. — Wie in den Nachbarorten, soll auch hier demnächst eine Verkaufsstelle des „Konsumvereins für Wiesbaden und Umgegend“ errichtet werden.

Provinz Hessen-Nassau.

Regierungsbezirk Wiesbaden.

M. Frankfurt a. M., 1. Mai. Ein in der Gutenbergstraße wohnender Kellner versuchte in der Abwesenheit seiner Frau, sich und seine beiden Kinder mit Leuchtgas zu vergiften. Man wurde rechtzeitig auf sein Gebahren aufmerksam und rettete ihn. — Eine angebliche Engländerin verkaufte dieser Tage einem Ringhändler für 750 M. römische Ringe, die sich als gefälscht erweisen. Da die Schwindlerin auch in anderen Städten in ähnlicher Weise operiert hat, sei vor ihr gewarnt.

k. Höchst a. M., 1. Mai. Mit dem heutigen Tage scheidet Herr Kreisbauinspektor Te. Gude von hier, um die ihm übertragene Leitung des Lehrerseminars in Braunsberg zu übernehmen. Te. Gude war der erste hauptamtliche Kreisbauinspektor hier. In seiner 4½-jährigen Tätigkeit hier selbst hat er sich durch sein gerechtes, eifriges Wirken für die Schule und deren Organe allseits die größten Sympathien erworben. Man sieht ihm daher allgemein, insbesondere aber von den ihm unterstellten Lehrkräften ungern scheiden. — In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung wurde der neu gewählte Stadtverordnete Schlossermeister Christ durch den Vorsitzenden eingeführt und verpflichtet. Der infolge einer Reichsgerichtsentscheidung notwendig gewordenen Abänderung der Grundsteuerordnung wird zugestimmt. Gleichzeitig wurde für die Fächer rassenreiner Hunde Vergünstigungen geschaffen. Das Bürgerbuch soll in Kürze erscheinen. Der in diesem Jahre sein 100jähriges Bestehen feiernde erste Schöster Schützenverein besitzt schon seit 10 Jahren seinen Schießstand mehr. In einer von den Krieges- und Militärvereinen usw. und vielen Bürgern mitunterzeichneten Eingabe ersucht der Verein nun um die pachtweise Überlassung von Gelände für die Errichtung moderner Schießstände in den neuen Anlagen. Der Magistrat will dem Gesuch stattgeben. Das Gesuch wird aber zunächst der Gartenabteilung überwiesen. Der Vorlage wegen einer 1.100.000-M.-Anleihe zur Eröffnung und zum Ausbau neuer Straßen wird im Prinzip zugestimmt, dieselbe aber gleichzeitig dem Magistrat zur Ergänzung zurückgegeben.

P.C. Friedheim a. M., 30. April. Die Wahl des bei der hiesigen Gemeindeverwaltung angestellten Assistenten Wilhelm K. eine zum Bürgermeister der Stadt Friedheim in Oberhessen ist vom Kreisverwaltungspräsidenten bestätigt worden.

Wallau (Kreis Widenfopf), 30. April. Als auf dem Wege nach Weidenheim die Maschine des Schneidemaschinenbesizers Grebe 2r aus Weidenheim Schaden nahm, wollte dessen Kollege Debus ihm beihilflich sein. Dabei explodierte ein Benzinbehälter und dessen panzer Inhalt überquoll ihn. Mit schweren Brandwunden bedeckt brachte man Debus, Vater von 6 Kindern, in die Warburger Klinik, es war ihm aber nicht mehr zu helfen; er starb bald nachher.

Nachbarstaaten u. -Provinzen.

Schweres Eisenbahnunglück bei Mainz.

wb. Mainz, 1. Mai. Der Personenzug Nr. 437, der auf der Fahrt von Alzen nach Mainz heute morgen um 8 Uhr 11 Min. von Niedersaulheim abfuhr, ist dort mit einer größeren Rangierabteilung zusammengestoßen. Bis jetzt sind drei Tote, darunter ein Lokomotivführer und zwei Frauen, festgestellt. Fünf Personen sind schwer und eine größere Anzahl leicht verletzt. Die Strecke ist durch zertrümmerte Wagen gesperrt. Der Betrieb wird durch Umsteigen anrecht erhalten. Der Materialschaden ist bedeutend. Wie das Unglück beim nächsten Tage geschehen konnte, ist noch nicht festgestellt.

5 Tote, 15 Schwerverletzte!

wb. Mainz, 1. Mai. Unter den bei dem Eisenbahnunglück bei Niedersaulheim Getöteten befinden sich zwei Mädchen aus Lohndheim, der Arbeiter Lühr aus Alzen und ein Lokomotivführer, außerdem eine Blumenverkäuferin aus Wörstadt. Bis jetzt sind 5 Tote, 15 Schwerverletzte und eine größere Anzahl Leichtverletzte festgestellt worden.

m. Bingerbrück, 30. April. Am Bau der Strecke Madesheim-Sarmstheim ereignete sich bei Sarmstheim ein tödlicher Unfall. Als der an der dort aufgestellten Dampfmaschine beschäftigte Zimmermeister Ludwig Schmitt aus Groß-Gerau eine Schraube anziehen wollte, stürzte er ab und zog sich sehr schwere Verletzungen zu. Der erst Sechzehnjährige erlag seinen Verletzungen in kurzer Zeit.

w. Gießen, 30. April. Die in der Crainfelder Nordaffäre verhafteten Landwirte Hoffmann, Vater und Sohn, sind, da sie ihr Alibi nachweisen konnten, auf Anordnung der Staatsanwaltschaft aus der Untersuchungshaft entlassen worden.

Gerichtssaal.

wc. Ein Verleumdungsprozess. In Breithardt bestehen seit längerer Zeit unter der Bürgererschaft Streitigkeiten, bei denen es sich um die Person des dort seit langen Jahren schon tätigen Arztes Dr. Slawisch handelt. Außer im Streit ist auf der einen Seite der Pfarrer, auf der anderen der Arzt selbst. Zu den früheren Freunden des Arztes gehörte der Rörster Stoll dortselbst. Vor etwa 6 Jahren erkrankte eine in Dolzhausen u. A. wohnende Schwester von Stoll schwer an Blutvergiftung. Es soll damals von irgend einer Seite die Einzuziehung eines zweiten Arztes als dringend nötig erklärt worden sein; es wurde aber statt des Arztes lediglich ein Barbier zugezogen. Als die Frau kurz nachher verstarb, sah Stoll in der unterlassenen Zuziehung des zweiten Arztes die einzige Veranlassung zu dem unglücklichen Ausgang der Krankheit. Der Arzt, welcher die Frau in Dolzhausen behandelt hatte, war Dr. Sch. aus einem Nachbarort. Stoll wandte sich damals an Dr. Slawisch, um Auskunft darüber zu erhalten, welche Schritte er zu tun habe, um Dr. Sch. wegen der vermeintlich falschen Behandlung zur Verantwortung zu ziehen. Welchen Rat ihm Dr. Slawisch damals gab, darüber bestehen verschiedene Versionen. Eine bestimmte einschlägige Feststellung ist bisher nicht getroffen. — Inzwischen hatte sich das Verhältnis zwischen St. und seinen Gegnern immer mehr zuspitzt. Diese suchten, den ihnen mißliebigen Arzt aus dem Ort wegzuschaffen, und zuletzt unterhandelte man u. a. mit Dr. Sch., damit er seine Praxis auf Breithardt ausdehne. Anfanglich stieß man dabei auf den Widerstand des Dr. Sch., der aus kollegialen Rücksichten den Vorschlag ablehnte. Inzwischen trat der Rörster Stoll, welcher sich der Partei der Gegner von Dr. Sch. angeschlossen hatte, gegen diesen mit einer eidesstattlichen Versicherung auf, wonach Dr. Sch. ihm den ausdrücklichen Rat gegeben habe, gegen seinen Kollegen das ärztliche Ehrengericht anzurufen. Er habe — so hieß es in der eidesstattlichen Versicherung — ihn gebeten, ihn

nicht zu verraten, weil er sonst selbst vor das Ehrengericht gestellt werde. Als Dr. Sch. dieses Schriftstück, welches von dem Pfarrer veranlaßt worden war (Stoll gibt dies selbst zu), zu Gesicht bekam, stellte er sich den Einwohnern von Breithardt zur Verfügung. Wenn er dadurch Dr. Sch. auch nicht ganz unmöglich machte, so verringerte sich dessen Einkommen doch um etwa die Hälfte. Auch das ärztliche Ehrengericht hat sich später mit dem Schriftstück zu beschäftigen gehabt. Es gab Dr. Sch. auf den Klageweg gegen Stoll zu beschreiten. Zunächst verhandelte dann das Schöffengericht Wehen in der Sache. Dieses sah zwar nicht als erwiesen an, daß Stoll wider besseres Wissen die Behauptungen aufgestellt hatte, nahm aber doch an, daß sie objektiv unrichtig seien, verurteilte auch dem Angeklagten den Schutz des § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) und verurteilte ihn zu 20 M. Geldstrafe. Gegen dieses Urteil legte Stoll Berufung ein. Die Wiesbadener Strafkammer verhandelte jetzt fast 5 Stunden in der Sache. Das Urteil bestätigte das Erkenntnis des Schöffengerichts und sprach den Angeklagten frei mit etwa folgender Begründung: Es sei nicht der Schein eines Beweises dafür geführt, daß Dr. Sch. sich irgendwelche Inkonsequenzen habe zuschulden kommen lassen. Die eidesstattliche Versicherung enthalte objektiv eine Falschheit; es sei aber nicht für feststehend anzunehmen, daß Stoll wider besseres Wissen seine Behauptungen aufgestellt habe und daß sie den Tatsachen entsprächen. Möglicherweise habe sich Stoll durch die mehrfachen Besprechungen mit Dr. Sch. im Lauf der vielen Jahre in den Gedanken hineingelegt, daß tatsächlich Dr. Sch. ihm wie angegeben beschieden habe. Immerhin müsse dem Angeklagten der Schutz der Wahrung berechtigter Interessen zugesprochen werden. Seine Absicht bei der Abgabe der eidesstattlichen Versicherung sei gewesen, einen Arzt seines Vertrauens zu veranlassen, ihm die Gelegenheit einer Konsultation in Krankheitsfällen zu geben. Das seien berechnete Interessen, und St. müsse deshalb freigesprochen werden. Die gesamten Kosten wurden dem Privatkläger auferlegt.

wc. Eine Klage gegen die Stadt Friedrich. Vor dem Wiesbadener Landgericht stand gestern vormittag Termin an zur Verhandlung auf die bekannte Klage, welche der Rektor der Mittelschule Michaelis wider die Stadt Friedrich angestrengt hat, wegen Auszahlung der den Volksschullehrern gewährten Ortszulage. In einem Urteil kam es dabei noch nicht, es wurde vielmehr Beschluß dahin verkündet, daß Allen aus einem Parallelprozeß einzuziehen seien.

Sport und Luftfahrt.

Oberlandstallmeister Graf Lehnendorff †.

Berlin, 1. Mai. In seiner hiesigen Wohnung ist gestern der Oberlandstallmeister a. D. Graf Lehnendorff einem Lungenleiden, an dem er schon seit Jahren erkrankt war, erlegen. Der Verstorbene hat ein Alter von nicht ganz 81 Jahren erreicht. Oberlandstallmeister Graf Georg Lehnendorff, der seit dem vorigen Herbst im Ruhestand lebte, hat das Amt des preussischen Oberlandstallmeisters im Jahre 1887 angetreten und hat es länger bekleidet als jeder seiner Vorgänger. General Vöhring, der Lehnendorffs Vorgänger war, ist 17 Jahre lang Oberlandstallmeister gewesen. Als er 1868 in die Dienste der preussischen Gesteuerverwaltung trat, besaß er schon einen großen hippologischen Auf. Graf Lehnendorff war der kühnste und verwegene Reiter seiner Zeit und hat die deutschen Reithelmen jahrelang beherrscht. Oberlandstallmeister Graf Georg Lehnendorff wurde am 4. Dezember 1833 geboren. Er trat bei den 3. Kürassieren in Königsberg ein, quittierte aber bald den Dienst und wandte sich mit aller Energie der sportlichen Betätigung zu. Sein Reinstall war ziemlich umfangreich, und der Graf ritt die Pferde in den Hindernisrennen selbst. Von 1853 bis 1865 sah man ihn als Rennreiter. Reiter, wie der spätere General v. Rosenberg und Graf Althaus Esterhazy, haben seine Überlegenheit im Sattel nicht anerkannt und ihn den „Besten seiner Zeit“ genannt. Als die preussische Gesteuerverwaltung sich im Interesse der Remontierung des Heeres entschloß, die staatliche Vollblutjagd energisch zu fördern, wurde Graf Lehnendorff im Jahre 1865 zum Dirigenten des Königl. Hauptgestüts Graditz ernannt. Im Jahre 1887 wurde Graf Lehnendorff, wie erwähnt, zum preussischen Oberlandstallmeister ernannt. Mit einem Eifer, einer Unverdroßtheit, einer Arbeitsenergie ohne gleichen hat er dieses Amt bekleidet und dabei die Leitung von Graditz bis zum Jahre 1906, wo sein Sohn, Landstallmeister Graf Siegfried Lehnendorff, das Gestüt übernahm, beibehalten. Die Pferdezeitung ist in den Jahren von Graf Lehnendorffs Amtsführung unendlich ausgedehnter geworden. Zu den wichtigsten Aufgaben des Grafen Lehnendorff gehörte es, um die Förderung der deutschen Vollblutjagd bemüht zu sein. Das Ausland hat Graf Lehnendorff stets außerordentlich geschätzt. Er ist in der internationalen hippologischen Welt die bekannteste Persönlichkeit. Die vornehmste sportliche Vereinigung der Welt, der Englische Jockeyclub, führt ihn als Ehrenmitglied. Sein „Handbuch für Pferdezüchter“ ist das beste vorhandene Werk über Vollblutjagd.

* Das Schachturnier in Baden bei Wien endete mit einem Sieg Spielmanns, der den ersten Preis davontrug. Das genaue Endresultat ist: Erster Spielmann 12½; Zweiter Tarrasch 11½; Dritter Schlechter 11; Viertes Drepper 10½; Fünfter und Sechster Johner und Relli 9½.

* Die Schachturniere in Petersburg. Gestern siegten im Anzug Niemzowitsch gegen Gussberg und Capablanca gegen Pernstein. Die Partie Köster-Meschin wurde remis, die Partie Marzshall-Jonowski und Rubinstein-Tarrasch wurden in besserer Stellung für Weiß abgebrochen. Vladoerne war pfeilschnel. Der Stand nach der siebenten Runde ist: Meschin, Capablanca 4½; Köster 4; Tarrasch 1½; Pernstein 1; Marzshall 1; Jonowski 2; Niemzowitsch 1½; Vladoerne 2; Rubinstein 2; Gussberg 1½.

* In der Tennismeisterschaft von Paris schlug in Paris der Tennisclub de Paris den Racingclub de France überlegen mit 7:0 Siegen.

* Der Senior der Luftfahrer †. Paris, 30. April. Der Senior der Luftfahrer Frankreichs und wohl der ganzen Welt, Wilfried de Fonvielle, ist im Alter von 88 Jahren gestorben.

Neues aus aller Welt.

Die Sturmverberungen in Russland. Petersburg, 30. April. Durch den Orkan der letzten Nacht sind mehrere hundert Boen und kleinere Schiffe von den Ufern getrieben. Viele Boen wurden an die Ufer geschleudert und gegen 200 Boen in das Fahrwasser der großen Newa getrieben. In

der Nähe des Sommergartens ist ein Rutter der Flutpolizei und an anderen Stellen sind etwa 30 Boen gesunken. Heute früh begann der Wind nachzulassen. Die Telefonverbindung mit Moskau und Kronstadt ist gekürzt. In der großen Newa sind die Entlasten der im Bau befindlichen Brücken über Schwenn und die eisernen Brückenfelder beschädigt worden. Ein Schmutzger verurteilt. Genf, 1. Mai. Weil er große Mengen von Pulver und Schießpulver im Automobil nach Frankreich geschmuggelt hatte, wurde gestern ein Franzose Decompoir zu einem Monat Gefängnis und 100.000 Franken Geldstrafe verurteilt.

Sprengung eines Busses bei Genau. Genau, 30. April. Der Bus zwischen Genau und San Pier d'Arca (Provinz Genua), der sich der Vereinigung der beiden Städte bisher als Hindernis entgegengestellt, ist mit Dynamit gesprengt worden. Es wurde dabei eine Fels- und Erdmasse von 4 Millionen Tonnen in Bewegung gesetzt, wozu 170 Zentner Dynamit erforderlich waren.

Schwierigkeiten bei einer Beamten-Spar- und Darlehnskasse. Breslau, 30. April. Der 1480 Mitglieder zählende Breslauer Beamten-Spar- und Darlehnsverein fordert die Besitzer von Sparanlagen zum Verzicht auf 30 Proz. ihrer 2 Millionen betragenden Spareinlagen auf, andernfalls in folge langwieriger Geschäftsführung des früheren Vorstandes und wegen einer Untersuchung des Kassierers in Höhe von 25.000 M. der Konten des Kassierers.

Autounfall eines Automobilers. Düsseldorf, 1. Mai. Der Kunstmalerei Erich Rühmstedt ist gestern bei einem Zusammenstoß seines Automobils mit einem Lastfuhrwerk schwer verletzt worden. Er mußte dem Krankenhaus zugeführt werden.

Das Berliner Großmarkthallenprojekt. Berlin, 1. Mai. Die Stadtverordneten beschloßen gestern mit 48 gegen 38 Stimmen nach lebhaften Auseinandersetzungen den Ankauf eines Grundstückes, auf dem das Großmarkthallenprojekt ausgeführt werden soll, zum Preise von 5 Millionen Mark.

Ein eigenartiger „Wohnungsfall“. Paris, 1. Mai. Bei Reziars führte ein mit Wohlgefallen und Wohlturnen besessener Wagen auf den Fuhrmann Dettelle, der so schwere Verletzungen davontrug, daß er bald darauf starb.

Zum Diebstahl der Mona Lisa. Florenz, 1. Mai. Der Prozeß gegen den Dieb der Mona Lisa, Perugia, ist endlich auf den 4. Juni festgesetzt worden.

Die Grubenkatastrophe in Westvirginia. New York, 30. April. Weiße Schwaden entziehen dem Bergwerk von New River, wo 178 Bergleute noch nicht geborgen sind. Ihr Tod scheint sicher. Indessen versuchen noch immer die Rettungs-mannschaften, Hinabzusteigen.

Hochzeit im Hause Alor. New York, 1. Mai. Gestern fand hier in freier Veranlassung die Hochzeit Winstor Alors mit Helen Dinsmore statt. Infolge der angegriffenen Gesundheit Alors wurde die Feier im kleinsten Kreise abgehalten. Nur 17 Personen wohnten der Hochzeit bei. Die Braut trug ein einfaches Kleid aus weißer Seide und um den Hals ein überaus kostbares Perlenkollier. 40 Detektivs bewachten Tag und Nacht den Saal, in dem die Hochzeitsgesellschaft ausgestellt sind, die das junge Paar von Verwandten und Freunden erhalten hat und einen Wert von mehreren Millionen Mark repräsentieren. Amerikanische Statistiker haben ausgerechnet, daß das Ehepaar täglich etwa ungefähr 110.000 M. verbrauchen wird.

Deutscher Reichstag.

Eine unbeantwortete Anfrage.

S. Berlin, 1. Mai. (Eig. Drahtbericht.) In der heutigen Plenarsitzung des Reichstags sagte der Reichstagsabgeordnete Albert Dittmann (Soz.): W dem Herrn Reichsminister bekannt, daß beim Infanterie-Regiment Nr. 143 in Straßburg während strenger Winterübungen von ununterbrochener fünfjähriger Dauer stattfanden, die zu vielen Erkrankungen von Soldaten führten, daß sogar zwei Soldaten infolge dieser Anstrengungen starben und zwei andere Selbstmord verübten? Was gedenkt der Reichsminister zu tun?

General Wild v. Hohenborn: Die in der Anfrage enthaltenen Angaben sind durchweg unzutreffend. Eine Beantwortung der Anfrage wird abgesehen, da weder der Reichsminister, noch der Reichstag in dieser Sache zuständig sind. (Beifall rechts; Anrufe links.)

Abg. Dittmann (Soz.): Ich ergänze meinen Antrag dahin: Ist der Reichsminister bereit, falls sich die eben erfolgte Antwort als objektiv unzutreffend herausstellt, neue Ermittlungen anzustellen?

Präsident Dr. Kaempf: Das ist keine Ergänzung der Anfrage.

Darauf wird die Weiterberatung des internationalen Vertrages zum Schutze des menschlichen Lebens auf See fortgesetzt.

Der Militäretat in der Budgetkommission.

S. Berlin, 1. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Die Budgetkommission des Reichstags schloß heute die Beratung des Militäretats fort. Ein Zentrumsmittglied wandte sich gegen eine Forderung für die Auskunftsstelle im Interesse der Disziplinierung verabschiedeter Offiziere, da es sich hierbei hauptsächlich um die unerwünschte Vermittlung von Stellen in der Rüstungsindustrie handelte. — General v. Langermann bestritt das. Es handelte sich darum, den pensionierten Offizieren beratend beizustehen. — Während ein Konservativer die Einrichtung als dringend notwendig erachtete, äußerte ein Fortschrittler grundsätzliche Bedenken und verwies die verabschiedeten Offiziere auf den Weg der Selbsthilfe. — Vom Zentrum wurde aus Gründen der Reinlichkeit die Zurückziehung der Forderung verlangt, da man vielfach den Eindruck habe, als ob Firmen, die verabschiedete Offiziere beschäftigen, bevorzugt werden. — Ein Nationalliberaler behauptete die Zurückziehung der Forderung bei der Beförderung zu Referatsoffizieren. Sie erfolge keinesfalls überall im Reich. — Schließlich waren auch Mitglieder des Zentrums und der Fortschrittler geneigt, Zuschüsse für eine private Vermittlungsstelle zu bewilligen, unter der Voraussetzung, daß jede Bevorzugung der betreffenden Firmen unterbleibt. Die endliche Entscheidung lebten sie nach wie vor ab. — Der Kriegsminister erklärte sich bereit, auf den Boden dieses Vorschlages zu treten und die Errichtung einer Privatvermittlungsstelle zu versuchen. Auf sozialdemokratische Angriffe erwiderte der Kriegsminister, daß in der Armee keine Politik getrieben werde, daß man aber pflichtgemäß das Eindringen der Sozialdemokratie in das Heer verhindern. — Ein Fortschrittler bemerkte, daß mit dieser Auffassung die Tätigkeit des Generals Reim und die Beteiligung aktiver Offiziere an Vorträgen und Agitation nicht übereinstimme. — Die Mehrforderung für die Auskunftsstelle wurde schließlich gestrichen. Die Anregung auf Gewährung eines Zuschusses für eine private Vermittlung soll an einer anderen Stelle des Etats berücksichtigt werden.

Sprechstunde der Reichstagen: 12 bis 1 Uhr; in der politischen Abteilung von 10 bis 11 Uhr.

Kursberichte vom 1. Mai 1914.

Eigene Drahtberichte des Wiesbadener Tagblatts.

Berliner Börse.

Div.	Bank-Aktien.	In %	Div.	In %	
8 1/2	Berliner Handelsges.	151.90	10	Rheinische Stahlw.	159.
6	Commerz- u. Disc.-B.	107.75	12	Riebeck Montan	195.30
6 1/2	Darmstädter Bank	117.10	10	Rombacher Hüttenw.	156.
12 1/2	Deutsche Bank	241.40	10	Wittener Stahlröhren	126.25
6	D. Eff. u. Wechselb.	112.25		Chemische Werke.	
10	Disconto-Commandit	108.	30	Albert, Chem. W.	450.
8 1/2	Dresdner Bank	150.10	18	Bad. Anilin u. Soda	640.
7	Meininger Hyp.-Bank	140.10	10	Griesheim Elektron	266.50
6 1/2	Mittelb. Creditbank	116.40	30	Hochster Farbwerte	638.
7	Nationalb. f. Deutschl.	110.60	15	Milch & Co.	258.
10 1/2	Oesterr. Kreditanst.	—	12 1/2	Rügerwerke	190.75
3 1/2	Petersburg. Intern. Bk.	184.	14	Aug. Wegelin	215.
15 1/2	Reichsbank	135.			
3	Schaaffh. Bankverein	110.			
	Bahnen- und Schifffahrt.				
10	Canada-Pacific	192.70	25	Akkumulatoren	332.30
6	Baltimore und Ohio	91.10	14	Allgem. Elektr.-Ges.	243.
6	Deutsche E.-Betr.-G.	110.50	5	Bergmann Elektr.	122.70
10	Hamb.-Am. Paket.	139.10	11	Deutsch. Ueberr.-El.	174.80
20	Hausa-Dampfschiff.	255.20	11	El. Untern. Zürich	193.60
7 1/2	Norddeutsche Schiff.	—	10	Ges. f. elektr. Untern.	168.25
8	Nordl. Lloyd	113.25	9	Russ. Allg. Elektr.-G.	155.25
7	Oesterr.-Ung. Staatsb.	—	8	Schuckert Elektr.	146.75
0	Oesterr. Südb. (Lomb.)	—	6 1/2	Siemens elektr. Betr.	114.50
8	Orient. E.-Betr.-G.	—			
6 1/2	Pennsylvania	—			
6 1/2	Südd. Eisenbahn-G.	130.			
7 1/2	Schantung-Eisenb.	138.30			
	Brauereien.				
15	Schultheiss	289.			
0	Leipz. Bierb. Riebeck	163.50			
0	Wiesbad. Kronenbr.	5.25			
	Bau- u. Tiefbau-Unternehm.				
1	Beton- und Monierbau	156.			
23	Deutsche Erdöl-Ges.	226.75			
15	Oebhardt & König	236.			
0	Neue Boden-A.-G.	84.			
	Bergwerks-Unternehmungen.				
12	Aumetz-Friede	157.			
10	Baroper Walzwerk	99.60			
14	Bochumer Gußstahl	261.25			
7	Budorus Eisenwerke	105.25			
13	Concordia Bergbau	125.			
10	Deutsche-Luxemb. B.	362.25			
12	Domersmark-Hütte	179.			
20	Eisenwerk Kraft	193.50			
20	Eisenhütte Thale	225.25			
11	Eschw. Bergwerk	138.			
10	Geisweider Eisenwerk	179.30			
11	Oelsenk. Bergwerk	176.			
24	Harpener Bergbau	313.25			
8	Hösch-Eisen u. Stahl	470.25			
24	Ise Bergbau	142.25			
10	Königs- u. Laurahütte	171.75			
9	Lauchhammer kon.	158.			
13 1/2	Mannesm.-Röhrenw.	205.25			
11	Mühlb. Bergwerk	159.			
15	Oberschl. Koksw.	217.25			
18	Phönix-Bergb. u. Hütt.	232.90			
14	Rhein.-Nass. Bergw.	195.			

Frankfurter Börse.

Staats-Papiere.			Zl.		In %	
Zl.	a) Deutsche.	In %	Zl.		In %	
4.	D. R.-Schatz-Anw.	100.30	1 1/2	Chile Gold-Anl. v. 06/4	89.	
3 1/2	D. R.-Anl. unk. 1935	99.	5.	Chin. St.-Anl. v. 1895	99.60	
3 1/2	D. Reichs-Anleihe	99.60	4 1/2	Chin. St.-Anl. v. 1898	99.70	
3.	do.	78.	5.	do. St.-E.-B. v. 11/11	91.20	
4.	Pr. Kons. unk. 1918	99.65	5.	do. St. E. Tient.-Puk.	90.	
3 1/2	Pr. Schatz-Anw. 1917	99.80	5.	Cuba-St.-A. 04 stf. i. O.	100.50	
3 1/2	Preuss. Konsols	26.80	4 1/2	do. stf. i. O. 1910	94.90	
3.	do.	78.	4 1/2	Japan. Anl. S. II	99.50	
4.	Bad. Anleihe 1913	96.60	4.	do. v. 1905 S. 12-19	101.60	
4.	do. von 1913	97.10	5.	Marokko von 1910	92.30	
3 1/2	do. Anl. (abg.)	92.15	5.	Mex. an. inn. L.V. Pes.	92.30	
3 1/2	do. von 1892 u. 1894	88.25	5.	do. cons. aut. 99 stf. 2	92.30	
3 1/2	do. A. 1902 u. b. 1910	86.30	4.	do. Gold v. 1904 stf. a.	96.	
3 1/2	do. 1904 unk. b. 1912	86.30	3.	do. cons. inn. 50000 Pf.	41.50	
3.	do. von 1896	97.30	5.	Tamul. (25. mex. Z.)	—	
4.	Bayr. E.-B.-A. unk. 06	97.30	5.	Sao Paulo v. 08. I. O.	—	
4.	do. E.-B.-A. unk. 1930	97.60				
3 1/2	do. E.-B.-A. v. A. A.	95.				
3.	do. E.-B.-Anleihe	75.90				
4.	do. Phalz. E. B. Prio.	96.50				
3.	Elass-Lothr. Rente	76.35				
4.	Hamb. St.-A. 1900 u. 09	97.30				
3 1/2	do. R. 97, 91, 93, 90, 04	—				
3.	do. 86, 97, 02	79.20				
4.	Gr. Hess. 1899	97.10				
4.	do. unk. 1921	97.60				
3 1/2	do. (abg.)	84.65				
3.	do.	75.20				
3.	Sächsische Rente	77.80				
4.	Württemberg. unk. 1915	97.60				
3 1/2	do. 1895-95	88.10				
3 1/2	do. 1903	84.70				
3.	do. 1896	77.60				
	b) Ausländische.					
	1. Europäische.					
5.	Belgische Rente Fr.	78.70	3 1/2	Rheinpr. 20, 21, 31-34	98.40	
5.	Bulg. Tabak v. 1902	95.80	4.	do. 35-38	97.20	
3.	Frankos. Rente Fr.	87.	3 1/2	do. 22 u. 23	94.	
1 1/2	Griech. E.-B. str. 90 Fr.	51.50	3 1/2	do. 30	90.	
1 1/2	do. Mon.-Anl. v. 87	61.50	3 1/2	do. 10, 12-16, 19, 24, 29	86.60	
3.	Holländ. Anl. v. 09/11	99.80	3 1/2	do. 9, 11a	84.50	
3 1/2	Ital. amort. 89, 93, 94	95.40	3.	do. v. 1894	83.50	
3 1/2	do. cons. str. Rte. i. O.	95.40	4.	Pr. Oberhess. unk. 17	95.80	
2 1/2	do. Rente i. O.	95.40	4.	Frk.-A. M. v. 06 u. 14	96.60	
4 1/2	Ost. Papierrente 5 fl.	86.	4.	do. v. 1910 unk. 1920	96.30	
4 1/2	do. Goldrente 5 fl. O.	85.25	4.	do. v. 1911 unk. 1922	96.60	
4 1/2	do. Silberrente 5 fl.	85.25	3 1/2	do. Lit. N. u. Q. (abg.)	95.50	
4.	do. einh. Rte. cv. Kr.	82.30	3 1/2	do. Lit. R. (abg.)	93.	
4.	do. Staats-Rte. 20000	82.60	3 1/2	do. Lit. S. von 1885	90.	
4.	do. 30.000	83.	3 1/2	do. W. v. 98 u. 08	91.20	
4 1/2	Portug. Tab.-Anl.	64.30	3 1/2	do. Str.-B. v. 1899	89.70	
3.	do. unk. 1902 S. III	97.70	3 1/2	do. v. 1901 Abt. I	87.	
3.	do. S. III (Spec.)	97.70	3 1/2	do. II, III	87.	
3.	Russ. amort. Rte. v. 03	95.40	3 1/2	do. 1903	87.20	
4.	do. Konv. v. 1891	85.50	3 1/2	do. 1906 I, II	86.	
4.	do. amort. Rte. v. 1895	95.40	3 1/2	do. v. Bockenheim	—	
4 1/2	Kons. Staatsanl. str. 95	95.40	3 1/2	Berlin von 1886-92	—	
4.	do. Kons.-Anl. v. 1880	95.40	3 1/2	do. Darmstadt v. 99 u. 16	87.10	
4.	do. Gold v. 1889	95.40	3 1/2	do. v. 05 am. ab. 1910	87.10	
4.	do. E.-B. S. I. II	95.40	3 1/2	do. Osnabr. v. 1907 u. 1917	94.50	
4.	do. St.-R. v. 1902 str.	95.40	3 1/2	do. v. 03 uk. b. 08	87.	
3 1/2	do. Konv. A. v. 98 str.	77.	3 1/2	Homb. v. 1881 u. 1880 u. 99	95.60	
3 1/2	do. Goldent. 94 str.	77.	3 1/2	Köln von 1900 u. 06	95.25	
3 1/2	do. 1890 str.	77.	3 1/2	Lombard (abg.)	—	
3 1/2	Serb. str. Gold	86.90	3 1/2	do. Mainz 1907 uk. 1916	—	
3 1/2	do. amort. v. 1895	79.10	3 1/2	do. (abg.) 1878 u. 83	87.	
4.	Türk.-Eg. Bagd. S. I	77.40	3 1/2	do. (abg.) uk. 05 u. 15	—	
4.	do. Anl. von 1905	72.50	3 1/2	do. Mannh. 1912 unk. 17	95.10	
4.	do. Anl. von 1906	72.60	3 1/2	do. 1904-1905	86.30	
4.	do. 1911	72.70	4.	München v. 12 uk. 42	97.	
4 1/2	Ung. St.-R. 1913	90.	4.	Nürnberg v. 12 uk. 47	—	
4.	do. 1910	90.80	4.	do. Wiesbad. v. 1900/01	—	
3 1/2	do. St.-R. v. 97 str. Kr.	71.60	4.	do. v. 1903 uk. 1910	—	
3.	do. Eis. Tor Gold	—	4.	do. v. 1900/01	—	
			4.	do. von 1903	—	
			4.	do. von 1908 S. I	97.	
			4.	do. 1908 S. II u. 1910	—	
			4.	do. 1912 S. III u. 22	—	
			3 1/2	do. (abg.) v. 79	—	
			3 1/2	do. v. 83	—	
			3 1/2	do. v. 1887, 90, 98, 02	—	
			4.	do. Worms v. 1901 u. 07	—	
			4.	Christiana von 1894	—	
			4.	Kopenh. v. 01 u. 11	93.60	
			3 1/2	do. von 1886	—	
			3 1/2	Neapel st. gar. Lire	95.10	
			4.	Stockholm v. 1880	—	
			5.	St. Buen.-Air. 1892 Pes.	—	
			5.	do. 1909 i. O. (409) Lt.	—	
			4 1/2	do. v. 88 i. O.	—	
			</			

Vorl. Letzt.	In %
7. 7 1/2 Jerg.-Märk. Bank	150.50
9 1/2 kerl. Handelsb.	151.80
6 1/2 do. Hyp.-B. L. A. B.	152.10
6. 6. Breslauer D.-Bk.	110.50
6 1/2 Comm. u. Disc.-B.	—
6 1/2 UH.	107.85
6 1/2 Darmstädter Bk.	117.10
12 1/2 UH.	117.90
12 1/2 Deutsche B. S. I. X	241.
5. 5. UH.	241.35
6. 6. do. Asiat. B. Tael.	128.50
6. 6. do. Eff. u. W. Thl.	112.50
7. 7. Deutsch. Hyp.-B.	139.50
6. 6 1/2 dt. Natb. in Brem.	113.50
9. 9. dt. Oberseeb. Thl.	158.60
6. 6. do. Ver.-Bank	118.
10. 10. Disconto-Ges.	188.
8 1/2 UH.	188.
8 1/2 Dresdner Bank	150.10
10 1/2 UH.	150.25
7 1/2 8. Eisenbahnbank	161.
10. 10. Eisenbahn-R.-Bk.	181.50
9 1/2 10. Frankfurter Bank	198.50
9 1/2 9 1/2 do. H.-Bk.	213.50
8. 8. do. Hyp. K.-V.	158.50
9. 9. Oostseer G.-K.-B. Thl.	165.10
7. 7. Luxb. Intern. Bank	149.
7 1/2 7 1/2 Metallb. u. Met.-G.	138.50
5 1/2 4 1/2 Mittelb. Kreditb.	118.50
7. 6 1/2 Mittelb. Priv.-Mdg.	119.25
6 1/2 7. Natb. f. Deutschl.	110.30
11. 12. Nürnb. Vereinsb.	249.
7 1/2 8 1/2 Oest.-Ungar. Bk. Kr.	141.70
7. 7 1/2 Oest. Ländeb.	127.50
10 1/2 10 1/2 do. Cred.-A. d. fl.	193.75
7. 7. UH. d. fl.	193.75
7. 7. Pfälz. Bank	185.
9. 9. do. Hypot.-Bank	188.80
8. 8. Preuss. B.-C. B. Thl.	151.75
6. 6. do. Hyp.-A.-B.	112.80
5. 6 1/2 Reichsbank	134.70
9. 9. Rhein. Credit-B.	197.20
7. 7. do. Hypot.-Bank	193.
7. 7. Rh.-Westf. Disc.-G.	112.50
5. 5. S. Schaaffh. Bankver.	109.75
6. 6. UH.	109.75
6. 6. Südd. Disconto-G.	112.50
8. 8 1/2 do. Bodenkr.-B.	177.50
5 1/2 5 1/2 Schwarzb. Hyp.-B.	101.75
7 1/2 7 1/2 Wiener Bank-V.	130.60
7. 7. Württg. Bankanst.	—
5 1/2 6. do. Notenb.	114.75
7. 7. do. Vereinsb. fl.	133.50
9. 9. Banque Ottomane Fr.	125.

Deutsche Kolonial-Ges.				
11..	10..	Ottavimines	Fr.	118.
5..	7 1/2	South West Afr. C.	s	—
		Uil	s	118,10

Div. Industrie-Aktien.

Vorl. Letzt. In %

14. 20.	Alum. Neuh. (50%) Fr.	277.
10. 10.	Aschaff. Buntapap.	162.
8. 8.	do. Masch. Pap.	112.50
12. 12.	Bad. Zeld. Wagg. fl.	221.
3. 0.	Baug. Söld. L. 00/00	60.
15. 15.	Bleib. Faber Nbrg.	270.
10. 11.	Brasener Binding	197.20
9. 9.	do. Henninger Fr.	124.50
9. 9.	do. Herkules Cass.	150.50
3 1/2	do. Holbr. Nicol.	68.
7. 7.	do. Kempff	117.30
3. 0.	do. Löwenbr. Sin.	40.
10. 9.	do. Mainzer Br.	170.60
9. 9.	do. Nürnberg	167.60
7. 7.	do. Reilmayer	118.
0. 0.	do. Schöffel-Big.	57.
11 1/2	do. Stern. Obernd.	191.
8. 8.	do. Bronzel. Schlenk	120.
12. 0.	do. Celul. Bayr. (W.)	149.
10. 10.	do. Cern. Heideb.	149.50
7. 8.	do. F. Karst.	138.30
8. 8.	do. Lohr. Metz.	131.50
10. 10.	do. Cham. u. Th. W.-A.	143.
25. 25.	do. Chem. A.-G. Osnabr.	117.
8. 0.	do. Bad. A. S. Osnabr.	93.50
50. 30.	do. D. Gold-Sch.	78.30
12. 14.	do. Fabr. Gdbg.	617.
14. 14.	do. Goldschmidt	204.
14. 14.	do. F. Grisch. El.	293.75
30. 30.	do. Farbw. Höchst	325.50
0. 0.	do. Pbw. Mühlheim	68.50
20. 20.	do. Fabr. V. Mannh.	314.50
12. 12.	do. Weiler-ter-Meer	224.
20. 20.	do. Werke Albert	224.
14. 15.	do. Holzverkohlg.	304.
12. 12 1/2	do. Riegerwerke	196.50
18. 18.	do. Schramm L. Farb.	268.
12. 12.	do. Ult. Fabr. Ver.	224.
14. 14.	do. Wegel. Rosd.	218.
5. 16.	do. Dpkrh. u. P. H. H.	113.50
25. 25.	do. El. Accum. Berlin	331.50
14. 14.	do. Allg. Osn. Berl.	244.50
5. 5.	do. Bergm.-Werke	123.
7. 8.	do. Brown. B. & C.	147.
5. 5 1/2	do. Coatin. Nürnberg	101.30
10. 11.	do. Dtsch.-Überssee	175.40
6. 8.	do. El. Feit. u. Guhl	151.
4. 4.	do. Wtomb. v. d. H.	152.
7 1/2	do. Lahmeyer	125.
5 1/2	do. Licht u. Kraft	125.50
11. 12.	do. Lief.-Os. Berl.	208.
8. 8.	do. Reln. O. u. Sch.	19